

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Die Finanzkrise eskaliert



zielle – aber (noch?) nicht politische – Ausmaße, die wir in dieser Höhe nicht erwartet haben.

Wir hoffen daher, unsere Leserinnen und Leser nicht zu langweilen, wenn wir auf das Thema zurückkommen.

Geldspritze Zentralbanken

Blieben wir zunächst in Euro-Land: Der Europäischen Zentralbank (EZB) gelang es, Zusammenbrüche von Banken bisher zu verhindern. Doch um welchen Preis? Noch nie wurden Finanzspritzen in dieser Höhe und über so lange Zeiträume ausgegeben wie vom Sommer 2007 bis in das Frühjahr 2008: Insgesamt bis jetzt 250,3 Mrd. Euro (siehe Grafik 1 auf Seite 3). Ein Ende ist nicht abzusehen. Es wird zwar vermutet, daß nicht alle Kreditlinien oder Bürgschaften voll ausgeschöpft werden. Doch auch wenn diese Vermutung zutreffen sollte, bleiben Kredite der EZB in dieser Höhe einmalig.

Fortsetzung auf Seite 3

„Krisen und Instabilität sind wesentliche Bestandteile der Dynamik des imperialistischen Finanzwesens, ebenso wie die Schwierigkeiten des US-amerikanischen Staates, sie zu managen. Weder die Krisen noch die Steuerungsprobleme erweisen sich voraussichtlich als verheerend, es sei denn, sie erzeugen gesellschaftliche und politische Konflikte, die das System in seinem Kern erschüttern.“

(aus: Martijn Konings/Leo Panitch. „Finanzmacht USA“, S. 2/3, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7 - 8/2008)

Auf die Finanzkrise, die längst über die ursprüngliche Immobilien- und Hypothekenkrise hinaus gewachsen ist, sind wir bereits in zwei Artikeln eingegangen (*Arsti* Nr. 157, „Globalisierte Grundstücks-krise“ und 159, „Von der Immobilien-zur globalen Finanzkrise“). Es gab in den letzten Monaten immer wieder Einschätzungen nach denen die Krise abklingen würde. Diese scheinen aber Zweckoptimismus gewesen zu sein. „Das Schlimmste steht Amerika noch bevor“ schreibt die Süddeutsche Zeitung vom 20. 8. 2008.

Wir sehen unsere bisherigen Einschätzungen bestätigt, doch neuere Entwicklungen erreichen finan-

Inhalt

– Die Finanzkrise eskaliert	Seite 1
– In eigener Sache	Seite 2
– Russlandkrise	Seite 7
– Kolumbien	Seite 8
– Ecuador	Seite 12
– Der Castrismus nach Castro	Seite 16
– China: Das rote Mandarint	Seite 22
– Jahrestag des Versuchs einer sozialistischen Reform in der CSSR	Seite 28
– Trotz alledem! – Ein Beitrag zur Geschichtsdebatte	Seite 31
– „unsere zeit – UZ“ akut gefährdet	Seite 35

Rezensionen...

Veranstaltungshinweise...

....

In eigener Sache

Dunkle Wolken verfinstern die weltpolitische und wirtschaftliche Szene. Vor allem in den kapitalistischen Hauptländern weitet sich die Finanzkrise immer mehr aus. Entsprechend der Anarchie des Marktes und des Finanzwesens stochern alle im Nebel, es gibt keinen Halt und niemand kann das Ende voraussagen; doch die Auswirkungen auf die Realwirtschaft sind nicht mehr abzustreiten. Unser Kopftitel greift diese Thematik auf. Die Zeche wird wohl auf Kosten des künftigen Sozialbudgets gehen und von den sowieso schon durch die Teuerung gebeutelten Menschen bezahlt werden. Es drohen Stagflation, Rezession und Verarmung noch größerer Schichten.

Ein weiterer Artikel führt nach Kolumbien, einen Staat der Gewalt, über den die deutschen Medien meist wenig oder nur beschönigendes berichten. Die Arbeit von Gewerkschaftern oder Linken ist dort lebensgefährlich. Die FARC-Guerilla hat nun eine schwere Niederlage erlitten. Über Ecuador, ein lateinamerikanisches Land mit einer anderen Entwicklung, berichtet ein Nachdruck aus der „Arbeiterpolitik“.

Mit der sozialistischen Persönlichkeit Wolfgang Abendroth befasst sich eine Rezension, in einer an Vorbildern mageren Zeit.

In der März-Nummer der ARSTI brachten wir eine Betrachtung des deutschen Philosophen Friedrich

Nietzsche. Dieser Artikel ist bei einem Teil unserer Leser auf Widerspruch gestoßen. Wir drucken einen Artikel von Werner Seppmann ab, der einige dieser Widersprüche aufgreift.

Der Artikel „Castrismus nach Castro“ aus den Sozialistischen Heften wurde schon vor längerer Zeit geschrieben. Wir drucken ihn deswegen ab, weil er die schwierige Entwicklung des Landes und die Problematik der gesellschaftlichen Entwicklung Kubas faktenreich anspricht.

In der KP Böhmens und Mährens wird eine Stellungnahme zu den Ereignissen des so genannten „Prager Frühlings“ 1968 diskutiert. In dieser Analyse stehen Einschätzungen, die unseren Beurteilungen von damals nahe kommen. Wir drucken eine Übersetzung davon aus „Leipzigs Neue“ nach.

Über den Charakter der chinesischen Gesellschaft erhielten wir einen Artikel über das „Rote Madarinat“. Er enthält fundierte Aussagen und teils neue Sichtweisen, wobei wir nicht alle Schlussfolgerungen teilen können.

Vorankündigung:

Die Jahreskonferenz unserer Gruppe findet am 25./26. Oktober in Nürnberg statt.

Voraussichtliche Themen:

Zur Lage der Gruppe / 80 Jahre KPO-Gründung / 60. Todestag von August Thalheimer / Zur sozialen Lage: Einkommensentwicklung in

der BRD – Altersarmut – Umverteilung – Rolle der Gewerkschaften – IGM – Grundeinkommen? / Bericht zur Entwicklung in Venezuela / Die Lage in Kolumbien / Die Situation in Großbritannien / Landtagswahlen in Bayern.

Wir danken für die Überweisungen und Spenden, die zur Stärkung unserer Zeitungsarbeit beigetragen haben und hoffen auf weitere Unterstützung.

„Zwei Tote nebenbei“

Unter dieser Überschrift schrieb der Spiegel am 1.9.2008:

„Binnen weniger Tage wurden in Sachsen-Anhalt zwei Menschen umgebracht. Unter Tatverdacht: einschlägig vorbestrafte Neonazis. Doch von den Fällen nimmt kaum jemand Notiz.“

Kommentar überflüssig!

Eine Bitte im eigener Sache:

Immerwieder kommt es vor, daß unsere Leserinnen und Leser bzw. die Autoren ihre Texte auf dem heimischen Rechner zwar abtippen uns aber nur den Ausdruck zukommen lassen. Das nochmaliges abtippen bzw. einscannen erfordert unnötige Aufwand und es schleichen sich unbeabsichtigte Fehler ein. Deswegen unser Apell: Schickt eure Artikel uns bitte in elektronischer Form zu! Am liebsten als .txt, .rtf oder als .doc.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg

Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften:

Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg

e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: I ban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



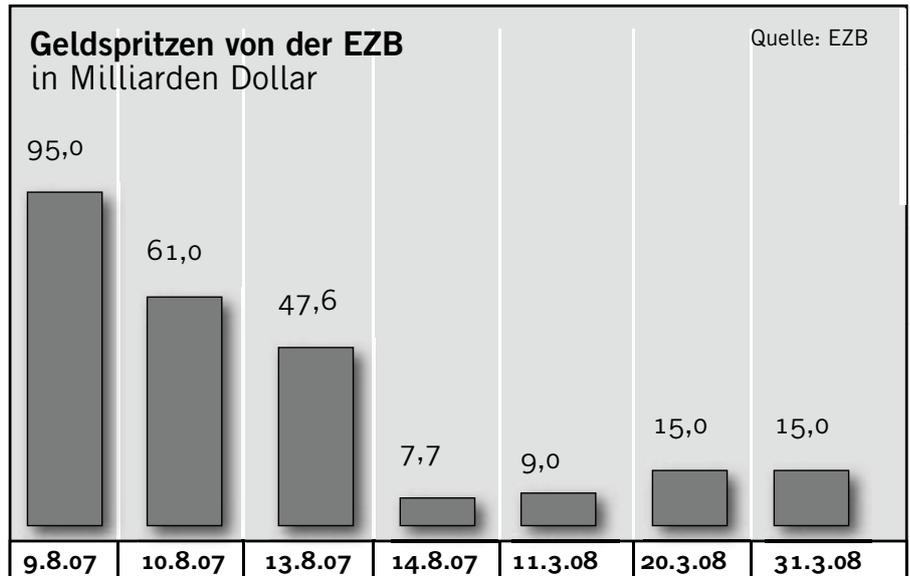
Hinzu kommen noch die Zahlungen von Nationalstaaten wie z.B. die „Stützung“ der IKB oder der Sachsen LB durch den deutschen Finanzhaushalt, also direkt aus dem Steueraufkommen (rd. 1,2 Mrd. Euro für die IKB, vgl. Tabelle rechts oben) bzw. die Kredite der staatlichen KfW (rd. 8 Mrd. Euro), die indirekt auch zu Lasten des deutschen Steuerzahlers gehen.

Die Kreditzusagen dienen dem Finanzkapital in der Euro-Zone als Sicherung für die Geld-Anlagen, die sie erst in faule Immobilienkredite (subprime) aber mittlerweile noch weit darüber hinaus getätigt haben. Ihnen stehen die Wertberichtigungen der Banken für diese Anlagen gegenüber, d.h. die ganz oder teilweisen Entwertungen von Geldkapital. Die Höhe dieser Wertberichtigungen hat ebenfalls ein bisher nie gekanntes Ausmaß erreicht.

Die Finanzspritzen der EZB sind fiktives Geldkapital (neuerdings wird auch von „virtuellem“ Kapital gesprochen – hört sich schöner an). Den Milliarden stehen keine realen Werte wie Produktionsanlagen oder langlebige Konsumgüter (z.B. Wohnhäuser, Autos usw.) gegenüber. Sie dienen allein dem Ausgleich von Verlusten aus den Spekulationen des Finanzkapitals um Insolvenzen wegen Überschuldung zu vermeiden.

Tendenziell ist die Ausgabe von Geldzeichen ohne gleichzeitige Produktion von äquivalentem Wert (Waren) inflationär. Eine Rückzahlung der EZB- und anderer Kredite, falls sie überhaupt jemals stattfinden sollte, wird lange Zeit in Anspruch nehmen.

Ab und zu lohnt es sich, Aussagen von Kapitalvertretern zu zitieren: Der Finanzexperte der Deutschen Bank, Thomas Mayer, meint: „Von Anfang an habe sie (die EZB, Anm. d. Verf.) die Finanzkrise auf eine Bankenkrise und Liquiditätskrise eingeeengt. Dabei handele es sich um weit mehr, wie die Entwicklungen in den USA zeigten. Die Turbulenzen hätten nach und nach die Märkte für Geld, verbrieft Kredite, Aktien und normale Kredite erfasst und würden so mit zeitlicher Verzögerung die Konjunktur ersticken und in einen



Grafik 1

Erwartete Verluste aus den IKB-Stützungsmaßnahmen

Alle Angaben in Milliarden Euro

	KfW	Bund	Verbände	Summe
1. und 2. Stützungsmaßnahme Vereinbarung Bankenpool: Risikoschirm für Rhineland, Havenrock und NewCo, Juli und November 2007	6,7	-	1,2	7,9
Abschreibung IKB-Beteiligung (in der Bilanz der KfW)	0,6	-	-	0,6
Kapitalmaßnahmen zugunsten der IKB (Februar bis Oktober 2008)	0,7	1,2	0,3	2,2
Summe der erwarteten Verluste zum Verkaufsstichtag	8,0	1,2	1,5	10,7

Grafik 2

weltweiten Abschwung führen.“ (zit. nach Süddeutsche Zeitung v. 9./10. August 2008)

Was Mayer nicht erwähnt, ist, daß die Kosten der Finanzkrise in bewährter Form gesellschaftlich getragen werden, während Gewinne der Banken natürlich den Kapitalisten zustehen. Das ist nicht neu – neu sind die Größenordnungen.

Ebenfalls noch nicht ins Blickfeld der Öffentlichkeit getreten sind die Konsumentenkredite vor allem in Form der Kreditkarten (siehe unten). Die Verluste haben zwar noch nicht Ausmaße wie in den USA erreicht, sind aber im Zusammenhang mit der Immobilienkrise beachtlich.

In Spanien verfallen die Grundstückspreise. Soweit mir bekannt, hat dies aber noch keine größeren Auswirkungen auf die Finanzmärkte.

Außerhalb der Euro-Zone ist Großbritannien schwer betroffen. Ähnlich wie in den USA ist der Erwerb eigener Wohnhäuser ein weit verbreitetes Ziel großer Teile der Bevölkerung bis weit in die working class. Auch hier sind die Grundstückspreise jahrelang erheblich gestiegen. Auch hier war der Erwerb mit Hilfe hoher Hypotheken, die durch die gestiegenen Preise scheinbar gesichert waren, möglich. Jetzt brechen die Grundstückspreise ein. Viele Hau-

Zwar ließ sie eine Anzahl kleinerer Hypothekenbanken in Insolvenz gehen – doch versucht sie seit Sommer letzten Jahres die Konjunktur durch Zinssenkungen zu stützen. Die Inflationsrate in den USA liegt mittlerweile zwischen 4 und 5%.

Auch sind die Wertberichtigungen auf Kredite in den USA nicht mehr auf Immobilienkredite beschränkt. Auch Kreditkarten- und andere Konsumentenkredite werden „notleidend“ (siehe unten). Besonders schwerwiegend dürfte sein, daß nicht mehr nur die leichtfertig vergebenen Hypotheken- und Karten-Kredite ins Rutschen kommen, sondern auch „normale“ d.h. nach üblichen Maßstäben ausgegebene Hypotheken, die bisher als sichere Geldanlagen galten.

Es gibt zwar international noch immer große Mengen anlagesuchendes Geldkapital – vor allem bei den Staatsfonds aus den Ölförderländern. Die sind in letzter Zeit bei der „Rettung“ großer international agierender Banken eingesprungen (Citibank, UBS u.a.). Das brachte auch diesen Staatsfonds so hohe Verluste, daß z.Zt. wenig Bereitschaft besteht, solche Engagements fortzuführen.



Nun werden auch die großen Immobilien-Refinanzierungsinstitute

Fannie-Mae und Freddie-Mac in die Krise gerissen.

Fannie Mae (d.h. FNMA = Fe-

zeigt die Tiefe der gegenwärtigen Finanzkrise: Nicht mehr nur Leichtsinns, Gier oder betrügerische Absichten einzelner Spekulanten können verantwortlich gemacht werden, sondern allgemeiner Preisverfall.

Die Ursachen dieses dauerhaften Einbruchs sind zum einen die seit Ende 2006 fallenden Grund-

weiter sinkende Sparquote in den USA (vgl. *Arsti Nr. 157*) verhinderte zudem die Existenz von finanziellen „Polstern“. Einkommensverluste schlagen sofort und in vollem Umfang auf die Kreditwirtschaft durch.

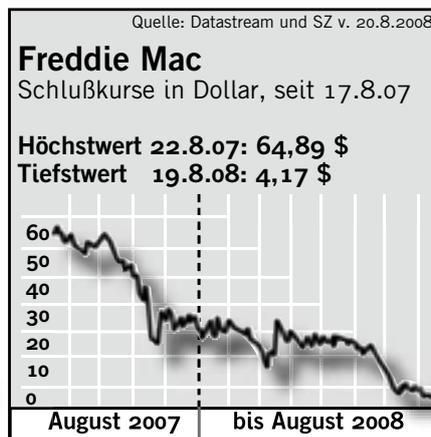
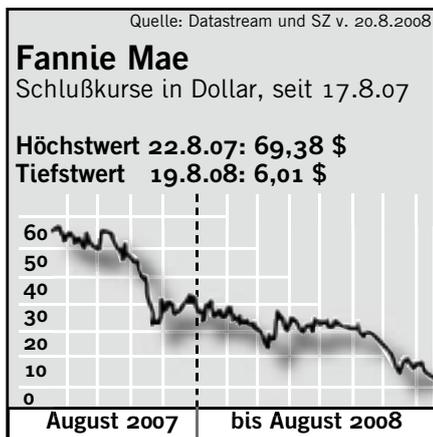
Weder für den Anstieg der Arbeitslosigkeit noch für den Rückgang der Grundstückspreise ist derzeit ein Ende absehbar. Die US-Bauindustrie ist praktisch ohne Aufträge. Die Autoindustrie hat u.a. auch wegen der Kreditkrise schwere Auftragsrückgänge. Die Finanzierung von Autokäufen und anderen Konsumgütern durch Ausweitung der Hypothekenkredite, wie bisher üblich, ist nicht mehr möglich. Es muß mit weiteren Massenentlassungen in der US-Industrie gerechnet werden. Praktisch stecken die USA in der Rezession.

Die Hypotheken-Finanzierer Fannie und Freddie haben damit in absehbarer Zeit keine Möglichkeit, dem Abwärtstrend zu entgehen. Es kommt hinzu, daß auch ausländische Zentralbanken Teile ihrer Devisenreserven an die „grundsoliden“ Fannie und Freddie zur Anlage in Hypotheken verliehen haben um Zinserträge zu erzielen.

Rettungsmöglichkeiten auf normalem Wege werden z.Zt. nicht gesehen. Was bleibt also übrig? In den USA wie in Euroland sollen die Verluste der Gesellschaft aufgebürdet werden. Die Größenordnungen (5 Billionen US-Dollar bei Fannie und Freddie) sind allerdings beträchtlich höher als die paar Milliarden Euro, die bisher von den Staaten oder Zentralbanken in Großbritannien und Euroland aufgewandt wurden.

„Der US-Kongreß hatte erst vor kurzem einen Rettungsplan des Finanzministeriums genehmigt, wonach der Staat Fannie und Freddie unbegrenzt Mittel zur Verfügung stellen und sich über stimmrechtslose Vorzugsaktien beteiligen darf.“ (SZ v. 20.8. 08). „Eine Zahlungsunfähigkeit könnte zu einem Kollaps des US-Immobilienmarktes führen. Zudem halten amerikanische Pensionsfonds und internationale Investoren Aktien und Schuldtitel von Fannie Mae und Freddie Mac.“ (ebd.)

Einflußreiche Finanzfachleute in den USA sehen keine andere Möglichkeit mehr, als die Verstaatlichung der beiden Finanzinstitute mit der Perspektive, sie später irgendwann wieder zu privatisieren.



Grafik 3

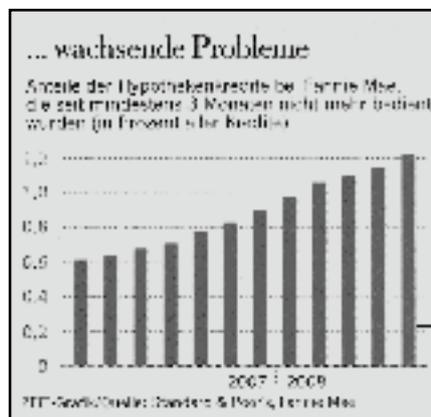
deral National Mortgage Association) und Freddie Mac refinanzieren von Hypotheken- oder anderen Geschäftsbanken vergebene Hypothekenkredite. Etwa jede zweite Hypothek in den USA ist durch Fannie oder Freddy garantiert, oder, zumindest teilweise, finanziert. Ihr gesamtes Volumen an Geldkapital liegt bei rd. 5 Billionen US \$ (Zahlen lt. Die Zeit v. 17. Juli 2007 S. 21).

Beide Institute wurden 1938 im Rahmen des „New Deal“ von der Roosevelt-Regierung gegründet, um während der Depression der 1930er Jahre Immobilienkredite zu sichern und damit die Baukonjunktur in den USA zu stärken. In den 1960er Jahren wurden sie privatisiert. Ihre Aktien werden an den größeren Börsen gehandelt.

Sie gelten als besonders auf Sicherheit bedachte Kreditgeber, deren Sicherheitsprüfungen als sehr streng angesehen werden.

Nun machen Fannie und Freddie seit einem Jahr ständig steigende Quartalsverluste. Bei Fannie betrug der Verlust im 2. Quartal 2,3 Mrd. US\$ vgl. Grafik 3). Tendenz weiter steigend. Nicht mehr subprime Kredite, die ja irgendwann mal abgeschrieben sein müssen, sind die Ursache, sondern der steigende Anteil an soliden Hypotheken, für die keine Zinsen und Tilgungen mehr bezahlt werden (vgl. Grafik 4). Vor allem das

stückerpreise (vgl. Grafik 5) und zum andern die Folgen der einsetzenden Rezession mit steigenden Arbeitslosenzahlen. Letzteres stürzt nicht mehr nur arme Teile der Bevölkerung, die sich eigentlich keine



Grafik 4

Häuserkäufe hätten leisten können, in die Zahlungsunfähigkeit sondern auch große Teile der amerikanischen middle class (wenn auch mit regionalen Unterschieden).

So werden durch die Werkschließungen mit Massenentlassungen in der Autoindustrie und deren Zulieferern auch bisher gut verdienende Arbeiter und Angestellte auf die Straße gesetzt, die vorher ihren Hypotheken- und Kreditkartenverpflichtungen nachkommen konnten (vgl. Grafik 4). Die bisher geringe und



N i k o - laus Piper, leitender Redakteur des Wirtschaftsteils der Süddeutschen

Zeitung, eiserner Verfechter des Neoliberalismus, der Staatseingriffe in die Wirtschaft bisher für schieres Teufelswerk hielt, fordert: „Der Staat muß ran. ... Ohne die beiden Giganten (Fannie und Freddie, Anm. d. Verf.) würden in den USA keine Häuser mehr gebaut.“ (SZ v. 20. 8. 08)

Der Staat soll also für die Verluste von Fannie und Freddie gerade stehen. Im Prinzip nichts anders als in Euroland. Anders sind nicht nur die Größenordnungen sondern auch das Fehlen jeder Begrenzung der gesellschaftlichen Intervention. Nicht mehr ein bestimmter Betrag wie etwa 1,2 Mrd. Euro bei der IKB steht zur Debatte – für staatseigene Finanzinstitute haftet die Gesellschaft in derzeit noch nicht absehbarer Höhe.

Ben Bernanke, Chef der amerikanischen Zentralbank, dementiert zwar noch jede Übernahmeabsicht der Fed bei Fannie und Freddie; doch die Gerüchte halten sich und es scheint auch wirklich keine anderen Auswege mehr zu geben.

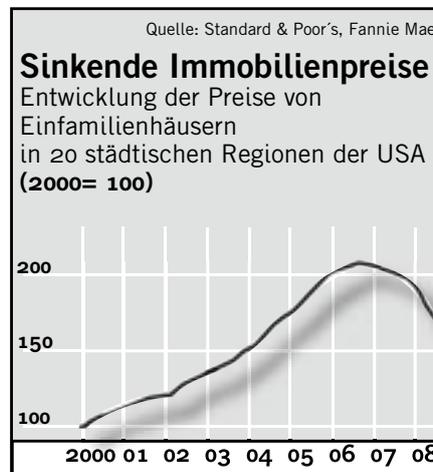
Damit ist eine neue Qualität der Herrschaft des Finanzkapitals erreicht. Einflußnahme auf staatliche Entscheidungsträger ist seit langem üblich. Hilfestellung des Staates bei Finanzlücken einzelner Banken oder Industriebetriebe ist auch nicht mehr neu. Hier aber bestimmen die Geschäfte großer Finanzkapitale die Finanzpolitik des Staates offen und direkt und in beträchtlichem Maße.

Exkurs: Was sind Grundstückspreise?

„Es ist endlich bei der Betrachtung der Erscheinungsformen der Grundrente, d. h. des Pachtgeldes, das für die Benutzung des Bodens, sei es zu produktiven, sei es zu konsumtiven Zwecken (z. B. zum Wohnen, Anm. d. Verf.) unter dem Titel der Grundrente dem Grundbesitzer gezahlt wird, festzuhalten, daß der Preis von Dingen, die an und für sich keinen Wert haben, d. h. nicht das Produkt der Arbeit sind, wie der Boden, oder die wenigstens nicht durch Arbeit

reproduziert werden können durch sehr zufällige Konstellationen bestimmt werden kann. Um ein Ding zu verkaufen, dazu gehört nichts, als daß es monopolisierbar und veräußerlich ist.“ (Marx, Kapital Bd. 3, Kap. 37)

Grund und Boden, der (von Marginalien abgesehen) nicht vermehrbar ist, der „in allen alten Ländern für eine besonders vornehme Form des Eigentums gilt und der Ankauf desselben außerdem als „besonders sichere Kapitalanlage“ (Marx, a. a. O.) unterliegt besonders starken Preisschwankungen entsprechend den Schwankungen der Erträge, die aus ihm bzw. den Krediten auf den Boden und dessen „Erträgen“ zu erzielen



Grafik 5

sind, wobei in unserem Zusammenhang neben der Grundrente in höherem Maße die Preise und Zinsen der investierten Geldkapitale (vermeintlich abgesichert durch hoch bewertete Grundstücke) die ausschlaggebende Rolle spielen. „Es ist die so kapitalisierte Grundrente, die den Kaufpreis oder Wert des Bodens bildet.“ (Marx, a. a. O.) Er ist daher besonders geeignet für Spekulationen.

Im Gegensatz zur Warenproduktion werden surplus-Profiten nicht durch wachsende Produktion, Verluste nicht durch Stilllegung von Produktionsanlagen über kurz oder lang vermindert bzw. aufgehoben.

Die Entwicklung der Grundstückspreise, bzw. der derzeit anhaltende starke Preisverfall (vgl. Grafik 5) ist ursächlich für die Vernichtung großer Geldkapitale. Für den Preissturz ist aber die Entwicklung der Konjunktur und da besonders des Lohnfonds bestimmend. Bei steigendem Masseneinkommen wird

die Nachfrage nach Grundstücken, der „sicheren und vornehmen“ Kapitalanlage tendenziell steigen und mit ihr die Grundrente aus steigenden Mieten, was die Preise in die Höhe treibt. Bei steigender Arbeitslosigkeit und Reallohnsenkungen wird diese Nachfrage tendenziell sinken und mit ihr die Grundstückspreise.

Der Zusammenhang von Bodenpreis – insbesondere für Wohnraum großer Bevölkerungsteile – mit der Realwirtschaft ist also wechselseitig. Die von Massenkonsum getragene Konjunktur treibt oder stabilisiert die Bodenpreise – sinkende Grundstückspreise dämpfen die Konjunktur und fördern die Rezession.

Die bürgerliche Ökonomie sieht überwiegend in der Preisentwicklung der Baugrundstücke eine Art Naturereignis. Sie sei nicht vorhersehbar, die Immobilienfirmen wie vor allem Fannie Mae und Freddy Mac wären also schuldlos an ihren auf die Allgemeinheit abzuwälzenden Verlusten.

Konsumentenkredite

Auf das hohe und steigende Volumen der Kreditkartenschulden in den USA haben wir bereits in *Ars-ti 159* hingewiesen. Darin kommt die Verschuldung weiter Kreise der US-Bevölkerung über die Hypothekenschulden hinaus zum Ausdruck. Auch das wirkt sich in einem Rückgang der kaufkräftigen Nachfrage aus. Sie mindern den Konsum und treiben dadurch die Entwicklung zur Rezession an. Einige neuere Daten zur Verbraucherverschuldung in den USA und international gehen aus Grafik 6 hervor.

„Wenige amerikanische Ausfuhrer haben sich als so populär erwiesen wie Kreditkarten“ schreibt die New York Times (in ihrer Auswahl für die Süddeutsche Zeitung v. 18. 8. 2008). Das ist wohl eine der unglücklichsten Einfuhren aus den USA für den „Rest der Welt“.

Visa und MasterCard werden unter den größten Finanzunternehmen an der Wall Street gehandelt. Seit 2006 stieg der Kurs von Mastercard um 500 %. „ihre Möglichkeiten zur Erzielung höherer Profite liegen außerhalb der USA. ...In Asien, Lateinamerika und Mitteleuropa steigen die Umsätze um 20 - 30 % jährlich,



mehr als das Doppelte des Wachstums in den USA. Aber wenn sie an unwisende Verbraucher ausgegeben werden, wie das oft geschieht in Einkaufszentren, Betrieben und im Campus von Universitäten ... können sie Schulden auf türmen, deren Bezahlung, wenn überhaupt - Jahre in Anspruch nimmt.“ (ebd.)

Doch fehlende Vorsicht bzw. Unwissenheit in Bezug auf Kreditkarten scheinen auch in den USA weit verbreitet. In derselben Ausgabe beschreibt die New York Times die Schwierigkeiten amerikanischer Verbraucher, die durch unvorsichtigen Gebrauch ihrer Kreditkarten überschuldet sind. Auf 2,56 Billionen US \$ beziffert die Zentralbank die Konsumentenschulden. Statistisch entfallen auf jeden Haushalt in den USA 8.565 \$ Kreditkartenschulden. Im Gegensatz zur Verschuldung entwickelte sich die Sparrate in den USA von 8 % des verfügbaren Einkommens 1968 zu 0,4 % am Ende des 1. Quartals dieses Jahres. Die New York Times beschreibt die schlimmen Folgen der Überschuldung für Geringverdiener bzw. arbeitslos gewordene.

Zusätzlich verschärfen sich dadurch die Liquiditätsprobleme der amerikanischen Banken. Das wirkt sich vor allem auf die Finanzlage der US-Gemeinden aus. Es ist für Städte, Counties (entspricht etwa unseren Landkreisen) und Gemeinden fast unmöglich geworden, Kredite für Infrastrukturmaßnahmen aufzunehmen. Das verstärkt die Rezession vor allem in der Bauindustrie.

Auswirkungen und Gegenmaßnahmen

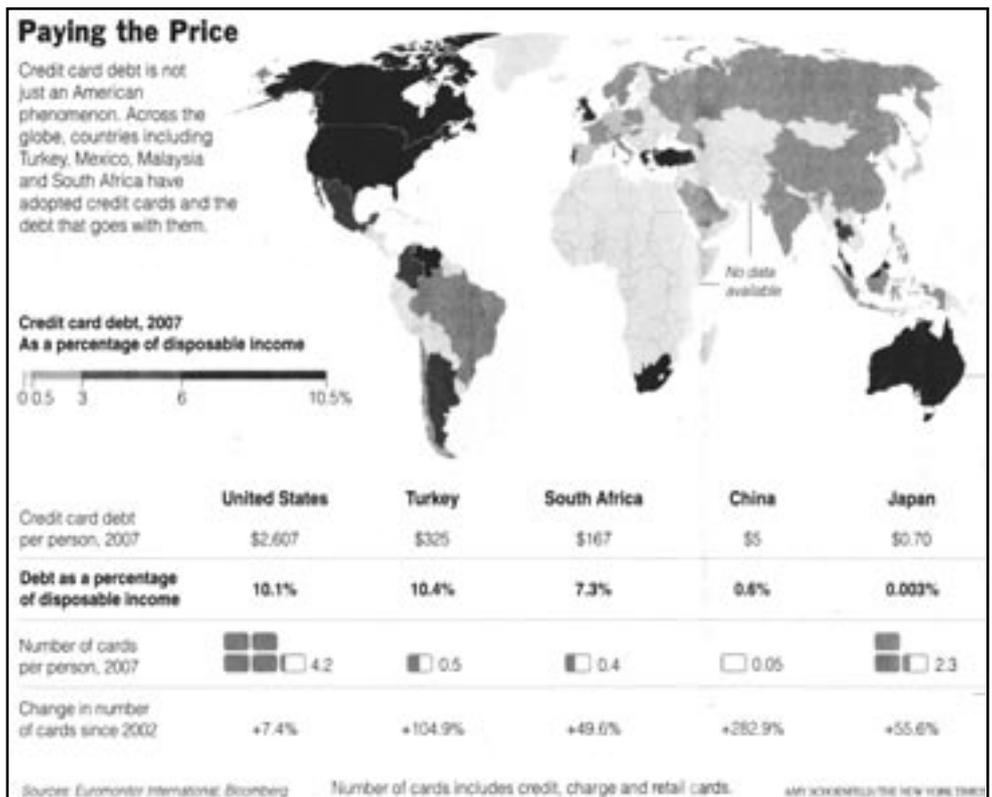
In den USA ist die Rezession mittlerweile Tatsache. Steigende Arbeitslosigkeit, Reallohnverlust für die Arbeiterklasse sind die Folge. Rückgang des Konsums, Verluste des Geldkapitals, Zwangsversteigerungen, daraus weitgehende Verar-

mung großer Teile der Bevölkerung schaukeln sich gegenseitig hoch. Es gibt Finanzexperten, die bereits von einer Neuauflage der großen Depression der 1930er Jahren sprechen.

Das US-Finanzministerium versucht mit Steuergeschenken vor allem an einkommensschwache Steuerzahler („negative Einkommenssteuer“) den Konsum wieder zu stärken. Nach vom Finanzministerium unbestätigten Schätzungen sollen 100 Mrd. US \$ dafür ausge-

künftig verhindert werden. Die Vorschläge in dieser Richtung sind bemerkenswert wenig konkret. Das kann kaum anders sein. Bei der Verflechtung und den gegenseitigen Abhängigkeiten der internationalen Finanzmärkte (falls man noch nicht von nur einem globalen Finanz- und Geldmarkt sprechen will) machen nationale Kontrollen obsolet.

International organisierte Kontrolle wird wenig wirken. Das Finanzkapital ist m. E. zu mächtig



worfen worden sein. Dies wird als unzureichend angesehen.

Auch auf Euroland wirkt sich die Rezession in den USA aus. Diese sind zwar nicht mehr wie im früheren Umfang Abnehmer der europäischen und vor allem der deutschen Exportindustrie - doch schon jetzt sinken die Exportquoten vor allem bei den Produktionsgütern. Was aus der gegenwärtigen deutschen Diskussion über Konjunkturprogramme herauskommen wird, ist m. E. noch nicht absehbar. Mit nachlassender Konjunktur, wieder steigender Arbeitslosigkeit auch bei Mini- und prekären Jobs muß gerechnet werden.

Mit größerer Transparenz, stärkeren Kontrollen und verschärften Gesetzen soll eine Wiederholung der ungezügelter Spekulation

Grafik 6

geworden, als daß es sich von schwachen internationalen Organisationen (UNO, Weltbank, IWF) kontrollieren ließe. Es wird bei einigen Abkommen mit kosmetischen Wirkungen bleiben. Wenn in Zukunft wieder hohe Spekulationsgewinne locken, werden sich Wege finden jede Kontrolle zu umgehen.

Ausblick

Depression kann von Staaten wie den USA nur unzureichend „gemanagt“ werden. Das Management (siehe Einleitung) beschränkt sich auf die „Schaffung“ großer Mengen von Geldzeichen. Damit kann der Staat versuchen, einzelne Zweige



des Finanzkapitals oder einige Finanzinstitute wie Fannie und Freddy vor der Pleite zu retten. Ob die Versuche erfolgreich sind, sei dahingestellt.

Doch wenn diese Mengen an virtuellem Geldkapital in der Welt sind, suchen sie zinstragende Anlage. Die Maßnahmen gegen eine geplatzte Blase ziehen die nächste Blase groß.

Von „gesellschaftlichen und politischen Konflikten“ als Ergebnis der jetzigen Entwicklung ist m. E. (noch?) nichts erkennbar. Wenn überhaupt kommt Kritik an einigen Bankern und anderen Spekulanten auf, die als Versager dargestellt werden. Vielleicht werden auch einige wegen Gesetzesverstößen ins Gefängnis müssen. Das ändert nichts. Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten der Finanzkrisen ist kaum verbreitet. Daß sie im Kapitalismus

in seiner gegenwärtigen Entwicklungsphase unvermeidlich sind, wird nicht gesehen.

Solange das so bleibt werden wir periodisch mit Finanzkrisen leben müssen. Linken bleibt nur übrig, die Ursachen von Krisen, soweit es die Datenlage zuläßt, der Arbeiterklasse zu erklären. Ein langer und steiniger Weg.

Stand: Ende August 2008



Wir können in diesem Heft zu den zunehmend ernstlichen Konflikten in der Weltpolitik und zur so genannten „Russlandkrise“ wenig beitragen, da die Zeit für die Erstellung eines Artikels bis zum Redaktionsschluss nicht reichte.

Die Lage spitzt sich zu und Deutschland ist diesmal mitten drin, teils interessengleich mit den imperialistischen USA und anderen EU-Ländern, teils weniger. Die Militärausgaben der USA steigen und steigen und das Haushaltsdefizit hat längst die tragbare Grenze überschritten. Dafür ist der Aufrüstungskurs verantwortlich und die zwei Kriege, die das Land ohne Fortune führt. Im Irakkrieg ist keine Lösung in Sicht und die Lage in Afghanistan hat sich für die Besatzungstruppen noch verschlechtert; für die deutschen Einheiten gibt es da keine Ausnahme. Auch sie bringen immer mehr Tod und Verderben nach Afghanistan, ohne

dass sich eine Perspektive überhaupt abzeichnet. Die Situation könnte sich dramatisch zuspitzen, sollte das Pulverfass Pakistan explodieren. Eine Verschärfung der Lage am Hindukusch könnte in Deutschland den verschwindend geringen Widerstand gegen die Kriegspolitik der Großen Koalition stärken. Droht doch zudem aus dem Weißen Haus neues Unheil. Ungeachtet des Wahlkampfes in den USA und gestärkt durch die Aussagen beider Präsidentschaftskandidaten gehen die Aggressionsvorbereitungen gegen den Iran weiter, sowohl propagandistisch als auch militärisch. Das vom politischen Niedergang und von Krisen geschüttelte Israel hat in den USA eine starke Lobby, die auf einen Zerstörungsschlag gegen iranische Zentren und Atomanlagen drängt. Wie weit sich das mit den Überlegungen der rechtskonservativen Republikaner trifft, eine Wahlniederlage ihres Präsidentschaftskandidaten durch solch eine kriegerische Aufputschung

abzuwenden, wird sich zeigen. Die innenpolitischen Konstellationen in Israel machen jede wirkliche Lösung des Palästinakonflikts unmöglich. Für die USA geht es im Nahen Osten um die Ölversorgung, für die das Land an die auswärtigen Lieferanten 600 Milliarden Dollar im Jahr ausgeben muss und um die strategische Vormachtstellung. Darum geht es auch in Vorderasien und Osteuropa und das ist auch ein Hintergrund für den Georgien-Konflikt. Die Großmächte führen einen verschärften Kampf um die Rohstoffe, besonders um Öl und Gas und um die entsprechenden Pipelines.

Beim Ringen um militärstrategische Positionsverbesserungen setzen die USA und ihre Alliierten die Einkreisungspolitik gegenüber Russland fort. Entgegen einstigen Absprachen setzt sich die NATO vor der Haustüre der Russischen Föderation fest und stationiert Raketen in Polen bzw. in der Tschechischen Republik. Der Kaukasus bleibt Brandherd und die Ukraine kann zum nächsten Zankapfel werden. Nach der Hetze gegen China hat der Westen nun auch gegen Russland eine regelrechte Kampagne in Gang gesetzt, die genauso verlogen ist, wie die russische Propaganda zum Georgien-Konflikt. Russland ist heute ein kapitalistisches Land, dessen imperialistisches Handeln sich von dem westlicher Großmächte im Prinzip nicht unterscheidet, das hat Moskau nicht nur im grausamen Tschetschenienkrieg bewiesen. Das entschuldigt nicht den Angriff des USA-hörigen Saakaschwili auf die Hauptstadt der südostetischen Provinz, mit dem Teile von Zchinwali in Schutt und Asche gelegt wurden und dem viel Menschen zum Opfer fielen. Das ganze hat natürlich eine Vorgeschichte, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann.

Kolumbien:

Schwierige Zeiten für die Guerilla – Politische Lösung in weiter Ferne



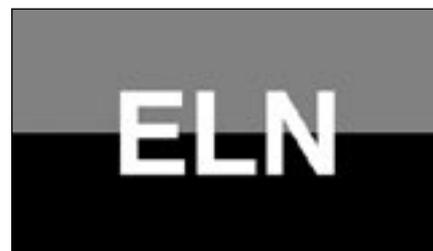
In der *Arsti Nr.156* (Sommer 2007) „*Todesschwadronen hinter demokratischer Fassade und linker Widerstand*“ sollte aufgezeigt werden, wie einerseits die auf die Person des Präsidenten Uribe ausgerichtete Regierung in Bogota immer mehr im Sumpf des Paramilitarismus versinkt, die Klassenkämpfe trotz widrigster Bedingungen zunehmen und die bewaffneten Organisationen des Widerstandes (FARC-EP und ELN) sich zwar weiterhin außerhalb der Zentren behaupten können, ohne aber einer politischen Lösung näher zu kommen. Der Artikel endete mit dem Hinweis auf eine ominöse Ankündigung des Präsidenten Uribe, die inhaftierten KämpferInnen der Guerilla würden bis zum 7. Juni 07 freigelassen werden. Die Ankündigung musste zu Spekulationen Anlass geben, war es doch Uribes bei jeder Gelegenheit bekräftigte Absicht gewesen, die Guerilla militärisch zu vernichten. Es sollte etwa ein Jahr vergehen, bis sich die Nebel endgültig lichteten und die wahren Absichten des kolumbianischen Regierungshandelns erkennbar wurden. Von einer einseitigen Freilassung der gefangenen Guerilleros war nie mehr die Rede, wenn auch weiterhin diffuse Signale für Verhandlungen zu vernehmen waren. Die Aufrüstung des Militärs wurde forciert und der Kampf gegen die Guerilla verschärft, vor allem in den Gebieten, in denen die FARC-EP ihre Gefangenen für einen Austausch bereit hielt. Die Bedrohung für diese Gefangenen nahm dadurch erheblich zu.

Juli 07: Venezuelas Regierung will behilflich sein

Im Juli wurden die Gespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) in Havanna ergebnislos abgebrochen. Der ELN-Vertreter Pablo Beltran führte das Scheitern auf die Weigerung der Regierung zurück, die Fragen der „*sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie*“ in den Mittelpunkt zu stellen und sah das Interesse der Regierung nur an der Demobilisierung des ELN und letztlich an seiner Auflösung. Während die Gespräche noch im Gange waren, hatte der venezolanische Präsident Chavez der internationalen Öffentlichkeit einen Vorschlag präsentiert, der die FARC-EP wieder in eine konkrete Verhandlungsposition bringen sollte. Er hatte



für den Austausch der Gefangenen von Regierung und FARC-EP sein Land als neutralen Ort angeboten. Ein erstes Treffen zwischen Vertretern der Guerilla und Chavez kam allerdings nicht zustande, weil sich die kolumbianische Regierung weigerte, auch die an die USA ausgelieferten FARC-Kommandanten Ricardo Palmera (Simon Trinidad) und Anayibe Rojas (Sonia) auf die Verhandlungsliste zu setzen. Den FARC-EP wird oft vorgehalten, sie hätten in der Vergangenheit nicht genügend flexibel auf Verhandlungsangebote reagiert und mehr auf militärische Erfolge gesetzt. Dabei darf nicht vergessen werden, dass für die FARC-EP die Freilassung



der gefangenen KämpferInnen stets ein zentrales Anliegen sein musste und gerade in diesem Punkt sich die verschiedenen Regierungen wenig zugänglich gezeigt hatten. Erschwert werden Verhandlungen vor allem auch wegen der Nichtanerkennung der Guerillaverbände als politische Organisationen. Seit der Einbeziehung Kolumbiens in den weltweiten „*Krieg gegen den Terror*“ sieht sich Uribe in seiner kriegerischen Haltung bestärkt. Er weiß sich gestützt von den USA und der EU. Als EU-Chefdiplomat Javier Solana im Januar dieses Jahres Uribe traf, bekräftigte er die bisherige Praxis und lehnte eine Streichung der FARC-EP von der sog. Terrorliste ab. Außerdem sagte er Uribe die volle Unterstützung der EU beim „*Kampf gegen den Terrorismus*“ in Kolumbien zu. (jW 23.1.08)

Chavez dagegen forderte die Anerkennung der Guerillagruppen als „*tatsächliche Armeen... die ein politisches Ziel verfolgen.*“

Ein doppeltes Spiel von Anfang an?

Waren Präsident Uribe und die hinter ihm stehenden gesellschaftlichen Kräfte zu Verhandlungen bereit? Heute kann man die Frage eindeutig beantworten: Sie waren es nicht, auch wenn es andere Signale gab. So etwa als Chavez und die linksliberale kolumbianische Senatorin Piedad Cordoba mit einer Vermittlung in Sachen Gefangenaustausch beauftragt wurden. Parallel dazu liefen nämlich Störaktionen. So wurden im

November 2007 Kuriere der FARC-EP, die Videobänder für Chavez bei sich hatten, verhaftet. Dass Uribe von Anfang an ein doppeltes Spiel getrieben hat, wurde endgültig klar, als er am 21. November Chavez und Cordoba per Pressemitteilung das Mandat wieder entzog. Auf Ersuchen von Angehörigen führte Chavez seine Vermittlungstätigkeit weiter und orientierte nun auf eine Freilassung ohne Gegenleistung, um Uribe in Zugzwang zu bringen und der Weltöffentlichkeit zu zeigen, wer von den Akteuren welche Rolle spielt.



Raul Reyes

Im Ergebnis dieser Bemühungen kündigten die FARC-EP die Übergabe einer Gruppe von Gefangenen an, wobei die Aktion durch die bereits erwähnten verstärkten Kampfhandlungen seitens des Militärs verzögert wurde. Trotz dieser ungünstigen Bedingungen übergaben die FARC-EP schließlich Clara Rojas, Assistentin der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt und die vormalige Parlamentsabgeordnete Consuelo Gonzalez an das Rote Kreuz. Das gefilmte Übergabeszenario sollte später vom kolumbianischen Militärgeheimdienst für eine perfide Inszenierung anderer Art kopiert werden.

Die FARC-EP demonstrierten mit der Übergabe ohne Gegenleistung ihre Bereitschaft zu weiteren Freilassungen und verschafften Chavez die Anerkennung als erfolgreicher Vermittler. Für die Regierung in Bogota war jetzt Propaganda angesagt. Unter der Federführung der CIA mit der Losung „Eine Million Stimmen gegen die FARC“ wurde weltweit für den 4. Februar zu Kundgebungen gegen die FARC mobilisiert. Selbst der Dachverband der Paramilitärs, AUC, war eingebunden. Als für den 6. März von der Linken, von Menschenrechts- und Opferverbänden sowie von Teilen der Gewerkschaften ebenfalls eine Demonstration angekündigt wurde, erklärte ein Regierungssprecher diese als FARC-Veranstaltung, was für

die Teilnahmewilligen Lebensgefahr signalisieren sollte.

März 2008: Mord als Mittel staatlichen Handelns

Dass die kolumbianische Regierung bei der Bekämpfung der Guerillaorganisationen im wahrsten Sinne des Wortes keine Grenzen kennt und nicht einmal vor einer groben Verletzung des Völkerrechts zurückschreckt, zeigte sich in der Nacht vom 1. auf den 2. März dieses Jahres. Ein gemeinsamer Angriff von Luftwaffe und Heer jenseits der kolumbianischen Grenze auf dem Gebiet Ecuadors auf ein Feldlager der FARC-EP endete mit einem Massaker. Ziel war Raul Reyes, Sprecher der FARC-EP und in der Hierarchie der Organisation die Nummer 2. Mit ihm wurden über 20 Guerilleros und zufällige Besucher aus verschiedenen Ländern kaltblütig ermordet. Der Leichnam des Kommandanten wurde nach Bogota verschleppt. Die Präzision der Angriffe deutete auf die Mithilfe der USA. Ein hochrangiger Vertreter des kolumbianischen Verteidigungsministeriums bestätigte die Vermutung: „Wir gewinnen den Krieg gegen die FARC dank der USA, da sie uns jetzt Informationen übermitteln, die sie früher zurückhielten.“

Fidel Castro fasste die wesentlichen Details des Überfalls in knapper Form zusammen: „Die Bombardierung eines Lagers auf ecuadorianischem Territorium, in dem kolumbianische Guerillakämpfer und junge Besucher verschiedener Nationalitäten übernachteten, ... unter Anwendung US-amerikanischer Technologie, die Okkupation des Gebiets, Gnadenschüsse auf Verwundete und die Verschleppung von Leichnamen als Teil des terroristischen Planes der Regierung der USA, stießen die Welt ab.“

Mit dem 59-jährigen Reyes verlor die Guerilla eine kaum ersetzbare Persönlichkeit mit langjährigen Erfahrungen, was Verhandlungen und internationale Kontakte betrifft. 1997

war er in Costa Rica zu einem Treffen mit US-Vertretern zusammengekommen. Reyes Laptop, auf den es der Militärgeheimdienst abgesehen hatte, sollte in der Regierungspropaganda der folgenden Monate eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

Der Angriff auf Reyes musste als eindeutige Absage an Verhandlungslösungen gewertet werden. Aber es steckte noch mehr dahinter. Harald Neuber kommentierte: „Bei der kolumbianischen Intervention in Ecuador ging es ... nicht nur um die Sabotage der zunehmend erfolgreichen Politik des Dialogs mit den kolumbianischen Rebellen, wie sie von Venezuela, Ecuador und anderen Staaten ... praktiziert wird. Der Angriff war auch ein Testlauf für künftige Aggressionen des letzten US-Verbündeten in Südamerika gegen die linksgerichteten Staaten der Region.“ (jW, 5.3.08) In den folgenden Tagen spitzte sich die Lage an den Grenzen Kolumbiens bedrohlich zu. Peter Burghardt kommentierte die Situation in der Süddeutschen Zeitung: „Nun haben Ecuador und Venezuela ihre diplomatischen Beziehungen zu Kolumbien abgebrochen und schicken Truppen an die Grenzen. Der latente Zwist im Dickicht der Nachbarländer eskaliert. Bisher blieb es bei Drohgebärden und Muskelspielen. Doch auf einmal wird eine Kriegsgefahr heraufbeschworen, und dies gleich an zwei Fronten.“ (SZ, 5.3.08) Wie schließlich in den darauffolgenden Wochen die Eskalation zurückgefahren und die drohende militärische Auseinandersetzung abgewendet wurde, kann in diesem Beitrag nicht in der erforderlichen Ausführlichkeit dargestellt werden. Festzuhalten ist aber, dass letztlich die Regierungen von Ecuador und Venezuela auf der diplomatischen Bühne zumindest als politische Gewinner aus dem Konflikt herausgingen und Kolumbiens Präsident Uribe eine einstimmige Kritik der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) einstecken musste.

Die Guerilla bekommt's knüppeldick

Während sich die heftigen Auseinandersetzungen in der nördlichen Andenregion auf zwischenstaatlicher Ebene wieder beruhigten, sollte der Monat März noch weitere üble

Überraschungen für die FARC-EP bereithalten. Nur wenige Tage nach Raul Reyes Ermordung fiel Ivan Rios, Kommandant aus der Führungsebene, einem Komplott zum Opfer. Er wurde von einem seiner eigenen Leibwächter, der dafür 2,7 Millionen US-Dollar Kopfgeld von Regierungseite bekommen soll, erschossen.



Ivan Rios

Nur zwei Monate später stellte sich Nelly Avila Morena alias Karina, die nach der Ermordung Ivan Rios die Guerilla in der Region Antioquia übernommen hatte, den Behörden. Kurz vorher hatte der Verteidigungsminister den Tod des Chefcommandante der FARC-EP, Pedro Antonio Marin, bekannt gegeben. So erfuhr die Öffentlichkeit vom Ableben des legendären Gründers der größten Guerillaorganisation Kolumbiens nicht von der FARC-EP selbst, was wiederum Spekulationen über die Art seines Todes nährte. War der meistgejagte Guerillero nach Che Guevara etwa durch eine Militäraktion getötet worden? Um Gerüchten dieser Art den Boden zu entziehen, erläuterte das Sekretariat der FARC-EP die Umstände seines Todes. Über Telesur hieß es, Marulanda sei im

Kreis seiner Gefährten am 26. März an einem Herzinfarkt gestorben. Sein Nachfolger sei der theoretische Kopf der FARC-EP, der 59-jährige Guillermo Leon Saenz alias Alfonso Cano. Der Anthropologe Cano, der aus der städtischen Mittelschicht stammt, gilt als intellektuell versiert. Ob nun Cano mehr auf eine politische Lösung des Konflikts orientieren kann als sein Vorgänger, wird eher von der Gegenseite zu beantworten sein. Und diese hat sich entschieden und bleibt dabei: „Eine Offensive der Armee in Zentralkolumbien, die weiter anhält und bisher zehn Todesopfer forderte, soll laut Regierungsangaben das Ziel haben, den neuen FARC-Chef zur Strecke zu bringen.“ (ND, 27.5.08)

Während in der ersten Hälfte des Jahres 2008 das kolumbianische Militär mit voller Unterstützung aus aus Washington ohne Rücksicht auf das Leben der von den FARC-EP in Gewahrsam gehaltenen Gefangenen die Kämpfe ausweitete, bereitete der Militärgeheimdienst eine Aktion vor, die nicht nur die internationale Regenbogenpresse in helles Entzücken versetzen sollte.

Juli 2008: Lässt James Bond grüßen?

Etwa um die Mittagszeit landet ein weiß lackierter Helikopter russischer Bauart in einer Lichtung des dicht bewaldeten Dschungels der Provinz Guaviare. Wenige Minuten später hebt die Maschine wieder ab und hat 15 Personen zusätzlich an Bord. Was sich zwischen Landung und Start abgespielt hat, wird von den unmittelbar und mittelbar Be-

teiligten unterschiedlich dargestellt. Unbestritten ist: Der Hubschrauberbesatzung wurde von einem Guerillakommando der FARC-EP eine Gruppe von Gefangenen übergeben. Darunter befanden sich die prominente Franco-Kolumbianerin Ingrid Betancourt und drei US-Militärbetrater. Der Ablauf war zunächst von Regierungseite als filmreife Action à la James Bond dargestellt worden. Schon bald kamen aber Zweifel auf. Ein Schweizer Radiosender berichtete von 20 Millionen Dollar Lösegeld, die geflossen sein sollen. Wochen später ergaben die nach und nach durchsickernden Details ein ganz neues Bild. Inhaftierte Mitglieder der FARC-EP sagten aus, die Soldaten, die die Besatzung des Helikopters bildeten und mit Che Guevara T-Shirts verkleidet waren, hätten sich als Mitarbeiter des Internationalen Roten Kreuzes und des lateinamerikanischen Fernsehsenders Telesur getarnt. Laut CNN habe ein verkleideter Geheimdienstoffizier einen weißen Umhang mit dem Roten Kreuz und dem Schriftzug getragen. Diese Version wurde von Uribe und dem Verteidigungsminister Santos schließlich bestätigt. Ob US-amerikanische und israelische Geheimdienstspezialisten mitwirkten, ist anzunehmen, aber noch nicht zu beweisen. Uribes Regierung musste klar sein: Nach dieser hinterhältigen Aktion war jegliche Grundlage für Verhandlungen mit den FARC-EP bezüglich Freilassung weiterer Gefangener entfallen. Das Sekretariat des Generalstabs der Guerillaorganisation führte in einem Kommuniqué vom 5. Juli die erfolgreiche „Flucht von 15 Kriegsgefangenen“ auf Verrat zurück. Sie sei die „direkte Konse-



Manuel Marulanda

Pedro Antonio Marin, Kampfname Manuel Marulanda, Bauernsohn, Geburtsjahr unbekannt, seit den 50er Jahren in den Bergen Kolumbiens, 1964 Mitbegründer der FARC, einer Bauernguerilla mit umfassendem Agrarprogramm als Grundlage, soll die Hauptstadt Bogota nie betreten haben, überlebte 14 Regierungen und wurde 17mal für tot erklärt

„Marulanda hat uns versammelt. Wir waren alle ein wenig mutlos vor Müdigkeit und vor Hunger. Er hat zu uns gesagt: ‚Ich brauche euch die Lage nicht

weiter zu erklären. Es handelt sich um eine regelrechte Belagerung, wir sind in diesen Bergen eingeklemt. Alle zusammen können wir hier herauskommen, aber wenn wir hier auseinanderlaufen, wird es schwierig sein. Wenn welche von euch fortwollen, so können sie es tun.‘ ... Auf dem Bergkamm fielen Schüsse, ein Toter bei uns. Sie folgten uns wie Jagdhunde. Vier Gefechte im Handumdrehen. Einer von uns wurde umgebracht. Die einen bahnten sich einen Weg durch das Gebüsch, die Nachhut kämpfte.“

Aus: Tagebuch eines Guerillero, Hamburg 1969

quenz einer verwerflichen Haltung von Cesar und Enrique, die ihre revolutionäre Verpflichtung und das in sie gesetzte Vertrauen verraten“ hätten. Diese Version ließen die beiden Beschuldigten über ihren Anwalt zurückweisen. Sie hätten kein Geld erhalten und die Befreiung sei einzig eine Operation des Militärgeheimdienstes gewesen. Günter Pohl schreibt in der UZ vom 11. Juli: „So oder so: in keinem Fall ist die Version des Militärcoups richtig. Die von fast allen Regierungen sowie deren Medienlandschaft begrüßte gewaltlose Befreiung ist eine konsequente Weiterführung der Politik der Limitierung der kolumbianischen Gefangenendramatik auf den Fall Betancourt, bei dem die Bourgeoisie erstmals mit Recht an ihre eigene Verletzlichkeit erinnert war und die leider seit Monaten auch von den Regierungen der Nachbarländer bedient wird – einzig Daniel Ortega hatte die Courage, an die Tausenden von linken politischen Gefangenen in Kolumbiens Knästen zu erinnern.“

Einen Tag nach der spektakulären Geheimdienstoperation meldete sich auch Fidel Castro zu Wort. Die bürgerliche Medienmeute zitierte genüsslich einige seiner Anmerkungen, die in der Tat als deutliche Kritik an Praktiken der FARC-EP zu verstehen sind: „Zivilisten mussten niemals entführt und die Soldaten nicht als Gefangene im Regenwald gehalten werden. Das waren objektiv grausame Taten. Kein revolutionäres Vorhaben konnte sie rechtfertigen.“ Castro stellte diese Kritik in einen Kontext, der von den Agenturen nicht zur Kenntnis genommen wurde. Er führte nämlich weiter aus; „Wir beobachten mit Sorge, wie der Imperialismus versucht, das, was in Kolumbien passiert ist, auszunutzen, um seine entsetzlichen Genozide an anderen Völkern zu verdecken und zu rechtfertigen, die internationale Aufmerksamkeit von seinen interventionistischen Plänen in Venezuela und Bolivien sowie der Präsenz der IV. Flotte abzulenken.“ Um Missverständnissen vorzubeugen, ergänzte er zwei Tage später seine Ausführungen dahingehend, dass er die Option des bewaffneten Kampfes der FARC-EP nicht in Frage stellen wollte: „Ich lege niemandem nahe, die Waffen niederzulegen. Diejenigen, die dies in den letzten 50 Jahren getan haben, haben dies nicht überlebt.“ Damit distanzierte sich Castro – ob mit Absicht sei dahingestellt – von einer Aufforderung, die

Chavez bereits im Juni in seiner sonn-täglichen Fernsehsendung an den neuen Kommandanten der FARC-EP gerichtet hatte. Alfonso Cano sollte den bewaffneten Kampf einstellen, denn: „Heutzutage ist eine bewaffnete Guerillabewegung nicht mehr zeitgemäß.“ Der ecuadorianische Präsident Corea hatte sich Chavez Appell, der auch die Freilassung der Gefangenen durch die FARC-EP beinhaltete, angeschlossen. Chavez und Corea wurden dafür von vielen Linken in Lateinamerika kritisiert. Verständlich ist der Schwenk der beiden Präsidenten aus der Zuspitzung der Bedrohungslage durch die USA, die ihre Militärbasis aus dem ecuadorianischen Manta nach Zentralkolumbien oder sogar in eine Grenzregion zu Venezuela, der einzigen Gegend, die den Einsatz von Panzern zulässt und nahe an den westlichen Ölfeldern liegt, verlegen wollen und damit in Verbindung mit der 4. Flotte Venezuela militärisch in die Zange nehmen könnten.

Deprimierender Ausblick

Nach der gelungenen politischen und medialen Vermarktung von Frau Betancourt (die unappetitlichen Details werden als bekannt vorausgesetzt) in ihrer Rolle im „Kampf gegen den Terror“, die sich im Sinne der Auftraggeber optimal

in Szene zu setzen wusste (inklusive Papstbesuch), ist Kolumbien wieder weitgehend aus den Medien verschwunden. Dass Präsident Uribe im August vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss erscheinen musste, um mit Bestechungsvorwürfen im Zusammenhang mit seiner Wiederwahl konfrontiert zu werden, interessierte den Medienmainstream nicht besonders. Dagegen begleitete man aufmerksam gezielt gestreute Hinweise aus Geheimdienstkreisen, die Verbindungen vom Laptop des Kommandanten Raul Reyes zu europäischen Politikern der Linken von Spanien über Italien (Rifondazione Comunista) bis zur deutschen Linkspartei belegen sollten. Über den tatsächlichen Zustand der FARC-EP nach den schwerwiegenden Verlusten auf der Führungsebene gibt es nur Vermutungen. Über Desertionen in größerem Ausmaß wurde gemunkelt. Wie dem auch sei, den FARC-EP wird derzeit keine Alternative zum Weiterkämpfen ermöglicht. Nachdem sich die Regierung mehr denn je einer politischen Lösung des Konflikts verweigert, die USA und die EU diese Haltung weiterhin unterstützen, gibt es keinen Grund zur Hoffnung. Auch die deutsche Regierung trägt ihren Teil zur Verschärfung des Konflikts bei.

he, 11.9.08

Anzeige

Einbürgerung?

Seit dem 1. September 2008 müssen alle Ausländerinnen und Ausländer, die einen deutschen Pass beantragen, einen Test machen. Dabei soll geprüft werden, ob sie genug über Deutschland wissen, über das politische System, über die Geschichte und über das gesellschaftliche Leben. Diese drei Broschüren enthalten alle 300 Fragen des Einbürgerungstests, außerdem die 160 Fragen der Bundesländer. Texte und Beispiele informieren über Hintergründe – über Einwanderung und Einbürgerung, über doppelte Staatsangehörigkeit und Visum zur Familienzusammenführung, über Demokratie und Ausländerwahlrecht. Die Broschüren enthalten nicht nur die Informationen, die beim Einbürgerungstest verlangt werden.

Jedes Heft 48 Seiten, 2 Euro zzgl. Versand
Drei Hefte im Angebot: 5 Euro inkl. Versand
 Magazin Verlag, Schweißelstr. 6, 24118 Kiel
 Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

Einbürgerungstest!

Drei Broschüren zusammen
5 Euro
inkl. Porto

72
Einbürgerungstest 1
Leben in der Demokratie

73
Einbürgerungstest 2
Geschichte und Verantwortung

74
Einbürgerungstest 3
Mensch und Gesellschaft

auf dem Weg zu einer selbstbestimmten Entwicklung?

Aus **Arbeiterpolitik**

Ausbeutung des Landes durch das internationale Kapital.

Die Entdeckung von Erdölvorkommen im Amazonasgebiet ermöglichte in den 70er Jahren in Ecuador eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs. Jährliche Wachstumsraten von 9 Prozent wurden verzeichnet. Mit Hilfe umfangreicher Kreditaufnahmen aus dem Ausland wurden staatliche Betriebe gegründet. Ein Jahrzehnt später wurde das stark verschuldete Ekuador – wie viele Entwicklungsländer – durch die Hochzinspolitik der USA von einer Schuldenkrise erfasst. Das Land stürzte in eine schwere Wirtschaftskrise. Der Fall der Erdölpreise am Weltmarkt und der Ausfall der einzigen Ölpipeline durch ein Erdbeben verschärfte die Lage.

Die hohe Auslandsverschuldung Ecuadors ermöglichte 1993 dem IWF, im Land gesetzliche Voraussetzungen durchzusetzen, die darauf zielten,

- 1) die Verwaltung des Staates „effizienter“ und „rationaler“ zu machen,
- 2) „ineffiziente“ Staatsbetriebe¹⁾ zu privatisieren,
- 3) dass in den Sektoren Trinkwasserversorgung, Bewässerung, Postdienste und ähnlichen Bereichen private Udie Bereitstellung von Dienstleistungen übernehmen können,
- 4) die Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen, die in staatlichem Besitz blieben, konnte an private Unternehmen vergeben werden.

Ab 1994 liberalisierte die Regierung das Bankenwesen, ohne dass eine funktionierende Bankenaufsicht geschaffen wurde. Ecuador bot Bergbaufirmen traumhafte Bedingungen: Sie konnten hundert Prozent ihrer Gewinne einfahren und mussten kaum Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter befolgen. Bezeichnenderweise verfügt das Land als fünftgrößter Rohölproduzent Südamerikas selbst über praktisch keine Raffineriekapazitäten und muss deshalb den Großteil der Treibstoffe importieren. (Mit venezolanischer Beteiligung soll nun die erste Raffinerie des Landes gebaut werden.)

Die vom IWF erzwungenen Privatisierungen führten zu Preissteigerungen. Mit ihnen einher gingen in den letzten Jahren der Abbau von Kündigungsschutz und die Beschneidung von Gewerkschaftsrechten. Neben Arbeitslosigkeit ist Unterbeschäftigung weit verbreitet: Nur ein Viertel der Lohnabhängigen hatte einen regulären Arbeitsvertrag, der Zugang zu Sozialversicherungsleistungen gewährt.

Durch eine unkontrollierte Kreditpolitik der Banken kam es im März 1999 zur akuten Krise, die praktisch zur Enteignung der Sparer (Mittelschichten) führte. Die Inflation entwertete den Sucre, die damalige nationale Währung, drastisch.

Wirtschaftsrückgang und Verarmung weiter Bevölkerungsschichten waren die ökonomischen und sozialen Folgen, während der Reichtum der Oligarchie zunahm²⁾. Preiserhöhungen

im öffentlichen Transportwesen sowie für Haushaltsgas führten zu einem Aufstand der Indígena-Bewegung im Januar 2000, der schließlich zum Sturz des Präsidenten führte (Indígenas = indianische Urbevölkerung).

Ecuadors Mittelschicht protestiert

2002 hatte sich der ehemalige Oberst Gutierrez im Wahlkampf als Gegner der traditionellen herrschenden Klasse in Ecuador präsentiert. Dadurch hatte er die Unterstützung der Indigenen und der Mittelschichten erhalten. Indigene Minister traten in die Regierung ein. Mit der Fortsetzung des neoliberalen Kurses brachte Gutierrez die indigene Bevölkerung und die Mittelschichten in den Städten gegen sich auf. Die Abkommen mit dem IWF hatten zur Folge, dass die Preise für Benzin und Nahverkehr drastisch angehoben, die Subventionen für Haushaltsgas, Strom, Treibstoff usw. drastisch gekürzt und die staatlichen Stromversorgungs- und Telekommunikationsunternehmen privatisiert wurden. Für zusätzliche Empörung bei der indigenen Bevölkerung sorgte der Plan, den Dollar als Währung einzuführen.

Unter dem Druck ihrer Basis traten die indigenen Minister nach sechs Monaten aus der Koalition aus. Mitte April 2005 kam es in Quito zur „Rebellion der Forajidos“ (Gutierrez verhöhnnte die Protestierenden als flüchtige Straßenräuber = Forajidos.) Motor dieses Aufstandes war eine Initiative von Teilen der Mittelschicht (besonders in der Hauptstadt Quito), denen die Perspektive genommen worden war. Da sie ihre Interessen im Parlament von keiner der traditionellen Parteien vertreten sahen, vertraten sie ihre Interessen auf der Straße. Ihr Ruf: „Que se vayan todos“ (alle da oben sollen gehen) hallte durch die Straßen. Vor allem die ecuadorianische Jugend ging auf die Straße. Besonders aktiv waren Oberschüler

1) Insgesamt gab es nur 167 Unternehmen, die für eine Privatisierung in Frage kamen. Als erster großer Staatbetrieb wurde das Zementwerk „Cemento Nacional“ 1993 privatisiert; 1994 zwei private Telefondienstleister (Bellsouth und CONECEL). 1996 erfolgte die Privatisierung der nationalen Fluggesellschaft „Ecuatoriana de Aviacion“. Zwischen 1992 bis 1995 übertrug der Staat Aktien von 14 Unternehmen mit staatlicher Beteiligung an den Privatsektor. Im Jahre 2000 wurden weitere Privatisierungen beschlossen: U. a. wurde Privatunternehmen gestattet, Öl und Gas zu fördern sowie Pipelines zu bauen. Schwerpunkte neuer Privatisierungen waren die Telekommunikation, der Elektrizitätssektor und die Häfen Esmeraldas, Puerto Bolivar und Guayaquil.

2) Nach Angaben der Weltbank lag die Staatsquote Ecuadors 1997 bei nur 12,4 % des BIP im Vergleich dazu sind in den Industrieländern Westeuropas Quoten zwischen 40 und 54 Prozent zu finden, in den USA liegt die Staatsquote mit 30 Prozent niedriger, jedoch immer noch bedeutend höher als in den meisten Ländern Lateinamerikas jedoch immer noch bedeutend höher als in den meisten Ländern Lateinamerikas.

und Studenten, denen als Perspektive die Arbeitslosigkeit drohte. Für eine kleine konsumstarke Oberschicht war bisher viel importiert worden. Doch im produzierenden Gewerbe entstanden keine Arbeitsplätze: Jeder sechste war arbeitslos, sechs von zehn waren unterbeschäftigt. Angesichts der radikalisierten Protestdemonstrationen ließ das Militär (bis dahin von den USA finanziert) die Unterstützung für den Präsidenten fallen. Gutiérrez war zum Rücktritt gezwungen.

Die Mittelschichten sind nicht fest organisiert. Für ihre Proteste haben sie ein informelles Informationssystem. Ihre herausragende Stellung in dieser Rebellion steht im Gegensatz zur bedeutenden Rolle der indigenen Bevölkerung in den vorhergehenden großen Protestbewegungen. Denn zum wichtigsten Faktor im Lager der sozialen Bewegungen war CONAIE geworden, der Verband der Indígenas.

Nach einem nun schon eingespielten Schema erbte Vizepräsident Alfredo Palacio die Führung im Staat. Er berief Rafael Correa³⁾, einen christlichen Humanisten, zum Wirtschaftsminister. Dieser widersetzte sich dem völligen Ausverkauf des Landes. Er wollte die Erdöleinnahmen, den wichtigsten Devisenbringer Ecuadors, stärker für soziale Belange einsetzen. Doch Banken, Erdölmagnaten, IWF und Weltbank, die USA und die Interamerikanische Entwicklungsbank setzten Präsident Palacio unter Druck, um ihre Privilegien zu erhalten. Correa sah sich nach kurzer Zeit gezwungen, sein Ministeramt niederzulegen.

Nun konnte Präsident Palacio Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA eröffnen. Die aufkommenden Demonstrationen gegen das Freihandelsabkommen waren allerdings so stark, dass sie das öffentliche Leben lahm legten.

Correa wird Präsident

Zu den Präsidentschaftswahlen 2006 trat das Bündnis fortschrittlicher

Kräfte „Alianza País“ unter der Führung Correas an. Im Wahlkampf proklamierte er als Ziele: soziale Gerechtigkeit, nationale Souveränität und den Schutz der Umwelt, zusammengefasst unter dem Begriff „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“.

Die schlechten Erfahrungen in einem Bündnis mit einem Vertreter der Oberschicht (Gutierrez) hatte die Bewegung der Indigenen gespalten und geschwächt. Sie traten deshalb zunächst mit einem eigenem Kandidaten an. Beim ersten Wahlgang im Oktober 2006 erhielt der Bananemagnat Noboa (reichster Mann des Landes, der seine Plantagen mit Gewalt gewerkschaftsfrei hielt und im Wahlkampf Geschenke verteilte) die meisten Stimmen.

Im zweiten Wahlgang stellten sich 200 gesellschaftliche Organisationen einschließlich der Indigenenorganisation CONAIE hinter Correa. Im November 2006 siegte Correa mit fast 60 Prozent der abgegebenen Stimmen. CONAIE erklärte ihre Unterstützung für Correas Regierungsprogramm.

Seit April 2007 hat Ecuador seine Schulden beim Internationalen Währungsfonds bezahlt. Correa: „Die Strategie unserer Regierung wird sein, die Einheit mit anderen Ländern zu suchen, um den hegemonialen Mächten die Stirn zu bieten.“ Correa steht offensichtlich zu zentralen Wahlversprechen: Kampf der Korruption, massive Investitionen in Gesundheit und Bildung und das Auslaufen des Vertrages der US-Militärbasis in Manta im Jahr 2009⁴⁾. Der neue Präsident will die Förderverträge mit den ausländischen Mineralölkonzernen neu verhandeln lassen, denn „von fünf Barrels verbleiben vier bei den Konzernen“.



Correa, hier mit Chávez

Wie Evo Morales im Nachbarland Bolivien setzt Correa auf Sozialprotestbewegungen, Studentenorganisationen und Linksparteien als Unterstützung, um seine Anliegen gegen den Widerstand der traditionellen herrschenden Klasse durchzusetzen. Mit einem Sturm auf das „Parlament der Eliten“ unterstützten die Indigenen das Ziel, mit einer ver-

Ecuador

hat heute 13 Mio. Einwohner, die Mehrheit der Einwohner sind Mestizen, ca. ein Drittel Indigene, 15 Prozent spanischer und 5 Prozent afrikanischer Abstammung; fast die Hälfte der Bevölkerung, dreiviertel der Kinder, lebt unter der Armutsgrenze. Die wirtschaftliche Krise und zunehmende Verarmung hat seit Ende der Neunziger Jahre einen Emigrationsprozess ausgelöst, der etwa ein Fünftel der Bevölkerung auswandern ließ. Die Abwesenden unterstützen ihre Familien.

Die Ölintereessen bestimmen die Politik des Staates gegenüber der indigenen Bevölkerung, da viele Reserven auf Indigenenterritorium liegen: Rechtsbruch, Urwaldzerstörung, Auslöschung von Völkern.

Wirtschaftlich ist das Land einseitig auf den Export von Erdöl, Bananen, Krabben und Blumen sowie landwirtschaftliche Primärprodukte ausgerichtet. 18 Prozent der Gesamtexporte sind Erdöl, 25 Prozent Bananen und 6 Prozent Meeresfrüchte. Der Erdölsektor erwirtschaftet den weitaus größten Teil der Staatseinnahmen.

Geschichte: Seit seiner Entstehung im Jahre 1830 (nach der Abschüttelung der spanischen Kolonialherrschaft) ist Ecuador immer wieder von Militärs beherrscht worden. Praktisch von Anfang an gibt es Differenzen zwischen den bürgerlichen Fraktionen der Küste und der Hochebene. Die Küstenbourgeoisie gewann durch den Kakaoexport eine dominante Stellung. Nach dem 2. Weltkrieg fanden erste Ansätze einer Industrialisierung statt. Der Anbau von Bananen wurde ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Seit 1973 gewinnt die Erdölproduktion an Bedeutung.

3) Correa entstammt der Mittelschicht. Er studierte an der Katholischen Universität Louvain in Belgien und der University of Illinois in den USA, nachdem er in der Provinz Cotopaxi ein Jahr als Aktivist in einer indigenen Gemeinschaft verbracht hatte.

4) Die Militärbasis Manta spielt eine besondere Rolle für den Kampf der USA gegen die bezeichneten linken Guerilla-Gruppen Kolumbiens. Sie wurde für 80 Millionen US-Dollar zu einem der modernsten High-Tech-Landeplätze Südamerikas ausgebaut.

fassungsgebenden Versammlung die Verfassung zu ändern⁵).

Der Sieg in der Wahl zum Verfassungskonvent im September 2007 hat Correas Position gegenüber der Oligarchie gestärkt. Als erste Maßnahme löste der Verfassungskonvent den Kongress auf; ein Schlag gegen die großbürgerliche Opposition, deren politische Wirkungsmöglichkeit damit eingeschränkt wurde.

Die Wahl des Präsidenten ist noch nicht die Lösung der sozialen Probleme

„Für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts⁶, der soziale Gerechtigkeit, nationale Souveränität, den Schutz der Umwelt und eine regionale Integration anstrebt, die auf Verständigung, Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung beruht“, will Correa eintreten. Auch in Ecuador ist es nicht eine revolutionäre Arbeiterklasse, die den Sozialismus zum Programm erklärt. Correas „Sozialismus“ ist das vereinende Band, das die Mittelschichten, die lohnabhängige Klasse, die indigene Bevölkerung und den afro-ecuadorianischen Bevölkerungsteil eint, um die Fremdbestimmung der Wirtschaft abzuschütteln. Die Gegnerschaft zur traditionellen herrschenden Klasse, die vom Zusammengehen mit dem ausländischen Kapital profitiert, eint sie im Ziel. Dabei haben die kleinbürgerlichen Schichten ihre eigene Entfaltung in der nationalen Wirtschaft als Ziel, die Bauernbevölkerung die Erhaltung ihrer eigenen Existenz im Sinn, während es den lohnabhängigen Schichten um Sozialreformen geht. In diesem „ecuadorianischen Weg“ die neoliberale Politik zu überwinden, sind also schon Widersprüche angelegt.

Ecuador steht vor einer ganzen Reihe von Problemen

Wie kann eine stärkere Beteiligung der Menschen an den politischen Entscheidungen erreicht werden? Das ist eine der umstrittenen Fragen unter Correas Unterstützern. Zwar wird in Ecuador darüber gesprochen, wie die Ungleichheit im Lande überwunden werden kann, doch entscheidend ist zunächst: Ist die soziale Bewegung der Lohnabhängigen, Mittelschichten und der Indigenen so stark, dass sie Cor-

reas Politik gegen die US-orientierte Oligarchie des Landes stützen kann? Oder lähmt ein allzu großes Vertrauen in die gewählten Institutionen die Durchsetzungskraft der Kräfte an der Basis? Eine neue Verfassung ist kein Garant für die Realisierung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Ziele. Bisher hat noch keine herrschende Klasse auf ihre Privilegien freiwillig verzichtet. Mit seiner Erklärung, an der Dollarisierung festzuhalten, bemühte sich Correa schon, Ängste im bürgerlichen Lager zu zerstreuen.

Wie kann die Landwirtschaft entwickelt werden? Die Hälfte der Landwirte kann nicht mehr von ihrer Scholle leben. Deshalb lehnt Correa den Freihandelsvertrag TLC mit den USA kategorisch ab, da er die Mehrheit der Produzenten von Grundnahrungsmitteln wie Reis, Mais, Milch und Weizen einem unlauteren Wettbewerb mit den hochsubventionierten US-Farmern aussetzen würde.

Wie Bolivien akzeptiert auch Ecuador keinen Freihandelsvertrag mit der EU, der das Land lediglich zum Zulieferer billiger Rohstoffe für die Industrie der kapitalistischen Zentren macht. Handelsbeziehungen zwischen Venezuela und Kuba, bei denen Erdöl gegen medizinische Dienstleistungen getauscht werden, zeigen zwar ein anderes Modell, doch braucht Ecuador auch moderne Technologie.

Eine finanzstarke Mittelschicht existiert in Ecuador nicht. Können vom Staat Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass der Marktanteil heimischer Betriebe steigt, dass aus der Mittelschicht heraus innovative Betriebe gegründet werden? Können eigene Verarbeitungsketten bei gradueller Integration in den Weltmarkt aufgebaut werden? Können in dem Zusammenhang u.a. eine Reform der sozialen Sicherung, des Gesundheitssystems, des Bildungswesens durchgeführt werden?

Ecuador hat nicht den Ölreichtum Venezuelas. Wie können die geringeren Einnahmen aus der Erdölwirtschaft dennoch zur Modernisierung und Diversifizierung der ecuadorianischen

Wirtschaft genutzt werden? Diese Frage stellt sich besonders durch den Konflikt, der sich bereits im Ölsektor entwickelt: Die internationalen Förderkonzerne akzeptieren nicht, dass sie nun alle Einnahmen, die über 24 Dollar je Fass hinausgehen, an den Staat abgeben sollen. Sie drohen mit internationalen Gerichten, der oberste Staatsanwalt Ecuadors mit Vollstreckungsmaßnahmen. Schon jetzt ist die Ölproduktion gesunken. Die Konzerne haben es in der Hand, sie weiter zu drosseln.

Correa braucht jedoch die Öl-Millionen für die Entwicklung des Landes. Darüber hinaus ist er im Umweltschutz engagiert. Am 5. Juni 2007 hat Rafael Correa ein einjähriges Moratorium für die Vergabe von Öl-Förderlizenzen verfügt. Er sieht sich zwei entgegengesetzten Zielen gegenüber: Wie kann das Amazonasgebiet geschützt und können die Reformprogramme trotzdem durchgeführt werden? Der damalige Energieminister Alberto Acosta in einem Interview: „Was soll mit dem Projekt Ishpingo-Tambococha-Tibutini (ITT) geschehen? Mit mehr als einer Milliarde Barrel liegen dort die größten Reserven unseres Landes. ... ITT liegt zwischen zwei Naturparks mit hoher Biodiversität, in denen die letzten unberührten Völker leben. Was wir vorschlagen, ist ein System, das erlaubt, ungeförderetes Rohöl zu verkaufen.“

Seit einem Jahrzehnt haben die wechselnden ecuadorianischen Regierungen einen brutalen neoliberalen Kurs verfolgt. Die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse hat eine Lebensplanung der einzelnen Lohnabhängigen unmöglich gemacht und die Gewerkschaftsrechte der Klasse praktisch ausgelöscht. Wie kann die Klasse der Lohnabhängigen ihre Interessen unter den neuen Verhältnissen zur Geltung bringen?

Da Ecuador nun mit seiner selbstbestimmten Politik „den hegemonialen Mächten die Stirn bieten will“, muss es sich der aggressiven US-Politik erwehren.

Wird die herrschende Klasse Ecuadors mit Hilfe der USA die inneren Gegensätze zum Sturz der

5) In der alten Verfassung sind zwar die Menschenrechte (auch für die Indigenen) verankert, jedoch ist das neoliberale Wirtschaftsmodell festgeschrieben. Der Ökonom Correa will es durch ein sozial gerechteres Modell ersetzen.

6) Diesen Begriff popularisierte Hugo Chávez in einer Rede auf dem Weltsozialforum Ende Januar 2005 im Porto Alegre in Brasilien.

Regierung ausnutzen können? Alles nach dem alten Prinzip: Teile und herrsche? In Bolivien treibt die Reaktion die Spaltungspolitik voran: Die Gouverneure mehrerer Erdgasbezirke wollen die vom Konvent beschlossene Verfassung nicht anerkennen. Das an Bodenschätzen reiche, von Großgrundbesitzern beherrschte Departement Santa Cruz hat für ein „Autonomie- Statut“ gestimmt: Eine deutliche Warnung an Ecuador.

Durch den Aufruf der COB-Gewerkschaften zur Verteidigung der neuen Verfassung wird der Klassenkampfcharakter der Auseinandersetzung in Bolivien unterstrichen.

Die USA nutzen Kolumbien als Operationsbasis, um Südamerika militärisch zu kontrollieren. Daher droht der progressiven Entwicklung Ecuadors auch von hier Gefahr. Das wurde zum erstenmal deutlich, als am 1. März 2008 kolumbianische

Einheiten mit Unterstützung der USA ein Lager der kolumbianischen Guerillaorganisation FARC auf dem Boden Ecuadors angriffen.

Arbeiterpolitik

GFSA e.V.
Postbox 106426
20043 Hamburg
www.arbeiterpolitik.de
webmaster@arbeiterpolitik.de

Die indigene Bevölkerung organisiert den Widerstand gegen die Ausbeutung des Landes

Die indigene Bewegung in Ecuador, die Bewegung der Ureinwohner, hat ihren Ursprung in den 1920er Jahren. Schon 1944 wurde die erste überregionale indigene Organisation (Federación Ecuatoriana de Indios, FEI), gegründet. Sie kämpfte in Verbindung mit der Kommunistischen Partei bis in die 1970er Jahre für eine Überführung von Ländereien an Kleinbauern und kooperativ bearbeitete Betriebe.

1980 schlossen sich verschiedene Indio-Organisationen zum Dachverband CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador) zusammen. Die Organisation hat mittlerweile mit ihren militanten Massenprotesten gegen Korruption, Dollarisierung der Wirtschaft und fehlende Legitimität der herrschenden Politik maßgeblich zum Sturz von zwei Regierungen beigetragen (in den Jahren 1997 und 2000). Die Verfassung von 1997, an deren Entstehung die CONAIE mitwirkte, sieht besondere Wahlkreise für indigene Bevölkerungsgruppen vor, in denen Verwaltung, Recht und ökonomische Ressourcennutzung von den indigenen Autoritäten bestimmt werden.

Seit dem Aufstand 1990, mit dem die CONAIE verstärkt ins Licht der Öffentlichkeit rückte, wurden von der indigenen Bewegung immer wie-

der nationale Aufstände vorangetrieben, durch die Rechte und Zugeständnisse in einigen Bereichen durchgesetzt werden konnten: Legalisierung von Grundstücken und Ländereien, Bewahrung vorhandenen Gemeindelandes; in der Küstenregion: Anspruch auf gemeinschaftlich genutzte Territorien, politische Mitbestimmung, die Blockade der wirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen und der neoliberalen Reformgesetze und Korruptionsbekämpfung. Sie war die einzige soziale Kraft geworden, die eine starke Mobilisierungsfähigkeit bewies.

Um größeren direkten Einfluss auf die nationale Politik ausüben zu können, wurde aus dem Kreis der CONAIE 1995 mit Blick auf die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom Mai 1996 das Pachakutik⁷⁾ (»Zeitenwende«) gegründet. Der Nationalkongress hatte zuvor ein Gesetz erlassen, das sozialen Bewegungen jenseits der Parteien die Teilnahme an Wahlen ermöglichte.

Pachakutik verhalf dem ehemaligen Putschisten Gutiérrez 2002 in einem Bündnis mit dessen Partei zum Sieg bei den Präsidentschaftswahlen. Dieser nahm Vertreter der Ureinwohner in seine Regierungsmannschaft auf⁸⁾ und schlug dann einen politischen Kurs ein, der dem Grundsatzprogramm der indigenen Partei und den vor der Regie-

rungsbildung getroffenen Absprachen widersprach.

An der indigenen Basis wuchs der Widerstand gegen den Präsidenten und die Beteiligung an der Regierung, woraufhin der Pachakutik 2003 die Regierung verließ. Die Aktiven der Indigenen forderten, die Auseinandersetzung auf die Straße zu verlagern. Im Dezember 2003 forderten die CONAIE und andere Verbände der Indigenen den Rücktritt des Präsidenten. Kurz darauf wurde ein Indigena-Führer Humberto Cholango, wegen präsidentenkritischer Äußerungen für einige Stunden verhaftet. Am 1. April 2004 wurden der CONAIE-Vorsitzende Leonidas Iza und seine Familie bei einem Anschlag ermordet, Izas Bruder, seine Frau und sein Sohn verletzt. CONAIE-Vertreter vermuten die Attentäter aus den Reihen der Regierung, was jedoch nie bewiesen werden konnte. Die Opposition der Indigena-Bewegung verstärkte sich, was letztlich zum Sturz von Gutiérrez beitrug. Widerstand gegen die Zerstörung ihres Lebensraumes leistet besonders der Stamm der Sarayacu. Er hat Verbindungen bis nach Europa aufgebaut.⁹⁾

War die Indigena-Bewegung Anfang 2006 noch aktiv gegen das Freihandelsabkommen mit den USA auf den Straßen, so ist ihre Aktivität danach zurückgegangen. Die CONAIE-nahe Partei Pachakutik hat immer noch mit den Folgen ihrer Regierungsbeteiligung zu kämpfen. Die konkreten Ziele der sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen, Zurücknahme des Sozialabbaus und der Privatisierungen sind eingebettet in der Forderung nach einer selbstbestimmten der Entwicklung des Landes. Die Politik der indigenen Bevölkerung richtet sich also gegen den Einfluss der USA und des IWF.

7) Movimiento de Unidad Plurinacional Pachakutik – Nuevo País, kurz: Pachakutik, offiziell: MUPP-NP

8) Pachakutik stellte in der Regierung Gutiérrez die Außenministerin (Nina Pacari) und den Landwirtschaftsminister (Luis Macas).

9) Die 500 km lange Pipeline, die sich vom Amazonas über die Anden bis zum Pazifik schlängelt, wurde mit Krediten der Westdeutschen Landesbank gebaut. Sie durchquert sieben Naturschutzgebiete und führt entlang vulkanisch aktiver sowie erdbeben- und erdrutschgefährdeter Zonen. Sie ist deswegen besonders bruchgefährdet. Auslaufendes Öl führt zu Verschmutzung. Um die Pipeline zu füllen, soll die Ölförderung auf bislang unberührte Schutzgebiete und Territorien von indigenen Völkern im Amazonas ausgeweitet werden. Davon sind Indianergemeinden, wie Sarayacu, direkt bedroht. Ein Großteil des Öls ist für die USA bestimmt.

Der Castrismus nach Castro

Aus
SoZ Sozialistische Hefte
für Theorie und Praxis

Der im Juli 2006 verkündete „provisorische“ Übergang der Macht hat alle Chancen, dauerhaft zu sein. Die Nach-Castro-Ära hat tatsächlich begonnen. Auch wenn Raúl Castro, der Bruder des Gründers des revolutionären Regimes, als Garant der institutionellen Kontinuität bestellt wurde, ist eine echte Ablösung der Generationen kurzfristig unvermeidlich. Angesichts schwerwiegender Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung, wachsender Ungleichheit und Korruption und schließlich angesichts der stets realen Drohung einer Einmischung der USA wird es der zukünftigen Führung sehr schwer fallen, ihre Legitimität zu sichern. Das paternalistische Charisma des historischen Führers kommt nicht mehr an, aber wie wird es möglich sein, ein demokratischeres institutionelles Paradigma zu entwickeln, das die sozialen Errungenschaften bewahrt?

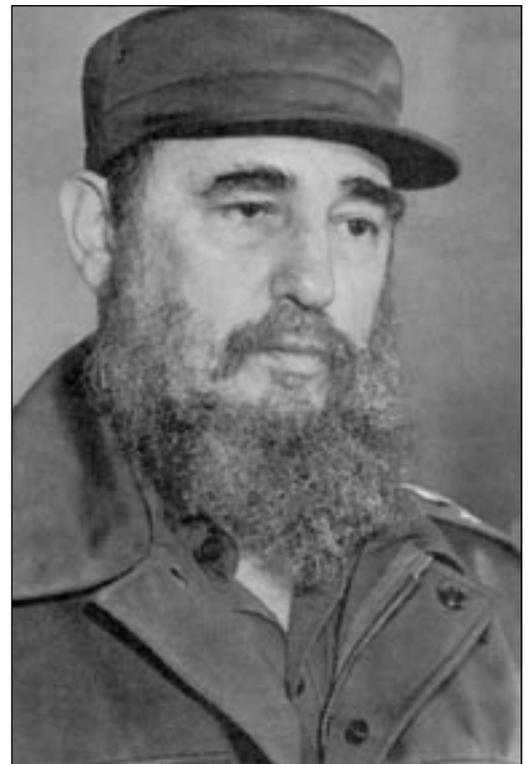
„Kuba ist ein einzigartiges System, und man muss sich davor hüten, ihm eine fix und fertige Analyse aufzustülpen.“¹ Diese Äußerung von Pierre de Charentenay sollte für jede Analyse des castristischen politischen Systems seit einem halben Jahrhundert die Regel sein. In einem Moment, in dem die Frage des Postcastrismus aktuell ist, würden die Kommentatoren, die unaufhörlich den „Tropen-Gulag“ beschwören, gewinnen, wenn sie sich davon inspirieren ließen. Die Frage der Nachfolge Fidel Castros (er ist am 13. August 2006 achtzig Jahre alt geworden) wurde in Kuba einige Monate vor dem chirurgischen Eingriff aufgeworfen und führte zum „provisorischen“ Übergang der Macht an Raúl Castro. Die Zeit nach Fidel Castro war seit Anfang 2006 Gegenstand öffentlicher Kommentare seines designierten Nachfolgers und des Außenministers Felipe Pérez Roque. Am 26. Juli 2006, dem Jahrestag des Beginns der Revolution, äußerte sich Fidel Castro fünf Tage vor der Bekanntmachung seiner Operation ironisch in Richtung USA: „Die Nachbarn im Norden sollen sich nicht sorgen, ich habe nicht vor, meine Funktionen auszuüben, bis ich 100 werde...“

Indem er anerkannte, dass er nicht ewig ist, hat der Comandante, der seit einem halben Jahrhundert eine ungeteilte Macht ausübt, ein Tabu gebrochen, das seiner Nachfolge. Die Ablösung steht also auf der Tagesordnung. Aber während in der Verfassung Raúl Castro zum einzigen Erben bestimmt ist, hat Fidel Castro erkannt, dass es sich um ein Generationenproblem handelt. Die Generation der Revolution ist dabei zu verschwinden. Sicher sollte sein Bruder ein Garant der Kontinuität für die Zeit nach Fidel sein, aber der Abstand von fünf Jahren, der ihn von seinem älteren Bruder trennt, beweist den provisorischen Charakter dieser Lösung und ist für diejenigen keine Beruhigung, die befürchten, dass das Verschwinden des Comandante die Krise eröffnet und ins Chaos mündet.

Die Widersprüche der Gesellschaft

Tatsächlich „sind die Widersprüche der kubanischen Gesellschaft offensichtlich und beunruhigend“². Fidel Castro wird nicht mehr so gehört, wie es in der Vergangenheit der Fall war, und seine Legitimität wird schwächer. Sein Diskurs entspricht nicht mehr den alltäglichen Problemen der Mehrheit der kubanischen Bevölkerung. Seit dem Zusammenbruch der UdSSR hat die Bevölkerung die schrecklichen Auswirkungen von 16 Jahren Krise, der „speziellen Periode in Friedenszeiten“, wie man in Havanna sagt, ertragen müssen. Die auf den Zusammenbruch der UdSSR erfolgte wirtschaftliche Zerrüttung hat die ganze Gesellschaft erschüttert. Wir erlauben in Europa kaum, wie schwer die Krise ist, die die Insel betroffen hat.

Bis 2004 hat die 1993 beschlossene Dollarisierung die frühere,



ziemlich egalitäre Lohnhierarchie modifiziert. Der Währungs dualismus und der Wechselkurs zwischen Dollar und Peso hat die im öffentlichen Sektor arbeitenden Kubaner, deren Einkommen in Pesos ausgezahlt wird, schwer getroffen. Infolge fehlender Investitionen liegt der öffentliche Verkehr danieder, der Zustand der zu wenig vorhandenen Wohnungen ist katastrophal, die Nahrungsmittel in den Supermärkten und auf den freien Bauernmärkten sind sehr teuer, und mit der libreta (der Rationierungskarte) kann man sich nur zehn bis zwölf Tage ernähren. Bis zur jüngst auf Initiative von Fidel Castro erfolgten Einführung von Stromerzeugungsaggregaten auf der gesamten Insel stellten bis vor kurzem mehrstündige Stromsperrungen eine unerträgliche Beeinträchtigung dar. Generell ist die Infrastruktur (u.a. die Wasserkanalisation) in einem sehr schlechten Zustand.

Dieser Verfall der Lebensbedingungen vollzieht sich in einem schwierigen internationalen Kontext. Nachdem Havanna seine engen

1 P. de Charentenay, „Église et État à Cuba“, Études, Dezember 1988.

2 J.L. Anderson in: El País, 4.8.2006.

Verbündeten verloren hatte, befand sich Kuba in den 90er Jahren auf internationaler Ebene isoliert und war in Lateinamerika mit der sich im Aufstieg befindenden neoliberalen Politik konfrontiert. Um der Krise zu begegnen, musste Castro zögernd marktwirtschaftliche Reformen akzeptieren (die Legalisierung des Dollars, die Zulassung bislang verbotener freier Bauernmärkte, privatwirtschaftliche Aktivitäten, Kooperativen in der Landwirtschaft, Auslandsinvestitionen, Entwicklung des Tourismus usw.) Diese Reformen führten, wenngleich sie begrenzt waren, zu bedeutenden Ungleichheiten unter der kubanischen Bevölkerung zwischen denen, die keinen Zugang zu Dollars haben, und denen, die darüber dank Geldsendungen (remesas) ihrer Angehörigen im Ausland oder infolge des Tourismus über US-Dollar verfügen.

Diese Ungleichheiten wurden sehr schlecht vertragen: Der soziale Aufstieg, von dem die ärmsten Schichten seit der Revolution profitiert hatten³, wurde in Frage gestellt, wenngleich die Bevölkerung immer noch das kostenlose Gesundheits- und Bildungssystem genoss. Von nun an war der Dollar König, unabhängig von beruflicher Kompetenz. „Die soziale Pyramide wurde umgedreht“ und mit ihr die „Werte“ und die Ethik der Revolution.

Ein weiterer demografischer Grund hat die Situation verschlimmert: Eine kulturelle und politische Kluft hat sich zwischen der Generation der Revolution und der nach 1959 geborenen Mehrheit der Bevölkerung aufgetan. Die Jugend hat nicht nur die Batista-Diktatur nicht kennengelernt, sondern sie hat nur die Krise kennengelernt. Und die sozialen Errungenschaften – kostenlose Erziehung und Bildung, Vollbeschäftigung –, an die Fidel Castro ständig erinnert, reichen nicht aus, um ihre Erwartungen zu befriedigen. Sie möchte reisen, aber sie kann es nicht. Der Internetzugang wird kontrolliert. Die Bildung und das hohe kulturelle Niveau der neu-

en Generationen – Errungenschaften der Revolution – stoßen auf die von Fidel Castro auferlegte Zwangsjacke. Heute wollen die jungen Menschen über Konsumgüter verfügen, die bislang unzugänglich waren.

Diese Kluft zwischen den Generationen hat eine weitere Konsequenz. Der Comandante, dessen rednerisches Talent die Massen faszinierte und der stundenlang vor einem aufmerksamen Publikum reden konnte, ist nun Opfer des Patriarchensyndroms. Sein Charisma wird Routine. Auch wenn das Schild des Castrismus auf dem lateinamerikanischen Kontinent wieder vergoldet wird, so reichen seine außenpolitischen Erfolge nicht aus, den Verschleiß seines Bildes auf der Insel auszugleichen – auch wenn es wahr ist, dass die vom Liberalismus hervorgerufenen Katastrophen auf dem Kontinent – 50% der Armen und Notleidenden dort leben mit weniger als 2 Dollar am Tag – die Lage der bedürftigsten Kubaner relativieren.

Die Wirtschaftskrise, die Reformen und die in den öffentlichen Sektor geschlagene Bresche haben eine Zunahme der Korruption bewirkt. Der Schwarzmarkt blüht und wird von Diebstählen im staatlichen Sektor genährt. Das Aufblühen privater Aktivitäten in einem System, in dem es der extremen staatlichen Zentralisierung nicht gelingt, die alltäglichen Bedürfnisse zu befriedigen, hat die Entwicklung eines informellen Sektors begünstigt: Installateure, Mechaniker, Anstreicher üben ihre Tätigkeit aus, während sie ihre Anbindung an einen Staatsbetrieb wahren, um ihre sozialen Rechte zu erhalten. Ihr Betrieb liefert auch die notwendigen Materialien für die Ausübung ihrer privaten Aktivität. Das jüngste Beispiel ist der massive Diebstahl von Sprit – mit der Komplizenschaft der Tankwarte – an den Tankstellen. Die durch diese Diebstähle – entdeckt im Jahr 2005 durch eine von Fidel Castro mobilisierte Armada junger Sozialarbeiter – hervorgerufenen Verluste würden sich auf Dutzende Millionen Dollar belaufen. Es fällt nicht schwer,

sich die Gewinne vorzustellen, die von den Wiederverkäufern – die im Übrigen überzeugte Revolutionäre sein können – vorenthalten wurden. Die „Doppelmoral“ nimmt in Kuba zu und wird durch die Unmöglichkeit gerechtfertigt, „normal“ zu leben, denn, wie zahlreiche Kubaner sagen, um unter diesen Bedingungen zu überleben, „muss man stehlen oder das Land verlassen“ – oder zusammenbrechen.⁴

Die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und demografischen Spannungen erfordern also einen Wechsel der Orientierung. Aber in welche Richtung? Die oft von europäischen und amerikanischen Offiziellen als beispielhaft angeführten Versionen des spanischen oder chilenischen Übergangs beinhalten einen Abbau des ökonomischen und politischen Systems. Dagegen fügen sich die von zahlreichen Teilen der Bevölkerung erwarteten Änderungen noch in den Rahmen des Systems ein, auch wenn andere meinen, dass es gescheitert ist und man eine Marktwirtschaft errichten muss. Für Fidel Castros Nachfolger sind die Schwierigkeiten vielfältiger Natur. In erster Linie muss das Lebensniveau verbessert werden. Welche Wirtschaftsreformen müssen durchgeführt werden? Zum Preis welcher sozialer Spannungen? Dann muss mittelfristig ein neuer institutioneller gesetzlicher Rahmen geschaffen werden, der sich auf eine effektive Beteiligung der Bevölkerung stützt. Es existiert keinerlei Möglichkeit, das bestehende politische System fortzusetzen, wenn Fidel Castro erst einmal verschwunden ist. Schließlich müssen diese politischen und ökonomischen Veränderungen im konfliktgeladenen Kontext einer drohenden Einmischung durch die Bush-Administration durchgeführt werden.

Die Rezentralisierung der Wirtschaft, das Ende der Reformen

Raúl Castro übernimmt – vielleicht provisorisch – die Leitung des Landes in einer besonderen Lage. Nach über einem Jahrzehnt marktwirtschaftlicher Reformen hat Fidel Castro in den letzten Jahren die in den 90er Jahren während der offenen

3 Darüber herrscht in Europa ein totales Missverständnis: Die parasitäre Großbourgeoisie und die Mittelschichten wurden durch die Revolution benachteiligt, auch wenn gutsituierte Teile in den ersten Jahren aus ideologischen Gründen Fidel Castro unterstützt haben, zu Lasten ihrer materiellen Interessen. Ganz anders bei den Ärmsten (vor allem den Schwarzen), deren sozialer Status sich bis zur Krise verbessert hatte. Sie sind bislang die Hauptstütze des Castrismus gewesen.

4 J.L.Anderson, a.a.O.

Krise eingeleitete Öffnung in Frage gestellt. Seit Herbst 2004 sind Transaktionen in Dollar nicht mehr gültig. Der Dollar wurde seitdem durch den konvertierbaren Peso (CUC) für alle Barzahlungen auf der Insel ersetzt.⁵ Aber dieser CUC, der mit dem Dollar auf der Insel paritätisch ist – ist im Ausland nicht konvertierbar. Der andere, gewöhnliche Peso, hat einen Wechselkurs von 26 Peso je Dollar und bleibt für die Löhne die laufende Währung. Was die Staatsbetriebe betrifft, die Konten in konvertierbaren Pesos führen, so können sie sie nicht mehr mit Dollars füttern. Dasselbe gilt für die Handelsgesellschaften mit 100% kubanischen Anteilen.

Seit dem 1. Januar 2005 wurde ein einheitliches Konto für die staatlichen Deviseneinkünfte geschaffen, auf das alle von der Zentralkasse erhaltenen Einkommen in konvertierbaren Devisen eingezahlt werden müssen. Die im Rahmen gemischter Unternehmen von den kubanischen Partnern erhaltenen Gewinne müssen ebenfalls auf dieses Einheitskonto eingezahlt werden. In anderen Worten, die Unternehmen (und die Banken) brauchen die Zustimmung des Bewilligungskomitees, um über die erforderlichen Ressourcen für ihre Aktivitäten zu verfügen. Diese verschärfte Zentralisierung wird die finanziellen Kontrollen verstärken, indem die Autonomie der Unternehmen eingeschränkt wird. Dabei werden die früheren Reformen in Frage gestellt. Das vorher eingeführte System der Leitung sah faktisch die Selbstfinanzierung der Staatsbetriebe vor, wobei jede Einheit ihre Ausgaben durch ihre eigenen Einnahmen decken und Gewinne erwirtschaften sollte. Da die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeitenden von den Einkünften der Betriebe abhängt, haben die rentabelsten Unternehmen manchmal ihre Beschäftigten begünstigt, ohne sich um die Angemessenheit bezüglich der anderen Werkstätigen zu kümmern. In Fälle von Kaderkorruption, besonders in Unternehmen der Tourismusbranche, waren auch Verantwortliche der Regierung verwickelt.

Die Situation, die Raúl Castro erbt, ist paradox. Die wirtschaftliche Beruhigung, die das Land dank höherer Nickelpreise, der zunehmenden Einnahmen aus dem Tourismus (etwa

2,3 Millionen Besucher im Jahr) sowie der günstigen Konditionen des Handels mit Venezuela und China erfährt, hat die Schwierigkeiten der Kubaner, die im staatlichen Sektor arbeiten (etwa 75% der aktiven Bevölkerung) oder derjenigen, deren Überleben von mageren Pensionen abhängt, nicht gemildert. Diese haben die Hauptlast der Krise getragen und waren am meisten von den Wirtschaftsreformen und den mit ihnen einhergehenden Kaufkraftunterschieden betroffen. Sie profitieren wenig von der Verbesserung der makroökonomischen Lage. Dagegen sind neue soziale Kategorien aufgetaucht, „Neureiche“ laut offizieller Terminologie: kleine Handwerker und private Unternehmer, deren Aufstieg mit der Liberalisierung der 90er Jahre zusammenrifft; Eigentümer von kleinen Restaurants (paladares), die nicht mehr als zwölf Gedecke gleichzeitig bedienen können; Kleinbauern, die auf den Märkten ihre landwirtschaftlichen Produkte zu sehr hohen Preisen verkaufen. Sie haben vom Warenmangel profitiert, um Güter und Dienstleistungen anzubieten, die der Staat nie sichergestellt hat, während der Status der kleinen Warenproduktion stets verteufelt wurde.

In diesem Kontext ist die von Fidel Castro 2005 lancierte x-te Offensive gegen die Korruption zum Scheitern verurteilt. Parallel dazu führt Fidel Castro eine ideologische Kampagne zur Mobilisierung der Bevölkerung: „die Schlacht der Ideen“. Aber diese „Schlacht“ bleibt für die Kubaner, die in den Schwierigkeiten des Alltags stecken und alle in unterschiedlichem Ausmaß zum Überleben Zuflucht im Schwarzmarkt gesucht haben, eine Abstraktion. Dies umso mehr, als das Staatseigentum von der Bevölkerung entgegen dem offiziellen Diskurs nicht als ihr Eigentum begriffen wird, sondern als ein Eigentum, das ihr fremd ist. Die Kubaner haben nicht den geringsten Einfluss auf die ökonomischen Entscheidungen. Abgesehen davon, dass die „Schlacht der Ideen“ an den Prozess der *rectificación* der 80er Jahre erinnert, ruft sie Verärgerung hervor. „Dass sie den Benzindiebstahl

eindämmen ist gut, aber nicht dass sie die unterdrücken, die versuchen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten!“, schimpft ein fliegender Händler, als man bei ihm 500 CDs konfisziert.

Welche Entwicklung? Welche ökonomische Strategie?

Die kubanische Wirtschaft wies nach den offiziellen Zahlen für 2005 eine Wachstumsrate von 11,8% auf. Aber diese Angaben werden von internationalen Organisationen wie der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) in Frage gestellt. Neue strategische Partner spielen eine wesentliche Rolle bei diesem Fortschritt, der in erster Linie aus der von Venezuela geleisteten Hilfe resultiert und in zweiter Linie aus chinesischen Investitionen und Finanzierungen. Zu einer Zeit, wo das Barrel Öl 80 Dollar erreicht, liefert Caracas ungefähr 100 000 Barrel pro Tag an Kuba zu privilegierten Bedingungen als Gegenleistung zur Entsendung Tausender kubanischer Ärzte und einer vielfältigen Kooperation, die u.a. die Modernisierung der Krankenhäuser und der wichtigsten Gesundheitszentren von Venezuela vorsieht.

Unter welchen Bedingungen kann dieses kleine Land gegenüber den USA eine dauerhafte und autonome Entwicklung aufbauen? Auf diese Frage will die regionale Integration, die Bolivarianische Amerikanische Allianz (ALBA), die lateinamerikanische Strategie, die bereits Venezuela und Bolivien umfasst, den Beginn einer Antwort geben. Anlässlich seiner letzten öffentlichen und symbolischen Reise nach Buenos Aires zum dreißigsten Mercosur-Gipfel befand sich Fidel Castro an der Seite der Präsidenten von fünf Mitgliedsländern des gemeinsamen südamerikanischen Marktes (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay und seit kurzem Venezuela) und der beiden assoziierten Mitglieder (Chile und Bolivien). Dies war die Gelegenheit für den kubanischen Führer, ein Abkommen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Mercosur

⁵ Drei Währungen waren in Kuba im Umlauf: der Dollar; der konvertierbare Peso für die gegen Dollar verkaufenden Spezialgeschäfte zum Kurs von 1:1; und der traditionelle Peso für die Auszahlung der Löhne und den Binnenmarkt. Nunmehr sind nur noch zwei Währungen im Umlauf.

zu unterzeichnen, das als eines der für Havanna seit vierzig Jahren bedeutendsten bezeichnet wurde. Im Dezember 2005 hatte Fidel Castro bereits an einem Gipfel des CARICOM, des gemeinsamen Marktes der Karibik, teilgenommen, deren Staaten in ihrer Mehrzahl gute Beziehungen zu Havanna unterhalten.

Die lateinamerikanische Einheit steht im Zentrum der Strategie Fidel Castros und seines Verbündeten Hugo Chávez. Ihr Ziel? Der Aufbau des „großen Vaterlands“, Lateinamerika, und die Entwicklung Kubas in diesem Rahmen. Die Integration der Region bezüglich der Energieversorgung ist ein Werkzeug von allererster Bedeutung. Tatsächlich verfügen Venezuela und Bolivien über mehr als 65% der bekannten Kohlenwasserstoffvorräte in Lateinamerika. Der im Juni 2005 unterzeichnete Plan Petrocaribe erlaubt den Ländern der Karibik, vom venezolanischen Kraftstoff zu Vorzugsbedingungen zu profitieren.

Was Brasilien betrifft, der ersten Macht Südamerikas, so ist es bestrebt, Kuba in die lateinamerikanische Gemeinschaft zu reintegrieren. Im Jahr 2004 hatte Brasiliens Außenminister Celso Amorim vorgeschlagen, die Insel in die Rio-Gruppe aufzunehmen, die aus den Außenministern von 19 Ländern Lateinamerikas besteht.

Die Idee, nach der Lateinamerika das natürliche geopolitische Feld für Kuba darstellt, ist ebenso alt wie die Revolution und war auch mit der Annäherung an die UdSSR nicht verschwunden, trotz des entschiedenen Bruchs mit Havanna während dieser Zeit seitens aller lateinamerikanischen Regierungen mit Ausnahme der von Mexiko. Heute macht der von Chávez verkörperte bolivarianische Traum diese Perspektive ein bisschen glaubwürdiger. Aber kann man alles auf Venezuela setzen? Abgesehen von den politischen Ungewissheiten, die mittelfristig auf der Zukunft von Hugo Chávez lasten, stellen sich manche kubanische Ökonomen leise Fragen bezüglich der verfolgten Strategie.

Von Fidel Castro sind Entscheidungen gefällt worden, die bedeutende wirtschaftliche und soziale Konsequenzen haben, von denen die aufeinanderfolgenden Kurswechsel jeden Versuch einer langfristigen

Planung in Frage stellen. Mit dem Export seiner medizinischen Dienstleistungen (darunter Zehntausende von Ärzten) nach Venezuela, Bolivien und anderswo verwendet Kuba die Qualifikation seiner Arbeitskräfte und scheint sich auf eine Dienstleistungsökonomie zu orientieren, um deren Fortdauer es jedoch in dem Maße schlecht bestellt ist, wie jedes Land bestrebt ist, seine eigenen Ärzte und Lehrer auszubilden. Spezialisten, die vorgeschlagen hatten, Zuckerderivate zu verwenden, um die Zuckerproduktion vielseitiger zu gestalten, kritisieren die Schließung der Hälfte der Zuckerfabriken und den Verlust eines historischen Knowhow, während der Zuckerpreis wieder steigt. Der Tourismus schreitet voran, aber er erzeugt unerwünschte Effekte. Die Zusammenarbeit mit China auf dem strategischen Gebiet der Biotechnologien und die Annäherung zwischen kubanischen und chinesischen Forschungszentren scheinen vielversprechend, aber die kubanisch-chinesischen Beziehungen kannten stets Höhen und Tiefen. Manche kubanische Führer könnten vom „chinesischen Modell“ in Versuchung geführt werden, aber dieses Modell beinhaltet die Entwicklung sozialer Widersprüche (Erwerbslosigkeit, Ungleichheit ...), die Kuba nicht hinnehmen würde, und vor allem stehen die Beziehungen zu den USA dazu im krassen Gegensatz: einerseits ein wachsender Austausch mit China, andererseits die Verstärkung des US-Embargos gegen Kuba. Wie auch immer, die Verbesserung des Lebensstandards lässt auf sich warten. Die Verteilung von Schnellkochtöpfen – auf Initiative von Fidel Castro – erscheint lächerlich angesichts der Bedürfnisse der Bevölkerung. Das Eindringen von Sozialarbeitern in die Haushalte, um Elektrogeräte zu kontrollieren, die zuviel Energie verbrauchen, und die alten Glühbirnen durch bombillos (Sparglühbirnen) zu ersetzen, hat Proteste hervorgerufen. Sogar das Gesundheitssystem und die Qualität der immer noch leistungsfähigen Pflege leiden unter dem Weggang zahlreicher Hausärzte ins Ausland. In den Wohnvierteln hört man oft kritische Bemerkungen zu der den Venezolanern zulasten der einheimischen Bevölkerung geleisteten Hilfe.

eine neue institutionelle Legalität

Wie kann die von Fidel Castro verkörperte revolutionäre Legitimität zu einer neuen institutionellen Legalität übergehen, ohne dass die Errungenschaften der Revolution abgebaut werden? Das ist die Herausforderung. Keine Kleinigkeit für eine kleine Insel, die 200 Kilometer vor der ersten Weltmacht liegt. George Bush hat bereits im Außenministerium einen „Kordinator“ des kubanischen Übergangs benannt und eine „Kommission für den Übergang zu einem freien Kuba“ gegründet, das die Konturen einer Übergangsregierung gezeichnet hat und jeden Dialog mit Raúl Castro ablehnt.

Kein revolutionärer Führer ist so lange an der Macht geblieben, und dies in einem kleinen Land, das von Anfang an militärischen Aggressionen ausgesetzt war und anschließend permanenten ökonomischen und politischen Schikanen. In Russland wie in China oder in Vietnam (wir sprechen hier nur von Ländern, die einen eigenständigen revolutionären Prozess erfahren haben) haben die stalinistischen KPs, wenngleich sie bürokratisiert und verknöchert waren, als strukturierte Institutionen funktioniert. Die Kommunistische Partei Kubas (PCC) hat dagegen seit fast zehn Jahren keinen Parteitag mehr abgehalten. Die Zeitung Granma, Organ des Zentralkomitees, berichtet selten über Zusammenkünfte oder Beschlüsse des Politbüros. Nach einem langen Schweigen fand die letzte Sitzung des Zentralkomitees am 1. Juli 2006 statt. Mitglieder können durch die Leitung der PCC (deren Abstimmungsverfahren nicht bekannt sind) ausgeschlossen werden, andere nach unterschiedlichen Kriterien („die Eigenschaften, die Erfahrung, der Werdegang der Genossen“) kooptiert werden. Das Sekretariat des Politbüros wurde 1991 abgeschafft und in diesem Jahr wieder eingeführt. Jüngst wurden mehrere hohe Funktionäre kaltgestellt und ein Mitglied des Politbüros wurde wegen „passiver Bestechung“ zu 12 Jahren Haft verurteilt.

Die PCC dient als Verwaltungsräderwerk und Transmissionsriemen, aber sie ist kein Ort der Debatte. Sie ist seit dem Zusammenbruch der UdSSR eine Partei ohne wirkliche ideologi-

sche Kohärenz. Mit Ausnahme mancher Sektoren – marginalisierte Intellektuelle und Wissenschaftler – sind ihre Analysen und ihre theoretische Produktion kümmerlich. Die Leitung der PCC führte bislang die vom líder máximo getroffenen Entscheidungen durch. Die Entscheidungszentren sind in den Händen Fidel Castros konzentriert, der das Politbüro übergeht. Wir haben es somit mit einem institutionellen Dualismus zu tun, der durch die Existenz verschiedener Instanzen hergestellt wird, wobei die Unterstützerguppe des Comandante oft Regierungsbeschlüsse inspiriert. Wengleich Fidel Castro der erste Sekretär der Partei ist, ist er doch ein freies Elektron, das am Rande der Institutionen, einschließlich der PCC, regiert.

Ist es denkbar, dass die durch das Verschwinden Fidel Castros geschaffene Lücke dauerhaft durch eine kollektive Führung der PCC aufgefüllt werden kann? Es ist tatsächlich die PCC gewesen, die Raúl Castro angeführt hat als „die einzig würdige Erbin Fidel Castros, die Institution, die die revolutionäre Avantgarde umfasst, die jederzeit solide und sichere Garantie der Einheit der Kubaner“. „90% meiner Zeit ist der Kommunistischen Partei Kubas gewidmet und der größte Teil meiner Tätigkeit ist nicht öffentlich, deshalb tauche ich nicht oft in der Presse auf“, erklärte er im Jahre 2003.⁶ Aber 1996, als Wissenschaftler des prestigeträchtigen mit der PCC verbundenen Zentrums für Amerikastudien (CEA) kritische Analysen über den Zustand der kubanischen Gesellschaft produzierten, wurden sie von Raúl Castro im Fernsehen als „fünfte Kolonne“ behandelt. Die Leiter des CEA wurden zum Schweigen gebracht, ihre Zeitschrift und ihre Veröffentlichungen zensuriert. Neben Raúl Castro waren zwei Mitglieder des jetzt wieder gegründeten Sekretariats (José Ramón Balaguer, 74 Jahre, und José Ramón Machado Ventura, 75 Jahre) in dieser Kampagne der Exkommunizierung besonders aktiv.⁷ Ist es denkbar, dass sie die innerhalb der Partei und der Gesellschaft unerlässlichen Orientierungsdebatten tolerieren werden?

Die Armee ist, neben der PCC, der andere institutionelle Pfeiler des Landes. Der „provisorische“ erste Sekretär der Partei, Raúl Castro, ist Minister der FAR, der Revolutio-

nären Streitkräfte, eine Institution, über die viel spekuliert wird. Ihr Zusammenhalt und ihre Disziplin machen sie zu einer der solidesten Institutionen des Regimes. Die 50 000 Mann starke Armee repräsentiert eine größere Wirtschaftskraft, die im Tourismus, in der Landwirtschaft, der Industrie und der Telekommunikation investiert und zwei Drittel der Ökonomie kontrolliert. Manche Beobachter bezeichnen die FAR gar als „Pioniere des kubanischen Kapitalismus“⁸. In der Armee wurde Ende der 80er und in den 90er Jahren (auf Anstoß von Raúl Castro, dann unterstützt von Carlos Lage) mit einem Prozess der sog. „Perfektionierung der Staatsbetriebe“ experimentiert, um die Arbeitsproduktivität zu steigern. Diese Produktionsmodernisierung, die die Reduzierung der übergroßen Belegschaften beinhaltet, wurde in den von den FAR kontrollierten Staatsunternehmen angewandt. Dank der dieser Institution immanenten Disziplin wurden Resultate erzielt. Aber diese Anwendung zu verallgemeinern, war auf der sozialen Ebene gefährlich und manche Gewerkschaftsfunktionäre der Gewerkschaftszentrale CTC hatten vor den Folgen gewarnt. Die Reform scheint aufgegeben worden zu sein. An der Spitze der großen Unternehmen stehen frühere Kommandanten der Rebellenarmee ebenso wie junge Offiziere, die eine betriebswirtschaftliche Ausbildung in europäischen Instituten absolviert haben. Aber wenn die Arbeit der Armee darin besteht, Geld zu erwirtschaften, wie Frank Mora, Professor am National War College in Washington, meint⁹, wird ein bedeutender Teil dieser Gewinne für die Verteidigung des Landes verwendet, die früher im Wesentlichen von Moskau finanziert worden war (ein Teil der sowjetischen Militärhilfe war kostenlos).

Die FAR werden sehr respektiert. Sie beanspruchen ein doppeltes Erbe: das der mambis, der Kämpfer der Unabhängigkeitskriege, und das der Rebellenarmee, die in der Sierra Maestra gegen die Diktatur

von Batista gekämpft hat. Sie stellen keinen Repressionsapparat dar, dessen Funktion es wäre, abweichende Meinungen zu unterdrücken. Diese Rolle ist an das Innenministerium gefallen, an seine Geheimdienste und seine Polizei (dieser obliegt die Aufrechterhaltung der Ordnung, und wenn auch das Innenministerium unter der Kontrolle von Militärs steht, so gehorcht die Rekrutierung von Polizeikräften anderen Kriterien).

Das von Fidel Castro geleitete 5. Plenum des Zentralkomitees am 1. Juli 2006 hatte seine Arbeit der Stärkung der Partei und der Landesverteidigung gewidmet. Dazu hatte Fidel Castro die Notwendigkeit bekräftigt, „die militärische Unverwundbarkeit des Landes zu festigen“. Das ZK hatte den von Raúl Castro vorgelegten Bericht über den Stand der Vorbereitung der Armee gebilligt, der auf einer defensiven Konzeption vom Volkskrieg als Widerstand gegen eine US-amerikanische Militärintervention basierte. Nach der Invasion der amerikanisch-britischen Koalition in den Irak im März 2003 ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrats gab Fidel Castro den Anstoß für strategische Militärmanöver unter dem Titel „Bastion 2004“, die ein seit 18 Jahren nicht mehr erlebtes Ausmaß hatten und mit der neuen internationalen Lage gerechtfertigt wurden. Zur Zeit des ZKPlenums betonte Raúl Castro die von „einer großen Zahl von zivilen und militärischen Betrieben“ gemachten Anstrengungen (mehr als 1000 Betriebsleitungen waren anwesend) für die Modernisierung der Ausrüstung und der Bewaffnung, wobei er andeutete, dass „die Debatten nicht auf technische oder militärische Fragen begrenzt waren, sondern auch Aspekte einschlossen, die mit der ökonomischen und sozialen Entwicklung verbunden sind, die einen beträchtlichen unmittelbaren Einfluss auf die Verteidigung haben“¹⁰.

Das Gesetz zur nationalen Verteidigung bekräftigt den defensiven Charakter der angenommenen Strategie. „Die grundlegende Mission der FAR ist es, schon von den ersten Momenten an

6 Zitiert in *El País*, 2.8.2006.

7 Zu dieser Affäre siehe J.Habel in *Le Monde diplomatique*, Februar 1997.

8 *The Economist*, 5.8.2006.

9 *Miami Herald*, 6.8.2006.

10 <http://www.granma.cubaweb.cu/2006/07/04/nacional>.

mit dem ganzen Volk den Aggressor zu bekämpfen, den Krieg die ganze erforderliche Zeit unter allen Umständen bis zum Sieg zu führen.“ (Artikel 34.)

Die FAR sind keine politische Institution in dem Sinne, dass sie der PCC untergeordnet sind, die auf allen Stufenleitern der Armee präsent ist. Die Offiziere sind im Politbüro und in der Regierung zahlreich vertreten, aber der Generalstab ist keine Instanz, wo Orientierungen für das Land beschlossen werden. Jede Intervention in diesem Sinne würde das Instrument gefährden, das als ein wesentlicher Trumpf für den Schutz vor der größten Gefahr betrachtet wird: der Intervention der USA. Jedoch kann die ökonomische Rolle der Armee in ihren Reihen Differenzierungen hervorbringen, die zu politischen Divergenzen führen können, insbesondere in Bezug auf den Grad der ökonomischen Liberalisierung. Die Arbeitsteilung zwischen Raúl und Fidel Castro (Fidel für die Strategie, Raúl für die Organisation) bewahrte die Einheit der Streitkräfte, aber diese familiäre Synthese geht ihrem Ende entgegen.

Beunruhigt und auf Kontinuität bedacht hatte Fidel Castro im Juni 2002 die Verfassung ändern lassen, um in ihr in unauslöschlicher Tinte den „unumkehrbaren Charakter des Sozialismus“ festzuschreiben. Drei Jahre später hat Fidel Castro trotz dieser konstitutionellen Vorsichtsmaßnahme am 17. November 2005 vor den Risiken des Zusammenbruchs des Systems gewarnt. Aber durch das Schema, das er vorgesehen hat, geht die institutionelle Nachfolge auf Raúl Castro über, der von der PCC abgelöst werden soll. Wie stets hat der militärische Chef die wachsenden demokratischen Bedürfnisse einer zutiefst erneuerten Gesellschaft verkannt.

Mit der Zeit müssen neue Institutionen entstehen. Eine schwierige

Aufgabe, wenn man gleichzeitig eine neue Wirtschaftspolitik entwickeln und ein alternatives demokratisches Projekt entwickeln muss, wobei die Errungenschaften der Revolution bewahrt werden sollen. Die charismatische und paternalistische Beziehung des „lider“ zum Volk – Ersatz für die Demokratie – muss nach und nach einem neuen institutionellen Paradigma Platz machen. Wird man diesen Prozess auf der anderen Seite der Meerenge von Florida tolerieren? Nichts berechtigt dazu, dies zu glauben. Gewiss ist das Exil gespalten zwischen denen, deren Obsession es ist, um jeden Preis ihr Eigentum wiederzuerlangen, und den „Gemäßigten“ wie Marifeli Pérez Stable, die die Idee ablehnt, „dass eine Regierung, die für die Intervention im Irak verantwortlich ist, Ratgeber eines demokratischen Kuba sein kann“¹¹. Aber wie ein früherer Botschafter der EU in Mexiko und Kuba bemerkte: „Wenn ich Kubaner wäre, hätte ich Angst, denn ihre Zukunft wird von den USA bestimmt werden.“¹²

Können, während die Krise strategischer Natur ist, die neuen Führer sich mit taktischen Anpassungen zufrieden geben? Für Heinz Dietrich „wird das alte sozialistische Paradigma die kubanische Revolution nicht stützen, die mit einer doppelten Leere konfrontiert ist: der Erschöpfung des historischen Gründungsprojekts und dem Verschwinden der heroischen Generation“. Man muss „einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts aufbauen. Wenn die Revolution nicht Sofortmaßnahmen ergreift, so dass die Bevölkerung begreift, dass ihr Lebensstandard steigt und dass die Gesellschaft demokratischer wird, wird es wenige Kräfte in der Welt geben, sie zu retten.“¹³

Nach fast einem halben Jahrhundert hat die Verteidigung der Revolution Einschränkungen, Entbehrungen und getrennte Familien aufgezwungen. Dies alles nur dem Regime oder Fidel Castro zuzuschreiben hieße die Aggressionen,

den Staatsterrorismus, das unablässige Störfeuer – das in den letzten Jahren noch zugenommen hat – der US-Administration vergessen. Man kann den Widerstand des kubanischen Volkes nicht mit der Repression erklären. Nicht dass diese Repression nicht existierte, aber sie ist begrenzter als jene, die in der UdSSR, in der Tschechoslowakei oder in Polen herrschte, wo sie das Aufkommen der Vaclav Havel, Lech Walesa oder Andrej Sacharow nicht verhindern konnte. Das Regime würde einem Tiananmen nicht widerstehen. Aber wenn die Kubaner in ihrer Mehrheit aus Überzeugung Widerstand geleistet haben, um ihre Unabhängigkeit und ihre wenn auch geschwächten sozialen Errungenschaften zu verteidigen, wenn sie sich in den Reden des Comandante wiedererkannten, so fordern sie heute mehr Komfort, mehr materielle Erleichterungen. Ihr kulturelles Niveau tritt in Widerspruch zur Infantilisierung und der Abwesenheit demokratischer Debatten, wodurch die Organe der Volksmacht (OPP) ihrer Substanz beraubt werden.

Manuel David Orrio, ein früherer „dissidenten“ Journalist, der als Geheimagent des kubanischen Staates oppositionelle Gruppen infiltriert hatte¹⁴, fragt mit lauter Stimme: „Das kubanische Volk hat viele Dinge von Fidel ertragen. Wird es auch so viel von seinen Nachfolgern ertragen?“ Die Antwort erlaubt keinen Zweifel. Die Krankheit Fidel Castros kündigt eine andere Epoche an.

Janette Habel

Diesen Artikel haben wir in der Übersetzung von H.G. Mull den Sozialistischen Heften Nr. 12, Dezember 2006 entnommen.

Janette Habel ist Mitarbeiterin des Institut des hautes études d'Amérique latine (IHEAL).

11 Marifeli Pérez Stable ist Vizepräsidentin des Interamerikanischen Dialogs, eines think-tank in Washington, und Professorin an der Universität Florida in Miami.

12 J. Lecomte, *Le Soir*, 12./13.8.2006.

13 H. Dieterich, *El futuro de la revolución cubana*, 2006.

14 Er wurde 2004 anlässlich der Verhaftung von 64 Journalisten enttarnt. Heute betreibt er eine Webseite, die weiterhin einen „dissidenten“ Charakter hat. Trotz der Fragen, die man sich bezüglich der Echtheit seiner opponierenden Haltung stellen kann, praktiziert Orrio nicht die offizielle „hölzerne Sprache“. Seine Beobachtungen über die kubanische Gesellschaft von heute sind nicht ohne Interesse.

Das rote Mandarinat

Zum Charakter der chinesischen Gesellschaft

Vorbemerkung: Nicht alle Schlußfolgerungen in nachstehendem Artikel kann die Redaktion teilen. Die gelegentlich provokanten aber historisch belegten Thesen wollen wir aber unseren Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten.

Seit einiger Zeit wird eine lebhaftere Debatte um China – jüngst im ND 15.8.) – geführt, und das ist gut so. Damit wird eine wirtschaftliche Großmacht an der vierten oder fünften (je nach Zählung) Stelle in der Welt und ein an Bedeutung wachsender weltpolitischer Akteur in den Blick genommen.

Meistens werden allerdings zwei wichtige Momente der gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft ausgeblendet: die historische Geschiefbefracht des mit ca. 3000 Jahren ältesten noch existierenden Reiches der Welt und der gesellschaftliche und politische Charakter des heutigen Chinas. Beides hängt miteinander zusammen und prägt sich in der dominierenden Rolle des roten Mandarinat im gegenwärtigen Übergang aus. Mandarine, ein Sanskrit-malaiisch-portugiesischer Mischausdruck bezeichnet die (konfuzianisch) gelehrten Beamten, die Rückgrat und Führungsschicht des traditionellen Chinas bildeten, das erst 1911 sein Ende fand. Es war allerdings alles andere als statisch gewesen, sondern durchlebte einen permanenten Zyklus aus Kontinuität und oft revolutionärem Bruch, dessen Leitsymbol die friedliche und gerechte Regierung des Kaisers über seine zu 95 % aus Bauern bestehenden Untertanen darstellte; war sie vernachlässigt, wurde sie gewaltsam von unten wieder hergestellt, ohne dass (mit der Ausnahme der Taiping-Revolution im 19. Jh.) die „Herrschaft des Himmels“ je als solche in Frage gestellt worden wäre. Es gab wohl eine Kaufmannsklasse, doch war sie stets politisch subaltern geblieben. So konnte sie auch nach der Revolution von 1911 nicht als Träger einer bürgerlich-demokratischen Entwicklung

Chinas dienen. Die nachfolgende korrupte und verheerende Herrschaft der Kuomintang, die japanische Aggression und der jahrelange Bürgerkrieg der Kommunisten mit beiden, endeten 1948 mit dem Sieg der Revolution., vollbracht durch die Bauern mit einem kleinen Anteil Arbeiter und (führender) Intellektueller.



Während die Mao-Zeit als rote Version der kaiserlichen Autokratie auftrat und vergeblich mit ungeheuren Kosten einen chinesischen Sozialismus aus dem Boden zu stampfen versuchte, ist das Land seit Deng Xiaoping vor 30 Jahren in einen Reformkurs eingeschwenkt. Dieser verdankte sich zwei fundamentalen Aufgaben: Er hatte die Produktivkräfte zu entfesseln, um das Massenelend im Land zu beseitigen und zweitens eine good governance mit einem Mindestmaß an Partizipation seitens des Volkes entfalten. Ist es möglich, die Etappe der bürgerlichen Umwälzung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in einem zurück gebliebenen Land zu überspringen und sogleich mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen? Die Antworten darauf fielen sehr unterschiedlich aus. Immerhin galt es, die Industrielle Revolution in Europa, die 250 Jahre gedauert und ungeheure Opfer erfordert

hatte, im Zeitraffer durchzuführen. Die stalinistische und maoistische Version blieben in Verbrechen und Ineffizienz stecken.

Es ging darum, in einer primären Akkumulation überhaupt erst die Grundlagen für einen historischen Aufschwung des Volkswohls zu schaffen. Allerdings, schrieb Marx, „sind die Methoden der ursprünglichen Akkumulation alles andere als idyllisch...“ Sie bilden den „historischen Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel...Die Expropriation des ländlichen Produzenten, des Bauern, von Grund und Boden bildet die Grundlage des ganzen Prozesses. Ihre Geschichte nimmt in verschiedenen Ländern verschiedene Färbung an...“ (Das Kapital I, MEW 23, S.742 pass.) und gilt nicht nur für den Kapitalismus. China (wie auch Indien) dominierten zwar um 1800 die Manufakturproduktion und den Handel in der Welt, aber kraft der industriekapitalistischen Entwicklung im Westen gerieten sie ins Hintertreffen.

Die europäischen Gesellschaften gingen ins Rennen, das sie politisch mit dem aufgeklärten Absolutismus, ökonomisch mit dem Merkantilismus und sozial mit der bürgerlichen Revolution sowie der Bauern'befreiung' zu lösen versuchten. Diese verwandelte die gebundenen Subjekte in freie Objekte und Lieferanten von Arbeitskräften für die sich entwickelnde kapitalistische Marktproduktion. Vor einer analogen Aufgabe steht heute China. Sich das Mehrprodukt der Bauern und der Arbeiter anzueignen, um die gesellschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, ist eine Sache, die Form, in der das geschieht, eine andere. Meine Behauptung lautet: Der Prozeß steht in China unter der Ägide des aufgeklärten Absolutismus (Parole: Alles für, nichts durch das Volk!) eines roten Mandarinat. Inwieweit dieses willens und fähig ist, die angesprochene historische Aufgabe in einem dramatischen Wettlauf mit der Zeit, dem Bevölkerungsdruck und der Konkurrenz seitens der überlegenen

kapitalistischen Länder auf angemessene Weise, d.h. möglichst schnell, reguliert und unter minimierten sozialen, politischen und ökologischen Kosten wahrzunehmen, das sollte die Meßlatte des Urteils bilden.

Der Sprung des Tigers

Alle wissen und reden von der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung Chinas in den letzten 15 Jahren. Doch ist es vor allem Wachstum im technisch einfachen Billiglohnbereich und ist exportgetrieben. Die Kehrseiten liegen in Überkapazitäten und notleidenden Krediten, maroden Staatsunternehmen und einem wenig wirksamen Bankensektor. Premier Wen Jinbao selbst bezeichnete das exorbitante Wirtschaftswachstum als in Wirklichkeit „unausgeglichen, unkoordiniert, instabil und nicht nachhaltig“. Vollkommen ungeklärt sind auch die Rolle der wachsenden Privatwirtschaft, der Privatisierung des Finanzsektors, abnehmender Kapitalverkehrskontrollen und der möglichen Freigabe des Wechselkurses.

Stofflich bildet Energie die Achillesferse des Aufschwungs. Zwar wird sie meist aus Kohle gewonnen – mit den entsprechenden Kosten an Menschenleben (mangelnde Arbeitssicherheit) und in der Umwelt. Die Ölimporte stammen vorwiegend aus der Golfregion, und es ist abzusehen, dass China beim Machtpoker um afrikanisches oder zentralasiatisches Öl mitzuspielen gedenkt. Dadurch sowie durch die (meist in US-Schatzbriefen angelegten) strategischen Devisenreserven von mehr als einer Billion Euro ist „China ein Bestandteil der Welt geworden“ (Yurun Lian). Das drückt sich u.a. durch den Eintritt in die Regelsysteme des internationalen Handels wie IMF, Weltbank und schließlich WTO aus, die nun auch dem chinesischen Einfluß offen stehen.

„Chinas Entwicklung ist nicht als sozialistische Gegenbewegung zur kapitalistischen Globalisierung zu begreifen, vielmehr als Versuch die Bedingungen zur Integration in den Weltmarkt selbst mit zu beeinflussen und ihn zur Zündung einer eigenständigen Industrialisierung zu nutzen“, schreibt Mario Candeias zu recht. (ND, 15.8.2008) Die „asymmet-

rische Supermacht“ (Joshua Cooper) ist vor allem für Entwicklungs- und Schwellenländer attraktiv. Peking bemüht sich in strategischer Konkurrenz zu den Amerikanern um regionale Kooperationen in Mittelasien und Nahost.

Die Politik der Staats- und Parteiführung sieht sich noch immer mit den „vier Modernisierungen“ Deng Xiaopings in der Pflicht. Sie hat den Klassenkampf aufgegeben zugunsten der Entwicklung einer „harmonischen Gesellschaft“. Der „party state“ fungiert als Kommandozentrale der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung sowie als nationale Klammer in einem



Vielvölkerstaat. Es ist schlechterdings undenkbar, wie die gesellschaftlichen Probleme derzeit anders gelöst werden könnten. Aber seit der Einführung der Wirtschaftsreformen, der Privatisierung ‚von unten‘ und eines regionalen Multilateralismus, den zunehmenden Wahlen auf unterer Ebene, des ansatzweisen Aufbaus eines Rechtssystems steigen die Partizipation und die Transparenz der Regierungstätigkeit. Es muß offen bleiben, welche Folgen das für Machtstrukturen und Steuerungsfähigkeit hat. Kommt ein „fragmentierter Autoritarismus“ (Heberer)? Nach wie vor muß und will der Staat sozialregulierend tätig sein. Die vermutlich bis 2013 im Amt befindliche Regierung Wen strebt eine Erhöhung der Energieeffizienz um 20 % und eine streng umgesetzte Umweltgesetzgebung an. Vor allem soll bis dahin allen Chinesen eine kostenlose Schulbildung, soziale Grundsicherung und Krankenversorgung garantiert werden. Die Teilprivatisierung des Staatsappa-

rats sowie die „neue Bourgeoisie“ im „Sinokapitalismus“ (Bodo Zeuner) könnten den wohlmeinenden Regierungsabsichten einen Strich durch die Rechnung machen.

Es braucht nicht zu verwundern, dass die sog. externen Kosten des Aufschwungs nicht ausbleiben. Es sind dies vor allem drei: der Bauer, die Natur und der Konsument. Eine neue Mittel- und Oberklasse macht sich breit. Zu zahlen haben in erster Linie die Bauern. Die rücksichtslose Industrialisierung schädigt nachhaltig die Umwelt. Mindestens scheint sich auf dem Gebiet der „Verrechtlichung“ der Sozialbeziehungen und –konflikte etwas zu tun (vgl. Rolf Geffken, ND 11.3.2006), nachdem die „Kulturrevolution“ hier praktisch ein Nichts hinterlassen hatte. Entgegen weit verbreiteter Ansicht ist China das streikfreudigste Land der Welt. Ein neues Arbeitsgesetz verbessert die Vertrags- und Abfindungslage der (Wander)Arbeiter. Das ist umso wichtiger, als immer weniger von ihnen in staatlichen Betrieben mit „eiserner Reisschüssel“ arbeiten. Ein Sozialversicherungssystem steckt noch in den Anfängen.

Es ist zweifellos ein riskanter Ritt, auf den sich der chinesische Tiger eingelassen hat. Die Führung selbst steuert, wie es scheint, einen entschlossenen Reformkurs mit sozialen und ökologischen Korrekturen. Im Auftrag der KP ist ein von ihren Intellektuellen verfasster Bericht „Der Sturm der Festung. Ein Forschungsbericht über die politische Systemreform nach dem 17. Parteitag“ erschienen und hat in diesem Jahr für Aufsehen gesorgt und reißen den Absatz gefunden. Das Dokument fordert einen Rückbau der staatlichen Macht und ihre Neuverteilung unter zivilgesellschaftlichen Akteuren. Ganz im Stil der philosophischen Debatte des aufgeklärten Absolutismus in Europa verlangen sie die Teilung der drei Gewalten im Staat. Die Pressefreiheit sei ebenso unverzichtbar wie künftige Wahlen zum Volkskongreß, der als Parlament mit einer zweiten Kammer agieren solle. Zunächst soll es eine „moderne Zivilgesellschaft“ geben und erst später eine „reife Demokratie“, analog zur Wirtschaftsentwicklung, wo es zunächst zum „kleinen Wohlstand“ und dann zum großen komme. Das shi (Mandarinat) wird das zu beweisen haben.



Marx oder Nietzsche!

Philosophischer Irrationalismus zwischen Kulturkritik, Faschismus und Neoliberalismus

Originell ist der von H. Oertel in der Arbeiterstimme Nr. 159 (Frühjahr 2008) unternommene Versuch nicht, Nietzsche für den Marxismus „retten“ und „beereben“ zu wollen, denn so etwas hat es schon öfter gegeben – was Oertels Intervention jedoch nicht weniger problematisch macht. Um eine solche „Annäherung“ sinnvoll erscheinen zu lassen, muß die kritische Nietzsche-Diskussion ignoriert, bzw. alternativ deren wichtigste Positionen entstellt werden. Oertel ist in beiderlei Hinsicht „gründlich“.

Zunächst „widerlegt“ er Dinge, die niemand behauptet hat! Kein ernsthafter Nietzsche-Kritiker hat ihn des Antisemitismus geziehen, kein kompetenter Interpret behauptet, wie Oertel assoziiert, dass Nietzsche „ein Rassetheoretiker des Faschismus“ gewesen wäre. Ganz gleich ob bei Günther, Lukács, Harich oder auch den bürgerlichen Nietzsche-Kritikern: Die Passagen in ihren Untersuchungen belegen die Unangemessenheit der Antisemitismuskritik gegen Nietzsche gründlich. Ebenso hat keiner seiner Kritiker von Rang einen „direkten Weg von Nietzsche zu Hitler“ (Oertel) behauptet. Was jedoch die kritische Diskussion getan hat (z.B. Bernhard F. Taureck in seinem Buch „Nietzsche und der Faschismus“), ist auf die gemeinsame imperialistische und irrationalistische Basis

von Faschismus und Nietzsches Denken hinzuweisen: Es sind vergleichbare Epochentrends auf die Nietzsche affirmativ reagiert und die den Faschismus hervor gebracht haben. Unabhängig davon, ob er direkt oder indirekt bei der Ausformung der faschistischen Ideologie eine Rolle gespielt hat: Nietzsches Denken hat das intellektuelle Klima für die Barbarei vorbereitet. Er hatte einen maßgeblichen Anteil bei der „Zerstörung der Vernunft“ (Lukács), die von großen Teilen einer bürgerlichen Intelligenz betrieben wurde, um die Paradoxien der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise als Ausdruck einer gattungsgeschichtlichen Schicksalhaftigkeit erscheinen lassen zu können (das war ihre objektive Rolle im ideologischen Klassenkampf!). Damit waren wesentliche intellektuelle Widerstandslinien gegen eine Ausbreitung der faschistischen Ideologie beseitigt.

Vordenker des Faschismus

Zweifellos haben die Nazis mit dem „ganzen Nietzsche“ ihre Probleme gehabt. Was jedoch für sie brauchbar und mit ihrer Programmatik kompatibel war, bestand nicht aus randständigen (und zufälligen) Äußerungen, sondern repräsentiert zentrale Punkte seiner Philosophie, beispielsweise die Forderung einer Versklavung der Mehrheit, um der Machtkonsolidierung einer Herrenrasse willen. Weitreichende Schlüsse über seinen weltanschaulichen Einfluß lassen parallele Formulierungen bei Nietzsche und führenden Nazis zu. Heißt es bei Nietzsche: „Man muß die Wahl haben, entweder zugrunde zu gehen oder sich durchzusetzen. Eine herrschaftliche Rasse kann nur aus furchtbaren und gewaltsamen Anfängen emporwachsen: Problem: Wo sind die Barbaren des 20. Jahrhundert?“, so hat die Antwort,

die Hitler in einem Gespräch formulierte, die Qualität eines Echos: „Ja, wir sind Barbaren! Wir wollen Barbaren sein! Es ist ein Ehrentitel. Wir werden die Welt erneuern.“ Und klingt die Maxime Nietzsches, dass „die Schwachen und Missratenen ... zugrunde gehen ... und man ... ihnen noch dazu helfen“ soll, nicht wie eine „Gebrauchsanweisung“ für die faschistischen Massenvernichtungs- und Völkermordstrategien? Wer fühlt sich nicht an Himmlers berüchtigte Durchhalterede an seine Blutschergen erinnert, die in der Forderung gipfelt, angesichts von Leichenbergen „anständig“ zu bleiben, wenn er bei Nietzsche liest: „Wer wird etwas Großes erreichen, wenn er nicht die Kraft und den Willen in sich fühlt, große Schmerzen zuzufügen? Das Leidenkönnen ist das Wenigste: darin bringen es schwache Frauen und Kinder und selbst Sklaven oft zur Meisterschaft. Aber nicht an innerer Not und Unsicherheit zugrunde gehen, wenn man großes Leid zufügt und den Schrei dieses Leides hört – das ist groß, das gehört zur Größe.“ Und auch noch für ihre letzten Stunden fanden die Nazi-Verbrecher eine Parole beim „talentierten Individuum“ (Oertel) Nietzsche: „Vielleicht geht die Menschheit zugrunde – wohlan!“

Auch unterhalb der Führungsebene waren in der NS-Zeit Nietzsches „unverzichtbaren“ (Oertel) Merksätze in aller Munde: „Gelobt sei, was hart macht“, „Was mich nicht umbringt, macht mich stärker“, „Was fällt, das soll man auch noch stoßen“. Darüber hinaus sind die Nazis von Nietzsche in entscheidenden Punkten zur praktischen Barbarei ermutigt worden, haben ihn zuende gedacht und die Schlussfolgerungen aus seinen Worten (!) gezogen: Der „Wille zur Macht“ (Nietzsche) korrespondiert ebenso mit ihrem eigenen Denken, wie die Verherrlichung von Gnadenlosigkeit, Stärke und Krieg. Das bedingungslose Recht des Überlegenen wurde vom Faschismus genauso propagiert wie

von Nietzsche. Gemeinsam waren sie davon überzeugt, dass „*der Krieg unentbehrlich*“ (Nietzsche) sei. Besonders haben die Faschisten sich jedoch seiner Forderung nach einer „*Mörderkaltblütigkeit mit gutem Gewissen*“ zu Herzen genommen.

Selbst wer die Geistesverwandtschaft mit dem Faschismus in Frage stellt (eigentlich kann das nur, wer Nietzsche überhaupt nicht gelesen hat!), muß einräumen, dass Nietzsches Philosophie keine Widerstandsmomente gegen eine solche Vereinnahmung besitzt, sondern selbst noch der „*Vernichtung von Millionen Mißratener*“ das Wort redet! Es lassen sich gewiß nicht die Gaskammern und Konzentrationslager aus Nietzsches Worten ableiten, jedoch, und das sagt Karl Schlehta, Herausgeber einer Nietzsche-Gesamtausgabe und dem „Meisterphilosophen“ zugetaner Nietzsche-Experte: „*Nietzsche steht dazu in unheimlicher Relation! Keine ‚blumige Bildersprache‘ und kein Sektierergeschrei vermag darüber hinwegzutäuschen. Es ist gewiß nicht der ganze Nietzsche; es ist ein Nietzsche – aber gewiß kein unwesentlicher.*“

Wertvolles Erbe?

Nach diesen Vorklärungen können wir uns dem Hauptliegen Oertels zuwenden. Er will verdeutlichen, dass Nietzsche für das Verständnis „*und die Kritik der Verfallserscheinungen unserer Gegenwart hilfreich, wenn nicht gar unverzichtbar*“ (Oertel) sein würde. Auch diese Positionierung ist nicht neu. Das haben schon viele behauptet – und sind den Beweis dafür, ebenso wie Oertel, regelmäßig schuldig geblieben.

Zu fragen wäre, wie auf der Basis eines ebenso fragmentarischen, wie irrationalistisch verfaßten Denkens eine gegenwarts-kompetente Analyse auch gelingen soll? Was Nietzsche anzubieten hat, sind assoziative Gedankenblitze, die vordergründig „plausibel“ erscheinen, dennoch keinen entlarvenden, gar herrschaftskritischen Erklärungswert haben. Sie können ihn auch nicht haben, weil das „methodische“ Prinzip Nietzsches die „Zertrümmerung“ von Zusam-

menhängen, die theoretische Konzentration auf Einzelercheinungen ist (exakt an diese methodischen „Handreichungen“ schließen die Denker des Postmodernismus bei ihrer Marxismus-Entsorgung an). Kritischer Theorie kommt es auf das Gegenteil an: Sie will Ursache und Wirkung zusammendenken, eine fixierende Selbstgenügsamkeit des Verstandes überwinden.

Die Nietzsche-Kritik fächert sich in verschiedene Schwerpunkte auf. Ihre Gemeinsamkeit – nicht nur in ihrer marxistischen Variante – besteht in der Kenntlichmachung Nietzsches als rückwärtsgewandten und emanzipationsfeindlichen Denker. Alle hyperkritischen Selbstzurechnungen sind Fassade, hinter der sich eine geschickte Form der Verteidigung überlebter sozio-kultureller Verhältnisse verbirgt. Die „Kulturkritik“ Nietzsches steht im besten Fall in der Tradition einer romantischen Kapitalismuskritik – aber eben lange, nachdem die Romantik ihre ideengeschichtliche Legitimation schon verloren hatte, weil die bürgerlichen Verhältnisse imperialistisch und reaktionär geworden waren.

Bei einem Vergleich von Marx und Nietzsche werden fundamentale Gegensätze in allen entscheidenden Punkten deutlich. Marx geht vom Prinzip der Gleichheit aus, Nietzsche von der Notwendigkeit einer „*Herrenmoral*“ und einer Unvermeidbarkeit von Über- und Unterordnung; wo Marx die Möglichkeit der Überwindbarkeit von Herrschaftsverhältnissen nachweist, postuliert Nietzsche ihre unverrückbare „*Natürlichkeit*“. Für Marx und Engels ist es ein Skandal der Klassengesellschaft, „*dass der Genuß und die Arbeit, Produktion und Konsumtion, verschiedenen Individuen zufallen*“, für Nietzsche ist dies ein erstrebenswerter Zustand. Marxens Denken ist von der Überzeugung geprägt, dass die Menschen ihre existentiellen Probleme nur bewältigen können, wenn Gemeinschaftsorientierungen Allgemeingültigkeit erlangen und menschliche Selbstentfaltungsansprüche zur Richtschnur sozialen Handelns werden. Nietzsche kultiviert dagegen das Wahnbild eines Herrenmenschen, der durch die Unterdrückung der

„*Herde*“ (also der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit) sich zu einer kulturellen Lichtgestalt entwickeln soll; er verkündet, „*dass zum Wesen einer Kultur das Sklaventum*“ gehört und „*die allermeisten Menschen ... ohne Recht zum Dasein, sondern ein Unglück für die Höheren*“ sind. „*Die Schwachen und Missratenen sollen [deshalb] zugrunde gehen*“, sagt Nietzsche: Dies sei der erste Satz seiner „*Menschenliebe*“.

Nirgends zeigt sich der Antagonismus zwischen Marx und Nietzsche deutlicher, als bei der Thematisierung der Geschlechterverhältnisse. Während für Marx sich im „*Verhältnis des Mannes zum Weibe*“ der Emanzipationsstand der menschlichen Gattung ausdrückt, weil für ihn „*der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation ist*“, verkündet der gelobte „Meisterphilosoph“: „*Ein Mann, der Tiefe hat, in seinem Geiste wie in seinen Begierden, ... kann über das Weib nur orientalistisch denken: er muß das Weib als Besitz, als verschließbares Eigentum, als etwas zur Dienstbarkeit vorbestimmtes und in ihr sich vollendendes fassen*“. (Nietzsche) Das ist keineswegs als „humoristische“ Einlage für einen „Herrenabend“ gedacht!

Marxismus steht für die Erkenntnis einer Veränderbarkeit der (sozialen) Welt, Nietzsches Denken für die „*Wiederkehr des Ewiggleichen*“, für die Auffassung, dass letztlich alles so bleiben wird wie es ist. Es ist in diesem Zusammenhang als Versuch zu werten, die Leser für dumm zu verkaufen, wenn Oertel den Eindruck zu erwecken versucht, dass Engels' Vorstellung von Entwicklungskontinuitäten in Natur und Gesellschaft auch nur das geringste mit dem historischen Fatalismus Nietzsches zu tun hätte: Engels Theorie ist eingebettet in eine begründete Konzeption historischen Fortschritts, Nietzsches Konstrukt dient dazu, die Möglichkeit jeder progressiven Veränderung in Frage zu stellen. Prinzipiell bleibt, so seine rückwärtsgewandte Phantasie, trotz allen Veränderungsbemühens, alles wie es ist. Gesellschaftliche Umgestaltungsabsichten müssten deshalb als verwerflicher Wahn angesehen werden. Die ideologische Formel vom „*Ewiggleichen*“ ist in seiner

Substanz mit dem Schlachtruf des Neoliberalismus deckungsgleich, dass es zu den gegenwärtigen Zuständen keine Alternative gäbe.

Ich denke, dass durch diese keineswegs vollständige Auflistung deutlich wird, dass es kaum einen größeren theoretischen Gegensatz als den zwischen Marx und Nietzsche geben kann, und es nur auf Grundlage eines theoretische Autismus möglich ist, eine „Übereinstimmung“ (Oertel) zwischen beiden auch nur behaupten zu können.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zur Nietzsche-Diskussion in der späten DDR, auf die Oertel anspielt. Seine Hinweise auf diese Vorgänge sind genau so schief wie sein Nietzsche-Bild oder seine Vergleiche von Nietzsche mit Marx und Engels. Inhaltlich ging es ziemlich genau um das Gegenteil dessen, was Oertel unterstellt. Von Teilen des ideologischen Apparats war beabsichtigt, Nietzsche in den Erbe-Kanon der DDR aufzunehmen (die entsprechenden Dokumente können mittlerweile eingesehen werden). Gegen eine solche „Öffnung“ hat sich besonders Wolfgang Harich vehement gewehrt - auch in dem Bewusstsein, dass einige dieser neuen Nietzsche-Freunde mit dessen Aufwertung Marx und den Marxismus treffen wollten! Sie hatten ihre „Wende“ schon vollzogen.

Abstrakte Revolte

Zweifellos war Nietzsche ein Kritiker der „Dekadenz“. Aber was ist für ihn der Kern des kulturellen Verfalls? Die Antwort lässt an Klarheit nichts zu wünschen übrig: Jede Form selbstbestimmten Denkens und Handelns, weil sie einer angestrebten Herrenkultur im Wege steht: „Will man Sklaven [und nach Nietzsche sollte man sie um der kulturellen „Höherentwicklung“ wollen], so ist man ein Narr, wenn man sie zu Herren erzieht.“ (Nietzsche) Seine Verachtung des Bürgertums ist zentral durch seinen Eindruck geprägt, dass es nicht konsequent genug gegen die Arbeiterbewegung vorgehen und nicht skrupellos genug die Ausbeutung und Unterdrückung der „pöpelhaften Masse“ organisieren würde! Auch darin

waren übrigens die Nazis mit Nietzsche einer Meinung. Pointiert kann gesagt werden, dass dies einer der Punkte ist, den sie konsequent zu „verwirklichen“ versucht haben.

Es zeugt von Unwissenheit (oder alternativ Dreistigkeit) zu behaupten, Nietzsche könne keine Marxismusfeindlichkeit vorgeworfen werden. Bleibt man an den Worten kleben, hat Oertel recht. Wahrscheinlich kannte er noch nicht einmal die Namen von Marx und Engels! Nietzsches Gegner war der Sozialismus als Emanzipationsbewegung: Er wird von ihm als „die zu Ende gedachte Tyrannei der Geringsten und Dümmersten“ definiert, die es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Diese vom Sozialismus verführten „pöpelhaften Massenmenschen“ (Nietzsche) sollen „zu unvollständigen Menschen, zu Sklaven, zu Werkzeugen herabgedrückt und vermindert werden“ (Nietzsche). Die Unterschichten hätten nichts besseres verdient, als das, was sie an Repression und Bevormundung, Ausbeutung und Desorientierung erleiden müssen. Auf Grundlage dieser Überzeugung hat er die radikalsten Konsequenzen angesichts der ersten Erfolge der Arbeiterbewegung gefordert: Als Reaktion auf die Pariser Kommune hat dieser, nach Oertel als Stratege „des Klassenkampfes völlig ungeeignete“ Philosoph, die Einführung der Sklaverei gefordert!

Welche Rolle spielt angesichts dieser Positionierungen noch die tatsächliche oder vermeintliche „frappierend anregende“ (Oertel) Kritikerarbeit Nietzsches, die übrigens auch von Seiten seiner marxistischen Kritiker nicht ignoriert werde. Im Gegenteil: Georg Lukács hat gerade in seiner „reichen Begabung“ die weltanschauliche Gefährlichkeit Nietzsches gesehen. Er hat dabei weder dessen „subjektive Ehrlichkeit“ bestritten, noch, dass er „in die Philosophie des XX. Jahrhunderts neue Denkmotive hineingetragen“ hat. Selbst ein Hinweis darauf, dass manches am „kulturkritischen Teil des Nietzscheschen Lebenswerks ... wirklich wertvoll ist“ lässt sich bei Lukács finden. Jedoch beginnt mit solchen Feststellungen erst die eigentliche Arbeit einer kritischen Nietzsche-Beschäftigung, und

zwar indem sie herausarbeitet, dass diese „Kulturkritik“ von einer reaktionären Position aus formuliert wird und Nietzsches Haltung die Forderungen nach einer Rücknahme auch der verteidigungswerten Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft einschließt.

Kritik mit beschränkter Haftung

Nietzsches Denken protokolliert zwar eine gesellschaftliche Krise, durchdringt sie gedanklich aber nicht: Seine „Kulturkritik“ ist die Selbstbeschreibung einer kapitalistischen Widerspruchsentwicklung in einer Form, die ihre Gründe verschleiert. Weil Nietzsche die Ursachen der Krise ignoriert, bleiben seine „Anklagen“ halbherzig und pseudoradikal: Die Haltung der individualistischen „Revolte“ ersetzt die Gesellschaftskritik, die nonkonformistische Geste überdeckt ein grundsätzliches Einvernehmen mit den herrschenden Grundorientierungen: Die „Kulturkritik“ ist so strukturiert, dass sie den „Bruch und jede ernsthafte Spannung mit der Bourgeoisie“ vermeidet (G. Lukács). Nietzsche interessierte sich nicht für die konkreten Fragen der sozialen Widerspruchsdiagnostik, sondern stellt in der Tradition der reaktionären Kritik an der Französischen Revolution die Prinzipien des Aufklärungsdenkens und die Vorstellungen einer selbstbestimmten Gesellschaftspraxis grundsätzlich in Frage. Den Emanzipationshorizont der „Moderne“ sieht Nietzsche als Ursache allen Übels und den Kampf dagegen als seine dringlichste Aufgabe an.

Besonders hierin folgt ihm ein sogenanntes „Postmodernes Denken“: Mit beflissenem Eifer wiederholt es Nietzsches nihilistische Glaubenssätze von der Zirkelbewegung der Geschichte und einer existentiellen Alternativlosigkeit. Im Verein mit Nietzsche verstärkt der Postmodernismus eine verbreitete Resignation und Schicksalsergebenheit: Wir haben die Zukunft schon hinter uns, alles Mögliche ist erreicht, Geschichte ist an ihr Ende gekommen, es gilt, sich mit dem Gegebenen zu arrangieren!

Zwar kann Nietzsche als Seismograph für die Katastrophenentwicklungen des 20. Jahrhunderts gelesen werden, jedoch sollte dabei nicht vergessen werden, dass sein Denken „organischer“ Bestandteil des zivilisatorischen Verfallsprozesses war, der ihnen vorausging. Nietzsche hat wirkungsvolle Worte gegen wissenschaftliches Erkenntnisbemühen und soziale Rücksichtnahme, gegen die Ansprüche der Vernunft und gesellschaftlicher Selbstbestimmung formuliert; sein Rezept gegen die Krise der Kultur war ihre Zerstörung. Die Parteinahme für ein ungebundenes und „tolles Leben“ (wie er es nannte) ist immer auch von einem Todeshauch begleitet.

Trotz einer vordergründigen „Mehrdeutigkeit“, ist Nietzsche in den entscheidenden Punkten eindeutig: Sein Denken ist elitär, irrational und menschenverachtend. Oertel erklärt, wie alle seine Lobredner, diese Seiten zur Nebensache (und vermeidet es, auch nur einen der einschlägigen Sätze zu dokumentieren!). Er weigert sich zur Kenntnis zu nehmen, daß die Begeisterung für Herrschaft und Ausbeutung, seine Parteinahme für Gewalt, Unterdrückung und soziale Ungleichheit zur Systematik seines Denkens (die es trotz aller Fragmentarisierung und Disparität gibt) gehören. Es sind gerade diese Punkte, die Nietzsche auch heute wieder eine beunruhigende Aktualität verschaffen. Denn sein Denken ist konform zur Skrupellosigkeit der Funktionselementen im Risikokapitalismus strukturiert, denen das profitorientierte, keine (moralischen und zivilisatorischen) Schranken akzeptierende Vorwärtstreben als Selbstzweck gilt.

Philosophie der Unterdrückung

Nietzsche bekennt sich nicht nur ausdrücklich zum Amoralität und zum Anti-Humanismus, sondern läßt auch keinen Zweifel aufkommen, dass er sie nicht nur als „philosophische“ Haltungen, sondern als praktisches Weltverständnis verstanden wissen will. Sein Ideal eines „olympischen Menschen“, der

zur ästhetischen Vollkommenheit sich aufschwingen soll, verlangt die soziale Rücksichtslosigkeit. Nur auf Grundlage einer systematischen Unterdrückung und Vernichtung könne die angestrebte Herrenkultur gedeihen: „Viel zu viele leben, und viel zu lange hängen sie an ihren Ästen. Möchte ein Sturm kommen, der all diess Faule und Wurmfrässe vom Baum schüttelt.“ (Nietzsche)

Was wird bei Oertel aus diesem systematischen Antihumanismus, der Parteinahme für die Barbarei, der Rechtfertigung von Unterdrückung und Vernichtung, denen wir allesamt in der Nazi-Ideologie wieder begegnen? „Begriffe, die auch die Faschisten strapazierten“. Diese Floskel von Oertel ist ungeheuerlich, denn die Nazis haben die Begriffe nicht „strapaziert“, sondern sie handelnd „bestätigt“: Sie haben die „Opfer einer Unzahl Menschen“ (Nietzsche) ebenso eingefordert, wie sie die in ihrem Sinne „unvollständigen Menschen ... herabgedrückt und vermindert“ (Nietzsche) haben.

Thomas Mann, der ursprünglich in Nietzsches subjektivistischer Verarbeitung der Krise seine eigenen Empfindungen wiedererkannte, bezieht später eindeutig Position: Obwohl er Nietzsche auch weiterhin als Kritiker der Dekadenz geschätzt wissen wollte, hat er nach dem faschistischen Zivilisationsbruch über die Konsequenzen dessen, „was er in letzter Überreiztheit gegen Moral, Humanität, Mitleid, Christentum und für die schöne Ruchlosigkeit, den Krieg, das Böse gesagt hat“, nicht schweigen wollen: Nietzsches „Moral für Ärzte mit der Vorschrift der Krankentötung und Kastrierung der Minderwertigen, seine Einprägung von der Notwendigkeit der Sklaverei, dazu manche seiner rassehygienischen Auslese-, Züchtungs- und Ehevorschriften sind tatsächlich, wenn auch ohne wissentliche Bezugnahme auf ihn, in der Theorie und Praxis des Nationalsozialismus übergegangen. Wenn das Wort wahr ist: ‚An ihren Worten sollt ihr sie erkennen‘, so steht es schlimm um Nietzsche.“ (Th. Mann)

Wir sehen, dass Oertel mit seinem Mann-Zitat (das Nietzsche als „Ästheteten“ verharmlost) die Leser bewusst hinters Licht führt. Es ist so manipulativ, wie jedes Nietzsche-Bild, welches nicht erwähnt,

dass Ästhetizismus und Barbarei bei Nietzsche eng aneinander gekoppelt sind. Plastisch kommt das in seinem Gedicht „An den Mistral“ zum Ausdruck, dass der Nazi-Schulbürokratie dazu diene, Kindern und Heranwachsenden ihre Vorstellungen von „unwerten Leben“ nahe zu bringen: „Wer nicht tanzen kann mit Winden, wer sich wickeln muß mit Binden, ... Fort aus unserem Paradies! ... Scheuchen wir die Krankenbrut!“ Es ist keine Ruhmesstat, dass Stephan Hermlin dieses Machwerk wegen seiner „ästhetischen Qualitäten“ in sein 1976 in der DDR erschienenenes „Deutsches Lesebuch“ aufgenommen hat.

Vergiftetes Erbe

Kommen wir zu unserer Eingangsfrage zurück. Welchen Beitrag zur intellektuellen und politischen Selbstbestimmung kann Nietzsche also leisten? Was kann ein Denken, das von der „Natürlichkeit“ von Ungleichheit und Unterdrückung ausgeht, von einer skrupellosen Massenverachtung und rauschhafter Egozentrik geprägt ist, für eine Emanzipationsbewegung bedeuten? Da Nietzsche grundsätzlich in Frage stellt, dass die Menschen ihre Lebensverhältnisse begreifen können und „höhere“ kulturelle Aktivitäten nur für eine Elite reserviert wissen will, bleibt es das Geheimnis der Nietzsche-Jünger, wo bei ihm das anzutretende „Erbe“ verborgen sein soll! Es bleibt ein Rätsel, welche kritische Sprengkraft in Nietzsches Ablehnung theoretischer Kohärenz („Nichts ist wahr, alles ist erlaubt“) und in der Legitimation amoralischer Subjektzentriertheit („Alle Moral verneint das Leben“) eingelagert sein soll. Noch weniger ist nachvollziehbar, wie von diesen Positionen aus eine Brücke zu den Grundsätzen einer Philosophie der Gesellschaftsveränderung und des revolutionären Humanismus geschlagen werden kann, die alle den Menschen bedrückenden und erniedrigenden Verhältnisse umwälzen will!

Nietzsche? Nein Danke!

Werner Seppmann

Kommunistische Partei Böhmens und Mährens

zum 40. Jahrestag des Versuchs einer sozialistischen Reform in der CSSR

Der nachstehende geringfügig gekürzte thesenartige Text wurde von der Theoretisch-analytischen Arbeitsstelle des Zentralkomitees der KSCM unter Federführung von Josef Heller (Historiker) und Frantisek Neuzil (Politologe) erarbeitet. Auf dem letzten Parteitag der KPCM im Mai 2008 wurde er aus Zeitmangel nicht diskutiert. Der Text steht mithin zur Diskussion und wurde von Prof. Dr. Gerhard Fuchs übersetzt.

Der äußere Rahmen der in der Tschechoslowakei verlaufenden Prozesse war zweifellos durch die Entwicklung des Wettbewerbs der beiden, die bipolare Welt darstellenden Systeme gegeben, durch das Streben der herrschenden Strukturen des kapitalistischen Systems, die sich verlangsamen- den Entwicklungs- dynamik der Länder der ersten historischen Form des Sozialismus, insbesondere der UdSSR, und die fortschreitende Verlagerung des Schwerpunktes des Machtgleichgewichts zugunsten des Westens bestimmt. Hier zeigte sich die neue Strategie, die der Westen nach den Erfahrungen aus dem Scheitern der offenen Versuche, die sozialistische Orientierung in der DDR, Ungarn und Polen zu ändern sowie nach der Analyse der nach dem XX. Parteitag der KPdSU eingetretenen neuen Situation, gekennzeichnet, durch den Akzent friedliche Koexistenz und orientierte auf die allmähliche Erosion des Sozialismus mit dem Ziel, einzelne Länder vom sozialistischen System loszureißen, und das vorwiegend mittels des ökonomischen Wettbewerbs sowie des ideologischen wie psychologischen Krieges. Hierbei waren auch militärtechnische Prozesse wirksam, die mit der Entwicklung neuer Waffensysteme das bestehende militärstrategische Gleichgewicht zu beseitigen drohten. Diese Situation beunruhigte natürlich die in der UdSSR regierende Garnitur, vor allem die Vertreter des Militärs, und erhöhte ihre Empfindlichkeit hinsichtlich der politischen Entwicklungsprozesse, wie sie in den einzelnen Ländern der auf

der Grundlage der Vereinbarungen von Jalta entstandenen sowjetischen Einflußsphäre verliefen.

Gezweifellos ideologische und politische Lockerungen in der Tschechoslowakei bildeten jedoch nicht diese äußeren Faktoren, sondern vor allem die anwachsende innere Krise, in der

Ota Sik, einer der damaligen Vorkämpfer, sagte es 1990 in einem Interview mit der Welt (Ausgabe vom 5. November 1990) unzweifelhaft: »Wir, der Kern der ökonomischen Reformer, versuchten in Prag damals eben nicht, den Kommunismus zu reformieren. Unser eigentliches Ziel war, ihn abzuschaffen und ein neues System aufzubauen. Man hat zwar immer von der Reform hin zu einer sozialistischen Demokratie oder sozialistischen Marktwirtschaft sprechen müssen, weil man sonst überhaupt nicht an die Öffentlichkeit gelangt wäre. ... Wir konnten nicht öffentlich von der Notwendigkeit großer privater Unternehmungen sprechen. Das ist nun anders. Heute ist es ein direkter Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft. ... Der Begriff der Reform war ein Zugeständnis an die Machtverhältnisse.«

Aus einem Leserbrief im Wochenzeitung "Freitag"

die ernstesten Systemmängel jenes Sozialismusmodells zur Wirkung kamen ab, das die Tschechoslowakei unter dem Druck der UdSSR in der komplizierten Situation der fünfziger Jahre zu übernehmen gezwungen war. Das Hauptproblem war die Ökonomie.

Diese Strategie, Element der gesellschaftlichen Krise, deren Fähigkeit zu einer erfolgreichen Gestaltung sich an der Wende von den 50er zu den 60er Jahren erschöpfte, und zwar proportional zur anwachsenden Notwendigkeit, von der extensiven zur intensiven Entwicklung überzugehen, der Wissenschaft zu entsprechen und Aktivität wie Initiative des Volkes zu nutzen. Das gesamte Leitungssystem war stark durch Bürokratismus, Zentralismus und undemokratisches Agieren belastet und Versuche, es schrittweise zu reformieren, mißlang. Dennoch war die ökonomische Situation i. J. 1968, nachdem das Scheitern des 3. Fünfjahrplanes überwunden war, keineswegs kritisch. Investitionen

in die Landwirtschaft zeigten Wirkung, positiv schlugen sich - wenn auch zahlreiche und unkonsequente - Versuche, das Leitungssystem zu reformieren, nieder. In die Betriebe gelangten qualifizierte Kräfte, das Konsumgüterangebot verbesserte sich. Der Schwerpunkt der Probleme lag in der Sphäre der Politik und Kultur: die Unzufriedenheit mit dem starren, die Probleme verdeckenden Leitungssystem, der Widerspruch zwischen den sozialistischen Idealen und der Praxis und insbesondere die starre, zur Nutzung der schöpferischen und konstruktiven Energie der Menschen unfähige Politik. Diese Energie wuchs zudem proportional zur Entfaltung positiver Seiten des Sozialismus, wie die Überwindung der alten Klassenspaltung, die Verbesserung der sozialen Situation zahlreicher Schichten, die Zunahme von Kultur und Bildung in der Gesellschaft und auch die Herausbildung einer neuen sozialistischen Intelligenz. In der zeitgenössischen Redewendung „mehr Demokratie, mehr Sozialismus“ kam die Forderung der Mehrheit der Gesellschaft zum

Ausdruck, überzugehen zu einer tatsächlichen Politik der Volksherrschaft, zu einer sozialistischen Demokratie, zu einem neuen Niveau gesellschaftlicher Gleichheit, zu einer wahrhaften und vollkommenen Informiertheit. Das grundlegendste Moment dieser Situation war, dass die absolute Mehrheit der CSSR-Bürger das Vertrauen zur kommunistischen Partei nicht verlor, ihre Aufgabe in der Gesellschaft nicht bezweifelte, sondern vielmehr erwartete, dass die Partei an der Spitze des Verbesserungs- und Reformprozesses stehen werde.

Von diesem Standpunkt aus wurden in der Gesellschaft die Informationen über die Veränderungen in der Parteiführung, über die Entfernung der konservativen und starren Führung Antonin Novotnys und die Wahl neuer Persönlichkeiten, von denen man positive Impulse erwartete, sehr positiv aufgenommen. Bald begann sich eine breite, in bedeutendem Maße allerdings

spontane Aktivität zu entfalten, die neuen Gedanken und Herangehensweisen sowie Persönlichkeiten den Weg bahnte. Hegemon dieses Prozesses waren zahlreiche, sich überwiegend aus Kommunisten zusammensetzende Gruppen des Leitungsapparates und der Intelligenz, die mit den alten Methoden nicht weiterarbeiten konnten und wollten. Das Grundproblem dieses Prozesses allerdings bestand darin, dass er durch den erreichten zeitgenössischen Erkenntnisstand begrenzt war, der in bedeutendem Maße durch die Übernahme problematischer Gesellschaftskonzeptionen aus westlichen Quellen beeinflusst wurde. Es fehlte eine tiefe marxistische Kenntnis der Mechanismen und der Logik des Funktionierens des ganzen Systems und vor allem fehlte eine Gesellschaftsklasse, die fähig gewesen wäre, konkreter Träger der Prozesse einer neuen und lebensfähigen, gleichzeitig sozialistischen und hinsichtlich des Kapitalismus konkurrenzfähigen Ökonomie zu sein, die ein unbürokratisches gesellschaftliches Eigentum einschloß. Auch die Vertreter der KPTsch konnten in diesem Sinne nicht aus dem Schatten der Zeit treten, waren vom Aktivitätsstrom mitgerissen und vermochten es nicht, ihn wirksam zu beeinflussen und zu lenken. Zudem komplizierte deren halbstarrige Widerstand konservativer Gruppen in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens, vor allem in den Parteistrukturen, die absolut unfähig waren, Wege einer sozialistischen Reform zu suchen und deren einziges Interesse in der Verteidigung ihrer eigenen Machtpositionen bestand, mit dem Ziel, zum zentralistisch-bürokratischen Modell zurückzukehren. Diese konservativen Kräfte bezeichneten alle Äußerungen kritischer und schöpferischer Aktivität verschiedener gesellschaftlicher Schichten a priori als antisozialistisch. Diese Gruppen sandten aufrüttelnde Signale nach außen zu den Führungsgarnituren der UdSSR und weiterer sozialistischer Länder, die ihnen nach dem politischen und sozialen Charakter sehr ähnlich waren, erhöhten deren Beunruhigung hinsichtlich der Entwicklung in der CSSR und trugen zur Destabilisation der Situation bei.

Es darf selbstverständlich nicht übersehen werden, dass die Reform nur alte Strukturen zur Disposition stellte und nicht schnell genug funktionierende, sozialistische neue bildete; dies begannen ausgesprochen antisozialistische Kräfte und solche, die von westlicher Ideologie und Propaganda beeinflusst beziehungsweise direkt durch nachrichtendienstliche Strukturen und Mechanismen manipuliert waren, auszunutzen. Diese Kräfte machten sich die Spontaneität des Gesamtprozesses und seinen Mangel an stabilisierenden Mechanismen zu-

nutze, trieben die Forderungen nach Veränderungen und Reformen ins Extrem und überschritten dabei sowohl in der Ökonomie wie auch in der Politik und in der Geistessphäre immer mehr den sozialistischen Rahmen. Auf der praktischen Ebene waren bei der gegebenen inneren, besonders aber internationalen Situation jene Forderungen am gefährlichsten, die darauf abzielten, die führende Rolle der Partei zu beseitigen, das gesellschaftliche Eigentum wie auch die grundlegenden ideellen, mit dem Marxismus verbundenen Werte

Tagung: Was bleibt?

August Thalheimer – Sein Beitrag zur Analyse sozialer Verhältnisse und internationaler Politik sowie zur Strategie der Arbeiterbewegung 1918-1948

Samstag, 22. 11. 2008, 10 – 17 Uhr
Stuttgart, Altes Feuerwehrhaus, Möhringer Str. 56

Referenten:

Theodor Bergmann (Stuttgart), **Jens Becker** (Frankfurt), **Gerd Callesen** (Wien), **Harald Jentsch** (Frankfurt/Karben), **Klaus Kinner** (Leipzig), **Gregor Kritidis** (angefragt).

Vor 60 Jahren starb in der kubanischen Emigration August Thalheimer, einer der wichtigsten Schüler Rosa Luxemburgs, Mitbegründer des Spartakusbundes, Theoretiker des deutschen Kommunismus bis zur Stalinisierung, wichtiger Analytiker des aufkommenden Faschismus und der Nachkriegsentwicklung.

Die aus diesem Anlass stattfindende Tagung soll aus der Sicht einer sich erneuernden Linken diskutieren, was aus Geschichte und Analysen der Arbeiterbewegung aktuell bleibt.

Themen:

Novemberrevolution 1918 und die Spaltung der Arbeiterbewegung

Richtungsstreit in der Sozialdemokratie

Sozialisten und Krieg, Demokratie, Diktatur, Rätegedanke

Programmatische und strategische Diskussionen der Linken zwischen Novemberrevolution und Faschismus

Kommunistische oder sozialistische Politik?

Einheitsfrontpolitik

Faschismusanalyse

Marxistische Analyse der Weltpolitik – Anwendung auf die politische Situation nach 1945

Die Ausdehnungspolitik und Einschätzung der Sowjetunion

Systemkonkurrenz und kalter Krieg

Die Linke nach dem zweiten Weltkrieg

Die Zeitschrift Arbeiterpolitik ab 1948 – Chancen und Probleme von Kleingruppen zwischen den Lagern

Massenstreik – Generalstreik – Politischer Streik

Aktuelle Bezüge einer Debatte

Information und Anmeldung: www.rlf-bw.de bzw. schlager@rosalux.de
 Veranstalter: Rosa-Luxemburg Forum für Bildung und Analyse in Baden-Württemberg, Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Baden-Württemberg

in Zweifel zu ziehen und insbesondere die außenpolitische Orientierung, anfangs in Form der Neutralität, zu ändern. Diese Kräfte missbrauchten die gegebene Pluralität, die Uninformiertheit und Unerfahrenheit einer Reihe von Bürgern und einen gewissen Freiheitsrausch, drangen in die Massenmedien ein, entfachten Emotion in Form des Drucks auf die Reformführung der Partei, aber auch in Form der Skandalisierung und Verfolgung ehrlicher Kommunisten und der Anstiftung zu verschiedenen Exzessen. Indem sie strittige Themen insbesondere auf dem Gebiet der außenpolitischen Orientierung aufwarfen, provozierten sie die konservativen Kräfte sowie die Führungen der UdSSR und der sozialistischen Länder und halfen eine endlose Spirale gegenseitigen Provozierens zu drehen: Extreme Auftritte im Lande einerseits hatten Ermahnungen vom Ausland her andererseits zur Folge, die im Inland wieder nur zu weiteren extremen Auftritten führten. Die Reformgarnitur der Partei mit Alexander Dubcek an der Spitze geriet so in eine ausweglose Position und hörte auf, die Situation zu beherrschen.

Ein grundlegender Faktor waren die regierenden Gruppen in den sozialistischen Ländern, besonders in der sowjetischen Führung, die einerseits die Übertragung der für ihr Machtmonopol gefährlichen Prozesse in ihre eigenen Ländern fürchteten, andererseits mit Sorge die Entwicklung des militärstrategischen Gleichgewichts in der Welt verfolgten und die Situation zur Stärkung ihrer Großmachtpositionen nutzen wollten. Eben in jenen Kreisen wurde unter gewisser Mitwirkung kleiner einheimischer konservativer Gruppen die Entscheidung geboren, den gefährlichen und risikoreichen Prozeß zu beenden. In Anbetracht dessen, dass es ihnen nicht gelang, den reformerischen Hauptstrom in der Parteiführung zu beeinflussen und ihn dafür zu gewinnen, den Prozeß selbst zu beenden und zum alten Modell zurückzukehren, kam es am 21. August zur gewaltsamen militärischen Intervention von fünf Staaten des Warschauer Vertrages. Die USA und die anderen NATO-Mächte, die den Gesellschaftsprozeß in der CSSR übrigens ebenfalls für sehr gefährlich hielten (siehe die

Ereignisse in Frankreich) und mit der inneren Diskreditierung des Sozialismus sowie der internationalen Diskreditierung des sozialistischen Lagers wie auch der kommunistischen Bewegung rechneten, nahmen dies mit schweigender Zustimmung hin. Die weitere Entwicklung in der Welt und in der CSSR hat gezeigt, dass die gewählte gewaltsame und undemokratische Beendigung des Reformprozesses unabsehbare negative Auswirkungen hatte. Dieser Schritt schockte im wahrsten Wortsinne die Mehrzahl der Bürger der CSSR, viele damalige Mitglieder der KPTsch eingeschlossen, und beeinträchtigte zutiefst die traditionell guten tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen. Er blockierte die Perspektive des weiteren Fortschreitens zu einer wirkungsvolleren, lebensfähigeren, sozial gerechteren und demokratischeren sozialistischen Gesellschaft. Er trug zum Vertrauensverlust gegenüber der kommunistischen Partei bei, und zusammen mit den Überprüfungen in der Zeit der sogenannten Normalisierung stellten sich viele ihrer Mitglieder, die sich ansonsten insbesondere mit deren sozialem Programm voll identifizierten, gegen die KPTsch (eine Reihe von ihnen trat nach dem Jahr 1989 erneut in die kommunistische Partei ein). Trotz der zeitweiligen Aufrechterhaltung des Kräfteverhältnisses und des Gleichgewichts im internationalen Maßstab hat die tschechoslowakische Gesellschaft die Militäraktion vom August 1968 nicht akzeptiert und sich als Ganzes nicht mit ihr identifiziert. Der Schatten des machtmäßigen Eingriffs hat danach die Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialismus bei uns sehr negativ beeinflusst. Das trifft auch auf die Lage der Linken in ganz Europa zu.

Quelle Internet: KSCM-Tezek 40. vyroci pokusu o socialistickou reformu v CSSR v roce 1968.
<http://www.kscm.cz/index.asp?managepreview=ok&thema=3806&...>



Nachdruck von: LEIPZIGS
NEUE

linke Zweiwochenzeitung
für Politik, Kultur und
Geschichte.

redaktion@leipzig-neue.de, Tel.: 0341/2132345
Redaktion „Leipzigs Neue“, Braustrasse 15,
04107 Leipzig

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 160 Sommer 2008, 36 S.

- Spalten, unterlaufen, zerstören! Die gelben Gewerkschaften
- Die Transnet-Legende
- Nahrungskrise
- Rolf Becker im Interview
- Versammlungsgesetz auf bayerisch
- Ein Wahldesaster für Labour
- Einige Anmerkungen zu Afghanistan
- Schon wieder mal besorgt... NPD in Sachsen
- Die Linke: Die Sowohl-als-auch-Partei

Nr. 159 Frühjahr 2008, 44 S.

- Raus aus Afghanistan!
- Von der Immobilien- zur globalen Finanzkrise
- Brüche in der Sozialpartnerschaft
- GDL: Die unendliche Geschichte eines Tarifkonfliktes
- Privatisierung und Schule
- Putsch der bayerischen Hausärzte
- Wer war Leo Jogiches?
- ...

Nr. 158 Winter 2007/2008, 40 S.

- Niedergang der Gewerkschaften
- 36. Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme
- Privatisierung: Es geht weiter!
- Ständiger Abbau von Grundrechten
- England: Die Zeit nach Blair
- Israel: Arbeitslosigkeit und Migration
- Für die Entfernungspauschale!

Der rote Oktober 1917:

- Völker hört die Signale
- Die Russische Revolution in der Sicht Rosa Luxemburgs

Nr. 157 Herbst 2007, 36 S.

- Globalisierte Grundstückskrise
- Eine Partei in Panik – SPD in der Krise
- Zum Tarifkonflikt bei der Bahn
- Zur Steuerpolitik der Großen Koalition
- Neonazis in Ostdeutschland
- Gewerkschaften und Rechtsextremismus
- Islamisten, Nationalisten, Neoliberale – Die Türkei nach den Wahlen
- Rezension – Wer war Susanne Leonhard?

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme
T. Grادل, Postfach 910307
90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

„Trotz alledem!“¹

Ein Beitrag zur Geschichtsdebatte

Angeblich soll es Revisionismus sein, wenn man die Geschichte des Sozialismus nicht zugunsten Stalins schreiben will. Und es soll Revisionismus sein, wenn man den XX. Parteitag der KPdSU für notwendig hält – wenn man überhaupt darauf besteht, dass die Dinge bei ihrem richtigen Namen genannt werden (wozu auch die dem Rotfuchs entgangene „Kleinigkeit“ gehört, dass Trotzki zum Zeitpunkt des Brester Raubfriedens kein Führer der „Linken Kommunisten“ gewesen ist). Wer sich dieser „revisionistischen Entgleisungen“ schuldig macht, der wird mit Texten und Reden belegt, die von der Diktion her an die Plädoyers des Chefanklägers Stalins in den Moskauer Prozessen erinnern. Und keinem dieser heutigen Ankläger kommt es in den Sinn, dass da etwas nicht stimmen kann. Nicht einmal dann, wenn sie Bucharin zitieren, der 1938 in seinem Kerkerbrief „An die künftige Generation führender Parteifunktionäre“ schrieb: „Ich wende mich an Euch, die künftige Generation führender Parteifunktionäre, zu deren historischer Mission die Pflicht gehören wird, das ungeheuerliche Knäuel von Verbrechen zu entwirren, die in diesen schrecklichen Tagen immer größeres Ausmaß annehmen, wie eine Flamme auflodern und die Partei ersticken. ICH WENDE MICH AN ALLE PARTEIMITGLIEDER. In diesen vielleicht letzten Tagen meines Lebens bin ich überzeugt, dass mich die Geschichte früher oder später unweigerlich wieder reinwaschen wird. Ich bin niemals ein Verräter gewesen. Für Lenins Leben hätte ich ohne Schwanken mein eigenes hergegeben. Ich habe Kirow geliebt,

habe nichts gegen Stalin angezettelt. Ich bitte die neue, junge und ehrliche Generation führender Parteifunktionäre, meinen Brief auf einem ZK-Plenum zu verlesen, mir Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und mich wieder in die Partei aufzunehmen. Ihr sollt wissen, Genossen, dass sich auf dem Banner, das Ihr auf dem siegreichen Weg zum Kommunismus tragt, auch ein Tropfen meines Blutes befindet.“²

Heinrich Brandler, der von den heutigen Anklägern auch immer wieder angeklagt wird, weil er 1923 gemeinsam mit August Thalheimer den „deutschen Oktober“ verhindert haben soll (und der Trotzki durchaus kritisch gegenüber stand), wies völlig richtig darauf hin, dass die „Überbetonung der schwierigen und barbarischen Formen des Klassenkampfes in der Sowjetunion, ihre Loslösung von den russischen Voraussetzungen ... zu einem der wirksamsten Mittel der imperialistischen und reformistischen Propaganda zur Vorbereitung eines neuen Kreuzzuges gegen die Sowjetunion wird.“³ Das war im Jahr 1950. Und heute gilt es weiter – natürlich unter den völlig veränderten Bedingungen einer verheerenden Niederlage. Insofern nämlich, als die Glorifizierung Stalins eben diese Wirkung der Überbetonung und des Kreuzzuges gegen den Kommunismus erzeugt. Während es sonst so war, dass mit Hilfe der Stalinismus-Keule dem schweren (dem realen) Weg zum Sozialismus⁴ ein scheinbar leichter, humanerer Weg gegenübergestellt wurde, ist es jetzt offenbar dahin gekommen, dass mit Hilfe „historischer Bereinigung“ der Gewalt eine geschichtliche Rolle angedichtet wird, die sie niemals

spielen kann – es sei denn, man ist Anhänger der von Engels kritisierten Dühringschen Gewalttheorie.⁵ Aber es kommt noch schlimmer: Wieder wird die Geschichte des Sozialismus so dargestellt, als sei das Parteiregime unter Stalin von Lenin geschaffen und entspräche seinen Auffassungen. Das alles ist Legende. Zwar keine Lessing-Legende, aber wie diese aus dem Kultus entstanden, den Kultus voraussetzend – also relativ verfestigt – und damit der ideologische Überbau einer ökonomisch-politischen Entwicklung. Deshalb war die Kritik des Personenkults zwar die unabdingbare Voraussetzung für die Neubestimmung der Aufgaben des sozialistischen Aufbaus, aber keineswegs der Endpunkt dieser Auseinandersetzung nicht nur in den eigenen Reihen. Dazu hätte es des Selbstbewusstseins der Besinnung auf die eigenen Kräfte bedurft. Die geistige Wiederbelebung der Stalinära in idealisierter Form erfolgt als ideologischer Überbau einer fehlenden Arbeiterbewegung. Sie ist ein Ersatz für objektive und subjektive Bedingungen, die so nicht zu schaffen sind.

Worum geht es?

„Das erste Gebot für politische Kämpfer ... ist es, mit der Entwicklung der Zeit zu gehen und sich jederzeit Rechenschaft abzulegen über die Veränderung in der modernen Welt wie auch über eine Veränderung unserer Kampfstrategie.“⁶ Weshalb plagen wir uns also mit der Geschichte der Arbeiterbewegung ab? Im Grunde wohl aus drei Erwägungen.

Erstens: wir können die geschichtliche Funktion unseres heutigen Tuns nur verstehen, wenn wir sie aus dem früheren Geschichtsverlauf und aus dessen Ursachen – aus denen die eigene Politik⁷

1 Der Beitrag fußt auf einer Veröffentlichung, die im Heft 1-04 der Marxistischen Blätter erschienen ist. Der Autor verdankt die wesentlichen Gedankengänge den Arbeiten von W. Abendroth, I. Deutscher, H. Brandler, A. Thalheimer, J. Kuczynski und F. Behrens.

2 Sputnik, 1988, Nr. 5, S. 117.

3 H. Brandler, Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution, Hrsg. Gruppe Arbeiterpolitik 1950, S. 8.

4 „Wenn ihr die Freiheit wollt, müsst ihr die Unterdrücker unterdrücken. Und von eurer Freiheit so viel aufgeben, als dazu nötig ist. Ihr könnt nur eine Freiheit haben, die, die Unterdrücker zu bekämpfen!“ (B. Brecht, Die Tage der Commune)

5 F. Engels, Herrn Eugens Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“), Berlin 1958, S. 192 ff.

6 R. Luxemburg, Massenstreik und Gewerkschaften, GW, Berlin 1972, Bd. 2, S. 466.

7 „Politik ist die in der Gegenwart sich vollziehende Geschichte.“ E. Thälmann, Geschichte und Politik, Artikel und Reden 1925-1933, Berlin 1973, S. 5.

nicht auszunehmen ist – erklären. Da es um Subjekt-Objekt-Dialektik geht, deren Inhalt Bewegung ist, geht es auch um Alternativen, die ein dialektischer Materialist als reale Möglichkeiten immer mitzudenken hat, wobei sein Ausgangspunkt die Tatsachen bleiben, dasjenige, was ist. Wollen wir nicht auf das Entwerfen langfristiger Strategien verzichten – was selbstmörderisch wäre –, dann müssen wir so vorgehen. Denn der Marxismus „ist nicht die Theorie eines Individuums, der ein anderes Individuum eine andere und höhere Theorie entgegenstellen könnte“, sondern „der proletarische Klassenkampf in Gedanken gefasst; er ist in den Dingen selbst, aus der historischen Entwicklung emporgewachsen und wandelt sich mit ihnen; deshalb ist er so wenig ein leerer Trug wie eine ewige Wahrheit.“⁸

Zweitens: aus der Geschichte lernen wir eventuell etwas darüber, wie man es heute – selbst in Einzelfragen – nicht machen darf. Für Marx und Engels war das völlig klar: „Die Ereignisse und Wechselfälle im Kampf gegen das Kapital, die Niederlagen noch mehr als die Siege“ können nicht verfehlen, „den Menschen die Unzulänglichkeit ihrer diversen Lieblings-Quacksalbereien zum Bewusstsein zu bringen und den Weg zu vollkommener Einsicht in die wirklichen Voraussetzungen der Emanzipation der Arbeiterklasse zu bahnen.“⁹ Wir sollten uns diesen Gedanken gut merken, denn er besagt, dass man die taktischen und strategischen Fragen der Gegenwart nicht auf Grund einer Legende (z.B. von der 1923 angeblich „verpassten Revolution“¹⁰) lösen kann. Man kann sie nur lösen auf Grund der wirklichen Tatsachen. Klargestellt wird auch, warum die richtige Beurteilung der Ursachen

einer Niederlage von so außerordentlicher Bedeutung für die Zukunft der Arbeiterklasse und des Sozialismus ist: Aktion und Debatte führen zu einem Lernprozess; die Arbeiterklasse entwickelt sich intellektuell. Aber die Richtung dieser Entwicklung unmittelbar hängt nicht unwesentlich von der sozialpsychologischen Situation in der Arbeiterbewegung ab. Denn Niederlagen peitschen auf, leider auch in der Form der Vernachlässigung des gegebenen Kampfbodens. Niederlagen demoralisieren aber auch, besonders dann, wenn vorher nur vom Sieg die Rede war.

Drittens unterliegen die Organisationsformen der Arbeiterbewegung dem Entwicklungsprozess der Gesamtbewegung. In dem, wie sie entstehen und was sie jeweils tun, sind sie eine Antwort der Arbeiterklasse auf das, was im Gesamtzusammenhang der sozialen und politischen Faktoren, die von außen auf die Klasse einwirken, in der Zeit geschieht, in der sie handelt und ihr Bewusstsein entwickelt. Die Arbeiterorganisationen sind nur der organisatorische Ausdruck für die Rolle der Arbeiterbewegung. Die Organisationsfrage ist geschichtlich verursacht. Wobei gilt, „dass die ‚Organisation‘ auch ohne Streiks und Demonstrationen ‚entsteht‘. Eine Organisation ... existiert ständig, während die Massen nur von Zeit zu Zeit offen auftreten.“¹¹ Das ist wichtig, denn wenn die Dinge sonst zur Reife gelangt sind, entscheiden Erkenntnis und Willen, welchen Lauf die Geschichte an den Wendepunkten nimmt.

So muss m.E. auch an die Probleme herangegangen werden, die sich um das die Geschichtsdebatte nach wie vor mehr oder weniger prä-

gende Thema „Stalin“ gruppieren.¹² Dabei weiß gerade der Gegner sehr genau und weidet sich daran, dass die Vorgänge in Russland nach Lenins Ausscheiden aus der aktiven Politik die durch den Sieg des Faschismus gefährlich erschütterte sozialistische Zukunftshoffnung zusätzlich niederdrückten. Stalins Politik – zuletzt das Bündnis mit Hitler – warf nicht nur die Frage nach den Mitteln und Wegen zum Sozialismus auf, sondern auch, ob dessen Entwicklung überhaupt gesichert sei. Eine brennende Frage wurde: Was ist historische Notwendigkeit?

Besonders deutlich wird dies am „Kurzen Lehrgang“ zur Geschichte der KPdSU (B). In diesem Buch, dessen Wirkung gerade darauf beruht, dass er neben Legendenbildung auch viele wichtige Wahrheiten enthält, spielt Lenins „Brief an den Parteitag“ keine Rolle. Aber Lenin sollte Recht behalten: „Stalin ist zu grob ... Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, und jemand anderen“ (möglicherweise dachte er an Trotzki, den er ebenfalls mit kritischen Augen sah) „an diese Stelle zu setzen ...“¹³ Es geht um den Typus, den Stalin als Revolutionäre vertrat – und dass er ein Revolutionär war, darin vor allem liegt die ganze Tragik.¹⁴ Im Unterschied zu Lenin kapitulierte er vor dem Fortleben und Neuaufleben der barbarischen zaristischen Tradition in der Sowjetbürokratie. Gerade diese Tradition nutzte er bei der Ausübung seines immer noch an das Ausgangsdenken des Marxismus (allerdings in kanonisierter Form) und an die Oktoberrevolution gebundenen barbarischen Despotismus.¹⁵ Aber: „Einen anderen Weg zur

8 F. Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Zweiter Teil, Gesammelte Schriften*, Berlin 1976, Bd. 2, S. 700.

9 F. Engels, *Vorwort zur englischen Ausgabe des Kommunistischen Manifestes von 1888*, MEW, Bd. 4, S. 579.

10 Vgl. W. Hoppe, *In Hamburg fiel der erste Schuss*, in: *Rotfuchs*, Oktober 2003, S. 13. Als Gegendarstellung empfohlen: A. Thalheimer, 1923: *Eine verpasste Revolution?*, Berlin 1931.

11 W. I. Lenin, *Illegale Partei und legale Arbeit*, LW, Bd. 18, S. 382.

12 Vgl. u. a. R. Steigerwald, *Probleme in Stalins Politik des Aufbaus des Sozialismus*, in: MB 6-03, S. 92 ff. Die weitere Entwicklung bestätigt dies ebenfalls. Vgl. nur die Debatten in der jungen Welt zwischen Münder, Steigerwald und Holz. Von „Offensiv“ ganz zu schweigen.

13 W. I. Lenin, *Brief an den Parteitag, Ergänzung zum Brief vom 24. Dezember 1922*, LW, Bd. 36, S. 580. Vgl. auch: *Ebenda*, S. 579.

14 Vgl. insgesamt: I. Deutscher, *Die unvollendete Revolution 1917-1967*, Frankfurt a. Main 1967.

15 „Die Persönlichkeit Stalins kam dieser Entwicklung entgegen. Die Charaktermerkmale Stalins, die dazu beitrugen, sind außerordentliche Willenskraft, Ausdauer, Faust, große organisatorische Fähigkeiten, aber verbunden mit großem Ehrgeiz und Eitelkeit ‚besonderer Art‘ (Vorliebe für orientalische Ergebenheitskundgebungen und Lobpreisungen). Eine starke Dosis persönlicher Rachsucht, große Verschlagenheit, klarer aber primitiver, die Dinge übermäßig vereinfachender Verstand, beschränkte Kenntnisse. Kein umfassendes, schöpferisches Genie wie Lenin, der auf der höchsten Höhe des europäischen Wissens stand, der theoretische und praktische Fähigkeiten ersten Ranges in sich vereinigte. Stalin ist nur ein Talent, und zwar ein einseitig praktisches Talent.“ (Zur Krise in der Sowjetunion, Hrsg. Büro der IVKO, 1937, S. 17.)

Überwindung der Bürokratie und der zu langsamen Verbesserung der Lebenshaltung der breiten Massen der Werktätigen als die Bereitschaft und Fähigkeit der Massen, Hand ans Werk zu legen und es besser zu machen, gibt es nicht. Die gebratenen Tauben fliegen nirgends und niemanden ins Maul. Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr eigenes Werk sein. Das allgemeine Gerede vom Personenkult und Stalinismus ist albern und schädlich. Der Kern der stalinistischen Periode besteht darin, dass der Aufbau der sozialistischen Grundlagen in der SU zu viel mit dem Prügel für die Massen und unsozialistischen Prämien- und Stachanowmethoden durchgeführt worden ist.“¹⁶

In Stalins Namen, auf seine Veranlassung und mit seinem Wis-

sen wurden skrupellose Gewalttaten begangen, die die notwendige revolutionäre Gewalt aufs schärfste diskreditierten und ihre Grenzen bis zum Verbrechen überschritten. Was das für die Revolution – das Verstehen ihrer ungeheuren Schwierigkeiten – bedeutet, weiß jeder Sozialist und Kommunist einzuschätzen, der sich in der Tradition von Marx, Engels und Lenin von jeglicher Form der Gewaltanbetung unmissverständlich distanzieren muss¹⁷ Die physische Vernichtung der Parteiopposition erscheint im Kurzen Lehrgang quasi als Naturnotwendigkeit, um vor diesem dunklen Hintergrund Stalins leuchtende Größe besonders vorteilhaft zu dokumentieren. Das

Hinwegsetzen über die materialistische Dialektik und die Leninschen Parteinormen wurde organisationspolitisch verfestigt, die marxistische Geschichts- und Parteauffassung manipulativ missbraucht. Stalins (und Bucharins) Theorie musste ihre eigene Realität verleugnen, die tatsächliche Lage beschönigen, denn sie hatte nicht nur verkündet, dass keine andere Wahl blieb, als auf den Sozialismus hinzuarbeiten, sondern auch die Möglichkeit der vollen Entwicklung dieser Gesellschaft, d. h. der Klassenlosigkeit in nur einem Land in Aussicht gestellt. Diskussion und Kritik wurden tabuiert. „Riesensprünge rückwärts“¹⁸ kannte die Geschichte nicht mehr. Die Partei ging, wie es das ZK der

16 H. Brandler an G. Schönfelder am 6. 12. 1956, in: H. Weber (Hrsg.), *Unabhängige Kommunisten, Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949-1967*, Berlin 1981, S. 247.

17 „Die Gewalt als Geburtshelferin der sozialistischen Ordnung wird durch den Widerstand bestimmt, der niedergekämpft werden muss.“ *Ebenda*.

18 „... denn zu glauben, die Weltgeschichte ginge glatt und gleichmäßig vorwärts, ohne manchmal Riesensprünge rückwärts zu machen, ist undialektisch, unwissenschaftlich, theoretisch unrichtig.“ (LW, Bd. 22, S. 315.)

19 *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang*, Berlin 1951, S. 449. Hier heißt es: „Die Geschichte der Partei lehrt ... Die Partei geht zugrunde, wenn sie ihre Fehler verheimlicht, wunde Punkte vertuscht, ihre Unzulänglichkeiten bemäntelt, indem sie ein falsches Bild wohlgeordneter Zustände zur Schau stellt, wenn sie keine Kritik und Selbstkritik duldet, sich von dem Gefühl der Selbstzufriedenheit durchdringen lässt, sich dem Gefühl der Selbstgefälligkeit hingibt und auf ihren Lorbeeren auszuruhen beginnt.“

Anzeige



**Der Staat zielt auf die Köpfe,
wir zielen auf Solidarität.**

Die Rote Hilfe ist eine strömungsübergreifende linke Solidaritätsorganisation. Unsere Unterstützung gilt all denjenigen, die aufgrund ihres politischen Engagements von staatlicher Repression betroffen sind. Jeder Mitgliedsbeitrag, jede Spende ist Ausdruck von Solidarität, hilft und ermutigt trotz Repression weiter zu kämpfen. Solidarität muss auf vielen Schultern ruhen. Darum:

**Mitglied werden in der Roten Hilfe!
Solidarität ist eine Waffe!**



ROTE HILFE e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255
37022 Göttingen
T: 0551 / 770 80 08
F: 0551 / 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

Spendenkonto:
Kto-Nr.: 19 11 00 462
BLZ: 440 100 46
Postbank Dortmund

Beitrittserklärung – Einzugsermächtigung

Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e.V.
Ich zahle einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von:

Monatlich Normalbeitrag € 7,50 / anderer Beitrag € _____
 Vierteljährlich Normalbeitrag € 22,50 / anderer Beitrag € _____
 Halbjährlich Normalbeitrag € 45,- / anderer Beitrag € _____
 Jährlich Normalbeitrag € 90,- / anderer Beitrag € _____
 Monatlich Solibetrag € 10,- / Jährlich Solibetrag € 120,-

Der Mindestbeitrag beträgt € 7,50 monatlich. Der ermäßigte Mindestbeitrag (für SchülerInnen, Erwerbslose usw.) beträgt € 3,- monatlich. Die Mitgliedschaft beginnt erst mit der Überweisung bzw. Abbuchung des ersten Mitgliedsbeitrages.

Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe, jederzeit widerruflich, meinen Beitrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Von mir verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z. B. bei ungedecktem Konto) gehen zu meinen Lasten und können ebenfalls von meinem Konto abgebucht werden.

oder

Ich zahle per Dauerauftrag auf das Konto der Roten Hilfe e.V. mit dem Betreff „Mitgliedsbeitrag“
Kto-Nr.: 191 100 462, BLZ 440 100 46, Postbank Dortmund

Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert

Ich möchte den email-Newsletter der Roten Hilfe beziehen, der aktuell über Repression berichtet

Vorname, Name _____
 Straße, Hausnummer _____
 PLZ, Ort _____
 Telefon _____ e-mail _____
 Konto-Nr. _____ BLZ _____
 Name, Ort des Geldinstituts _____
 Ort, Datum _____ Unterschrift _____

KPdSU 1938 vorhergesagt hatte, trotz des Fortschritts, den der aus ökonomischer Rückständigkeit entstandene Sozialismus verkörperte, daran zugrunde.¹⁹

Stalin und die Hemmung der Revolution

Das handlungsorientierte Selbstverständnis der kommunistischen Partei kann nicht vom Geschichtsverlust des „einzigen Marxisten“ Stalin hergeleitet werden. Dabei geht es nicht um die Machtpolitik der Sowjetunion, die die unvermeidbare Form des Existenzkampfes mit der kapitalistischen Umwelt war, die Hitler das Genick gebrochen hat, sondern darum, dass die Politik und Theorie Stalins im Unterschied zur Politik und Theorie Lenins – die eigenen Wurzeln der revolutionären sozialistischen Bewegung in Deutschland fast erstickt hätte (Stichwort: „Luxemburgismus“). Als Internationalist, der genau wusste, dass das größte historische Problem der Ok-

toberevolution darin bestand, den Übergang von einer eng nationalen zur Weltrevolution zu vollziehen, dem das gewaltige Übergewicht der russischen Partei im Ergebnis des eigenen Sieges und der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse in der Novemberrevolution vollauf bewusst war, wirkte Lenin darauf hin, dass auch die Parteien in den anderen Ländern lernen, den Klassenkampf in ihrem Lande nach eigenem Urteil zu führen, die russischen Erfahrungen – insbesondere die Jahrzehnte politischer Vorbereitung, des gründlichen Durchdenkens aller Mittel und Wege der Revolution in Russland – richtig zu übersetzen. Darin sah er die größte Hilfe für die russische Revolution. Stalin hingegen machte aus den historischen Besonderheiten der ersten sozialistischen Revolution, aus der Rückständigkeit des Landes und dem Ausbleiben der Weltrevolution, die Besonderheit jeder sozialistischen Revolution. Der zur Theorie erhobene „Einlandsozialismus“ bedeutete ideologischen Isolationismus. Er bedeutete, „dass die

Zukunft der neuen Sowjetgesellschaft, falls kein Krieg dazwischen käme, völlig unabhängig von den Vorgängen in der Welt sei; und dass der Sozialismus eine nationale, sich selbst genügende, geschlossene Autarkie sein könne und müsse.“ Hinter dieser Vorstellung „stand ausdrücklich die Annahme, dass die Revolutionsaussichten im Westen für lange Zeit geschwunden waren. Das spiegelte zweifellos eine verbreitete Stimmung wieder.“²⁰ Diese Politik musste die westeuropäischen kommunistischen

Parteien in die Isolierung führen, was zunächst unerkannt blieb. Als grundlegende Lehre konnte sich nur ergeben, in der kommunistischen Partei das eigene, kritische und selbständige Denken zu entwickeln – und zwar auch im Interesse der Sowjetunion, zu ihrer Verteidigung. Ein Prozess, der überaus widersprüchlich verlief, ohne den es aber nicht gelingen kann, wirklich zu führen – *Vortrupp* zu sein.

Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Deshalb schadet der kommunistischen Partei nichts so sehr und ist so wenig internationalistisch, wie die Vernachlässigung der eigenen Ausgangsbedingungen des Kampfes um die politische Macht. Hier liegt die Wurzel der Partei – in der internationalistischen Synthese des Marxismus mit der spezifischen Tradition der revolutionären Bewegungen, insbesondere der Arbeiterbewegung (also auch der DDR) – im eigenen Land. Das war Lenins Vorgehen. Von hier aus gilt es zu begreifen, dass die Stalinpolitik Gefahren für die Vereinigung von Arbeiterbewegung und Sozialismus heraufbeschwört.

Der unvergessene Jürgen Kuczynski brachte es auf den Punkt: „Stalin war eine große Gestalt im positiven wie im negativen Sinne“ Er „hat ... zwei große Leistungen vollbracht. Die eine war eine politische: Er hat die Linie der Schwerindustrialisierung der Sowjetunion als Primat gegen alle Änderungsversuche durchgeführt und damit die Basis für die wirtschaftliche und militärische Stärke der Sowjetunion, die Basis für den Sieg gegen den Faschismus geschaffen. Die andere war eine persönliche. Er besaß – noch nach 1945 – das tiefe Vertrauen des Volkes ... Zugleich jedoch hat er dieses Vertrauen, das letztlich auch mit auf die einzigartige Rolle Lenins und die Leistungen der Bolschewiki unter seiner Führung zurückging, auf das schrecklichste missbraucht.“²¹

Herbert Münchow

Nachdruck aus Marxistisches Forum (siehe Anzeige)

Anzeige

Neu erschienen

MARXISTISCHES FORUM Heft 56 „Die Legende von der revisionistischen Wende“

mit Beiträgen von
Siegfried Kretzschmar, Ekkehard
Lieberam, Herbert Münchow,
Werner Roß, Robert Steigerwald
und Ingo Wagner

Juli 2008 · 50 Seiten · A4 · 4 Euro

Bestellung an:

GNN-Buchversand

Badeweg 1 · 04435 Schkeuditz

Fon (03 42 04) 6 57 11, Fax (03 42 04) 6 58 93

www.gnn-verlag.de

20 I. Deutscher, a. a. O., S. 82.

21 J. Kuczynski, *Dialog mit meinem Urenkel*, Berlin und Weimar 1983, S. 77, S. 78.

„in einer dramatischen Krise“

DKP-Wochenzeitung „unsere zeit – UZ“ akut gefährdet

In der ARSTI Nr. 154 (Winter 07) wurde über den organisatorischen Zustand der DKP und über die Lage der Parteizeitung berichtet. Was den Zustand der Partei bis vor einem Jahr betraf, wurde das Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes, Christian Koberg, mit folgender Einschätzung zitiert: „Wenn wir keine Änderung schaffen, steht ernsthaft unsere Parteieigenschaft in Gefahr.“ Anlässlich des 40. Jahrestages seit Gründung der DKP schreibt der Vorsitzende Heinz Stehr zur aktuellen Verfasstheit: „Der Einfluss ist sehr begrenzt. Die Realität ist gnadenlos: Bei 81 Millionen Einwohnern 4250 organisierte Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP bei einem Altersdurchschnitt von um die 60 Jahre.“ Für die Parteizeitung sieht die Bilanz nicht besser aus. Lt. dem Chefredakteur W. Teuber befindet sie sich in einer „dramatischen Krise“. Noch drastischer drückt es der Kassierer des Parteivorstandes aus: „Das Fortbestehen der uz als Wochenzeitung ist akut gefährdet. Die Parteizeitung ist in der finanziell bedenklichsten Situation seit ihrem Erscheinen als Wochenzeitung 1996.“ Die Abonnentenzahl ist von 6482 im Januar 2006 auf jetzt 5820 gesunken.

W. Teuber folgert daraus: „Wenn wir diese Entwicklung nicht aufhalten, wenn wir keine Wende dieses Rückgangs erreichen, müssen wir meiner Meinung nach Überlegungen anstellen, ob wir die uz als Wochenzeitung erhalten können, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.“ Als mögliche Gründe für den kontinuierlichen Aborückgang (etwa 200 pro Jahr) führt er u.a. an, in Teilen der Partei werde die Meinung vertreten, „dass die uz keinen(!) Gebrauchswert habe, dass man sie nicht verkaufen könne.“

Ob diese Einschätzung zutreffend ist, mag dahingestellt sein. Noch sind der Parteivorstand, die Geschäftsführung und die Redaktion eifrig daran ein Rettungskonzept zu entwickeln. Dazu gehören verschiedene Maßnahmen, die die Dramatik der Lage erahnen lassen. Interessenten können die Zeitung inzwischen 10 Wochen(!) kostenlos testen. Die daraus eventuell entstehenden regulären Abos sollen die Negativtendenz in der Aboentwicklung stoppen, wenn nicht gar umkehren. Aktuell kommen auf ein neues Abo fast drei Kündigungen. Schon der letzte Parteitag hat die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt uz“ initiiert. Das

Zeitfenster für diese Arbeitsgruppe ist eng, denn das Finanzloch wird immer größer. So schulden 300 uz - Abonnenten über 30000 € Abogelder. Um an Teile dieses Geldes heranzukommen, beauftragte man unlängst ein professionelles Inkasso-Unternehmen. Ob so das Organ einer kommunistischen Partei gerettet werden kann?

Verständlicherweise befürchtet die Partei, deren Mitgliedschaft stark überaltert ist, mit allen sich daraus ergebenden Problemen, durch den Verzicht auf die Wochenzeitung die Abwärtsspirale zu beschleunigen. Andererseits kann sie vor den Realitäten die Augen nicht verschließen. Schließlich hat sich mittlerweile die „junge Welt“ als einzige Tageszeitung mit marxistischer Tendenz stabilisiert und deckt einen Teil der Artikel ab, die auch in der uz zu lesen sind. Der DKP verbliebe noch das zweimonatlich erscheinende Theorieorgan „Marxistische Blätter“. Da wenig auf einen unmittelbar bevorstehenden Aufschwung der marxistischen Linken hindeutet, müssen alle verbliebenen Gruppen und Zeitungsprojekte mit ihren begrenzten Möglichkeiten zurecht kommen.

he 1.9.08

Leserbriefe

Werte Genossen

Vielen Dank für die Zusage der Arbeiterstimme 160, die ich gestern im Briefkasten hatte.

Im Artikel auf Seite 25 fallen mir einige Unrichtigkeiten auf: Die Sächsische Zeitung ist zumindest weniger CDU-nah als die „Dresdner Neuesten Nachrichten“, die allerdings weniger verbreitet sind, insbesondere nicht überregional. Die SZ hat bei Konservativen auch wegen ihrer jahrzehntelangen DDR-Geschichte gelegentlich noch

einen schlechten Ruf... was nicht heißt, dass die SZ nicht aus vollem Herzen gegen Hausbesetzer, Schwarzfahrer, Demonstranten gegen Sozialabbau hetzen würde.

Tillich hat vielleicht als gebürtiger Sorbe einen Grund mehr, gegen die NPD zu argumentieren ... aber im (kurzen) Artikel werft ihr zum Teil auch Landesebene und Kreisebene durcheinander.

Angriffe von Nazis gegen Büros der Linken sind in der Sächsischen Schweiz nicht gewesen, aber die PDL unternimmt hier auch

keine großen Initiativen dagegen, außer alljährlicher Teilnahme an Kundgebungen für die Opfer des Nationalsozialismus, zusammen mit der SPD... Man muss auch sehen, dass der Mitgliederstamm der PDL zumindest zum Teil überaltert ist. Und dazu gibt's dann auch passendes Umfeld, www.ddr-museum-pirna.de oder auch die Zeitschrift „Rotfuchs“, die sich mehr mit DDR-Geschichte als mit aktueller Politik befasst.

Es gibt eine „Initiative gegen Extremismus“, die sich gegen Rassismus, NPD, aber auch den Boykottaufruf gegen Tourismus in die Sächsische Schweiz aus Hamburg einsetzt, aber auch gegen autonome Antifa aus der Dresdner Neustadt. Aktive 2,

aber medienwirksam... Weiter gibt es insgesamt Bemühungen zu „14f13“, der Vernichtung Geisteskranker in Pirna-Sonnenstein, Gedenkhinweise in Pirna. Das gehört genauso zum Stadtbild von Pirna wie wirklich VIELE Jugendliche mit T-Shirts von Landser o.ä., die und auch die CDs werden von vietnamesischen Händlern in der tschechischen Grenzstadt Hrensko (u.a.) vertrieben. Soweit ich weiß hat „Rock Nord“ in Tschechien ein spezielles CD-Preßwerk. Nun musste ich im Rahmen eines 1 Euro-Jobs an einem Lehrgang des Kreissportbundes Sächsische Schweiz „Übungsleiter“ teilnehmen und da gab es auch eine 100 %ige CDU-Veranstaltung „Sächsische Schweiz Rechts“ mit dem von euch erwähnten Politologieprofessor Pätzold, der das dann einleitete mit dem Kommentar, die Präsenz der NPD im Landkreis wäre „Zufall“, weiter von „längst überfälligen Sozialreformen“ sprach. Der Landrat

verblüffte mit der Bemerkung zu einem NPD-Liedermacher, bei dessen Texten bekäme man richtig was zum Nachdenken. ... Weiter wurde ausgeführt, die PDS wäre menschlicher als die NPD und die würden bei Abstimmungen immer mit der CDU abstimmen (dafür ist die Heidenauer PDL regelrecht berüchtigt – zur Bürgermeisterwahl in Heidenau gab's zum CDU-Bürgermeister auch nur einen FDP-Gegenkandidaten. ... Und das Hauptproblem mit der NPD wäre, dass diese dem Tourismus schaden würden. ... wobei das interessant wäre zu untersuchen ob die NPD z.B. Nazitouren aus Großbritannien, USA o.ä. zieht, davon mal ganz abgesehen.

Inwieweit die CDU weiter nach rechts rückt in der Sächsischen Schweiz, wird sich sicher auch am Umgang mit gesellschaftliche ungeliebten Minderheiten wie z.B. Arbeitslosen messen lassen müssen. Die Wahlkampparole „Sozial ist, was Arbeit schafft“, wie

sie vom Landrat wieder aufgeköchelt wurde, lässt Übles befürchten. Die Nichtübernahme von Mietnebenkosten durch die örtliche ARGE scheint nur noch durch anwaltliche Hilfe zu bewältigen sein. ... Und an dem Punkt befindet sich die Heidenauer PDL in einem Widerspruch mit sich selber, wie er in eurem Artikel auf S. 26 bereits angedeutet wird – da es sich mehrheitlich um Rentner handelt, ist denen die Rente wichtiger als das unleidige Parteithema der sozialen Gerechtigkeit. Mir sind jedenfalls keinerlei Initiativen der PDL auf kommunaler oder Kreisebene bekannt, die sich gegen die ungewöhnliche scharfe Vorgehensweise der ARGE Pirna gerichtet hat. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ wird wohl seit DDR-Zeiten August Bebel zugerechnet ...

Stellt sich natürlich die Frage, ob eine solche „Politik“ nicht „Betrug am Wähler“ bedeutet – was sich auch in Berlin stellt.

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst

Ein Versuch



Broschüre, DIN-A5
80 Seiten, 6,-
Herausgegeben von
Heiner Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:
Deutscher Freidenker-
Verband Ostwürttem-
berg e.V.,
Hellensteinstr. 3,
89518 Heidenheim
oder
T. Gradl,
Postfach 910307,
90261 Nürnberg

Rezension

Zum 40. Jahrestag des Jahres 1968, dem Höhepunkt der APO, StudentInnenbewegung und der Neuen Linken im 20. Jahrhundert, ist eine Untersuchung von Richard Heigl über die Bedeutung und die Wirkung von Wolfgang Abend-

roths – nach Rosa Luxemburg sicherlich einer der bedeutendsten und kreativsten linkssozialistischen Intellektuellen in Deutschland – hinsichtlich der APO und der Neuen Linken im Argument-Verlag erschienen, nachdem die etwas längere Dissertationsfassung dieser Untersuchung schon seit einiger Zeit im Internet zur Verfügung steht (<http://www.opus-bayern.de/uni-augsburg/volltexte/2007/651/>).

Durch diese Untersuchung über einen der wichtigsten Protagonisten des linkssozialistischen Flügels der Neuen Linken in der BRD wird gleichzeitig – zumindest ansatzweise – eine Lücke in der historischen Forschung geschlossen, denn diese marxistische Strömung ist in der Forschung über die APO und die Neue Linke bislang noch weitgehend unberücksichtigt geblieben. Das ist um so unverständlicher, weil gerade diese Strömung sowohl als ein unverzichtbares Konstitutionselement wie auch als eine sehr wichtige theoretische Strömung der APO und der Neuen Linken angesehen werden muss, auch wenn sie in den 60er Jahren genauso wie heute weniger medienwirksam ist.

In gut dem ersten Viertel seiner Untersuchung behandelt Heigl nach einem einführenden Abriss über die Fragestellung, die Methode und den Aufbau seiner Arbeit (auf den Seiten 9-13) sowie einer anschließenden Begriffsbestimmung der Neuen Linken (5. 14-33) im Folgenden in zwei Kapiteln auf dem Hintergrund der historischen Entwicklungen und des Lebens von Abendroth dessen politische und wissenschaftliche Entwicklungslinien bis zum Jahr 1961 (5. 34-1 30). Durch die von Heigl geführten Interviews (so z.B. mit Abendroths Witwe), sowie durch schriftliche Mitteilungen an ihn kommen interessante neue Details über Abendroths Leben zu Tage.

Der Autor macht in diesem Teil seiner Arbeit unter Berücksichtigung

einer großen Anzahl von Abhandlungen über den „jungen Abendroth“ deutlich, dass das sehr praxisakzentuierte Wissenschafts- und Politikverständnis

Abendroths – und damit auch seine spätere Rolle in der APO und der Neuen Linken, schlüssig nur durch Abendroths in das Jahrhundert der Katastrophen eingebettete – sehr spezifische familiäre und politische Sozialisation erklärt werden kann.

Die wesentlichen Ereignisse in dem Leben Abendroths und deren Bedeutung für dessen persönliche politische Sozialisation bis zum Jahr 1961 werden von Heigl in diesem ersten Teil komprimiert behandelt: Kindheit und Schulzeit im Deutschen Kaiserreich und im Ersten Weltkrieg, die Erfahrungen der Novemberrevolution und ihres Scheiterns; Studium und Beginn der selbständigen politischen Arbeit in der Weimarer Republik; die Erfahrung der meistens selbsterfleischenden Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung; Faschismus und Widerstand in Deutschland und Griechenland; die verheerende Wirkung und die Folgen des Stalinismus für die deutsche und internationale Arbeiterbewegung; politische Schulungsarbeit in britischer Kriegsgefangenschaft; wissenschaftliches und politisches Wirken in der SBZ; Hochschullehrer in Wilhelmshaven und Marburg; politische Arbeit in der SPD; politisches Wirken für verschiedene linke Zeitungen und Organisationen in der BRD.

Heigl zeigt hier unter Einbeziehung der damaligen unabhängigen marxistischen, kommunistischen und sozialdemokratischen Diskussionen auf, dass sich Abendroth schon zu der Zeit der Weimarer Republik eine unabhängige politische und theoretische Konzeption erarbeitet hat, die besonders stark durch seine damaligen politischen Lehrer und Vorbilder beeinflusst ist: Paul Frölich, August Thalheimer und Heinrich Brandler. Interessant ist dabei besonders, wie stark Heigl hier Abendroth in die anfänglich vor allem von Rosa Luxemburg und später dann durch Antonio Gramsci ausgearbeitete spezifische marxistische

Denkweise und Traditionslinie einordnet.

In den Kapiteln V. bis VIII., die auf den Prolog über das Leben Abendroths bis zum Jahr 1961 folgen und den eigentlichen Kern seiner Analyse darstellen, untersucht Heigl anschließend auf den Seiten 131-325 sehr detailliert und dicht sowohl die unmittelbar praktischen politischen Aktivitäten Abendroths als auch dessen publizistische Schriften, deren Intentionen, Inhalte und deren Wirkungen im Zusammenhang mit der Entstehung und den Entwicklungen der Neuen Linken in den Jahren 1952 bis 1970.

Dabei strukturiert Heigl seine Untersuchung nicht streng chronologisch, sondern sinnvoller Weise an Hand von vier großen Themenbereichen: die Entstehung der Neuen Linken in den Jahren 1952-1963; der Versuch im Kontext mit dem Kampf gegen die Notstandsgesetze eine Gegenhegemonie aufzubauen; die Auseinandersetzungen zwischen der „Marburger Schule“ einerseits und der „Frankfurter Schule“ andererseits; die Herausforderungen an den Linkssozialismus durch die neue und „antiautoritäre Linke“.

Heigl analysiert hier Abendroths Wirken stets ohne dessen Bedeutung zu überschätzen und in enger Einbettung in die gesamtpolitischen und gesamtlinken Entwicklungen. In diesem Teil seiner Untersuchung weist Heigl auch darauf hin, wie sehr Abendroth und die Neue Linke stets internationale Diskussionszusammenhänge und Kontakte gesucht und gefördert haben.

Den Abschluss seiner Arbeit bilden im Kapitel IX. auf den Seiten 326-351 einige zusammenfassende und anregende Schlussbetrachtungen. In diesem Schlussteil geht Heigl auch punktuell auf das Leben und Werk Abendroths bis zu seinem Tod im Jahr 1985 ein.

Es ist zu hoffen, dass diese Arbeit zahlreiche LeserInnen findet und diese das Buch intensiv durcharbeiten. Denn die Arbeit Heigls macht deutlich, wie viel die Linke heute immer noch von Abendroth lernen kann, besonders hinsichtlich seiner Parteikonzeption, seiner politischen Strategie und Taktik, politischen Psychologie, Einheitsfrontpolitik sowie Rechts-, Staats- und Verfassungstheorie und -politik.

Richard Heigl: Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken; Argument-Sonderband Neue Folge 303, Hamburg 2008 (372 Seiten, 24,90 Euro

Veranstaltungsreihe 90 Jahre Revolution in Bayern

Im Westend ging es los



Anlässlich der Räterevolution in Bayern vor 90 Jahren veranstalten KulturLaden Westend und **WESTEND NACHRICHTEN** gemeinsam mit dem Deutschen Freidenkerverband, Ortsverband München e.V., der *Gruppe Arbeiterstimme*, dem Kurt Eisner Verein für politische Bildung e.V. und unterstützt durch das Archiv der Münchner Arbeiterbewegung eine Vortragsreihe zu verschiedenen AkteurInnen und Aspekten der damaligen Ereignisse. Eingerahmt wird die Veranstaltungsreihe durch eine Ausstellung von historischen Plakaten und Dokumenten.

Freitag, 31. Oktober, 20 Uhr, Günther Gerstenberg: „Wild schlägt der Empörung Welle an des Staates morsche Fugen“ (Erich Mühsam)

Der Historiker Günther Gerstenberg stellt Industrialisierung und Zusammenschluss der Arbeiterklasse am Beispiel des Westends dar. Die Entwicklung der Georg von Vollmarschen Sozialdemokratie bringt den Zusammenschluss von, wie sie sich nennen, »freiheitlichen Sozialisten« (auch Syndikalisten, Kommunisten, Anarchisten, Freidenker,

Bakunisten etc.) hervor. Sie üben Einfluss aus auf eine Gesellschaft, die sich ungleichmäßig modernisiert und daher auf einen Umsturz zusteuert, der mehr ein Einsturz der alten Strukturen war als Einstieg in eine neue Gesellschaft.

Mussten die unterschiedlichen Erscheinungen der Räterepublik und sozialistische Gesellschaftsvorstellungen, eingeklemmt zwischen Mehrheits-SPD und Linksradikalen, scheitern? Hatte der anarchistische Voluntarismus seine Berechtigung? Es gibt hier Fragen über Fragen. Das Referat stellt auch die Niederlage Anfang Mai 1919 dar, schildert den weißen Terror und deutet den Weg in die Nazizeit an.

Freitag, 7. November, 20 Uhr, Klaus Weber: Kurt Eisner: Revolutionär des Alltags

Kurt Eisner war nicht nur der sozialistische Ministerpräsident Bayerns. Er war Journalist, Parteipolitiker, Bildungsexperte und Antimilitarist in einem. Seine Kritik der deutschen Flottenpolitik, seine Mitarbeit in der USPD, seine Rolle in den Januarstreiks des Jahres 1918 sind weithin bekannt. Weniger bekannt sind seine Auseinandersetzungen mit Alternativen zur parlamentarischen Demokratie sowie seine journalistische Arbeit, die den Alltag des Volks zum Ausgangspunkt sozialer und revolutionärer Veränderungen macht. Professor Dr. Klaus Weber, Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Vorsitzender des Kurt Eisner Vereins für politische Bildung e. V. wird über das mosaikförmige politische Leben und Wirken Eisners referieren.

Freitag 21. November, 20 Uhr Martin Rühlemann: Vergnügen während Krieg und Revolution

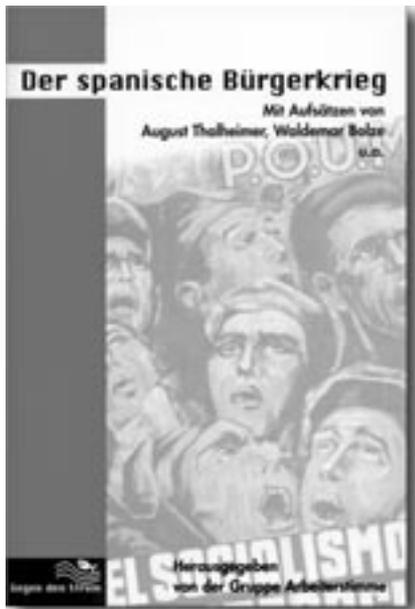
Am Abend des 7. November 1918, dem Beginn der Revolution in München, waren im Festsaal der „Mathäuser-Bierstadt“ Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte mit Kurt Eisner als Vorsitzenden gewählt worden. Die Bierpaläste Münchens boten sich aufgrund ihrer Größe für Massenversammlungen an, waren aber nicht die einzigen Orte an denen sich populäre Kultur entfaltete. Seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hatte sich überall in den neuen Großstädten eine breitgefächerte kommerzielle Populärkultur entwickelt. Unübersehbar präsentierte sich ein neuer urbaner Lebensstil und mit ihm eigene Formen des Konsums. Untersuchungen populärer Vergnügungen können Auskünfte über vielfältige Ausdrucksformen geben, die bis in die heutige Zeit allgemeinen kulturellen und gesellschaftlichen Prozessen, aber auch technischen Errungenschaften und ökonomischen Entwicklungen unterliegen und bieten interessante Erkenntnismöglichkeiten beispielsweise zu Identitäts-, Gender- und Machtaspekten der städtischen Gesellschaften.

**Alle Referate – mit anschließender Diskussion – finden statt im:
KulturLaden Westend, Ligsalzstr. 44, 80339 München**

Literaturliste

- K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition** eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag 1983, 234 Seiten , 14,00 €
- Die Bremer Linksradikalen** 66 Seiten, 2,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Fluchtpunkte**, Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung 316 Seiten, 20
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- August Thalheimer and German Communism** – Revolutionary History 320 Seiten, 15
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der Gruppe Arbeiterstimme

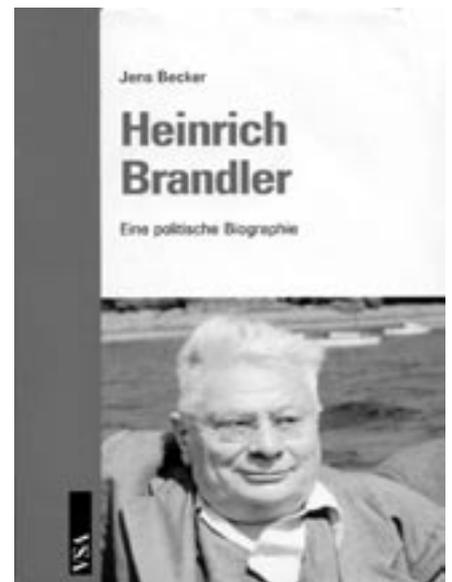
Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

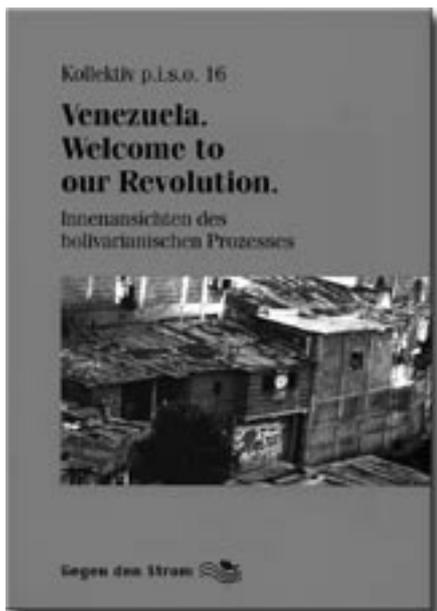
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,
20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München
gds-verlag@gmx.de

oder:
T. Gradi
Postfach 910307
90261 Nürnberg



624 Seiten, Paperback,
20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradi
Postfach 910307
90261 Nürnberg